

**Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle**

Tätigkeitsbericht 2005

Tätigkeitsbericht 2005*

Halle (Saale), im April 2006

* Der Inhalt ist identisch mit der Printversion.

Herausgeber:
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE - IWH
Präsident: Professor Dr. Ulrich Blum

Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale)
Postfach: 11 03 61, 06017 Halle (Saale)
Telefon: (03 45) 77 53-60, Fax (03 45) 77 53-820
Internet: <http://www.iwh-halle.de>

Druck: Druckhaus Schütze GmbH
Fiete-Schulze-Straße 6, 06116 Halle (Saale)
Tel. (03 45) 5 66 66-0, Fax (03 45) 5 66 66 66

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Über das IWH	7
Forschungsabteilungen	17
Makroökonomik	18
Strukturökonomik	31
Industrie- und Regulierungsökonomik	41
Stadtökonomik	54
Arbeitsmarkt- und Einkommensökonomik	64
Wissenschaftliche Konferenzen, Workshops, Gastvorträge	73
Publikations- und Vortragstätigkeit, Wissenschaftliche Beratung, Mitarbeit in Organisationen	81
Publikationen des IWH	82
Referierte externe Publikationen	91
Weitere externe Publikationen.....	92
Veröffentlichungen im Internet	98
Lehrtätigkeit	100
Ausgewählte Vorträge	101
Wissenschaftliche Beratung, Mitarbeit in Organisationen	117
Begutachertätigkeit für wissenschaftliche Zeitschriften	120
Sonstige Aktivitäten des IWH	121
Organisation des IWH	125
Organisationsstruktur	126
Mitglieder des Vereins	127
Vorstandsrat	129
Wissenschaftlicher Beirat	130
Vorstand	130

Mit Gründung des IWH wurde der Transformationsforschung in Deutschland eine wissenschaftliche Heimat gegeben. Betraf diese zunächst die Transformation von der Zentralverwaltungs- zur Marktwirtschaft, insbesondere also das Beobachten und wissenschaftliche Analysieren der Übergangsprozesse in den neuen Bundesländern und in Mittel- und Osteuropa, so erweiterte sich diese Perspektive über die Zeit zunehmend in Richtung auf Prozesse des Wandels, hin zu den heute aktuellen Fragen der globalen Integration und ihren Rückwirkungen auch auf die nationalen Gesellschaften. Die neue Perspektive, nämlich die Erforschung von „Institutionellem Wandel und globaler Integration“, erforderte Anpassungen in der wissenschaftlichen Ausrichtung und der Organisationsstruktur des IWH. Die erheblichen, im Jahr 2005 durchgeführten Veränderungen folgten aber auch den Empfehlungen des eigenen Wissenschaftlichen Beirats, dem veränderten wirtschaftswissenschaftlichen Umfeld und den damit verbundenen wirtschaftspolitischen Anforderungen. Die Neuformulierung der Ziele des IWH erfordert ein Anpassen der Forschungsverfassung, der diese unterstützenden aufbau- und ablauforganisatorischen Strukturen und beinhaltet auch ein Anpassen der Personalentwicklung.



*Professor Dr. Ulrich Blum
Präsident des IWH*

Durch eine Stärkung der Einheit von Wissenschaft und wirtschaftspolitischer Beratung strebt das IWH die inhaltliche und methodische Weiterentwicklung einer modell- und methodenorientierten empirischen Forschung an. Dies bedeutet, daß wissenschaftliches Arbeiten durch wirtschaftspolitisch relevante Themenstellungen motiviert ist. Die theoretische Fundierung und eine klare Methodik gewährleisten Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse.

Das Stärken des Profils, eine vermehrte Publikationstätigkeit, wirtschaftspolitische Präsenz und das Übernehmen von Projekten stehen im Mittelpunkt der Weiterentwicklung. Das Profil betrifft das Herausarbeiten von Wettbewerbsvorteilen, die Präsenz in der Wissensentwicklung wird durch Publikationen nachgewiesen. Projekte, vor allem von Drittmittelgebern, belegen die wissenschaftliche und/oder wirtschaftspolitische Attraktivität der am IWH untersuchten Fragestellungen. Letztlich materialisiert sich

dies dann in einer Präsenz in renommierten akademischen Zeitschriften und Monographien.

Diese Praxisrelevanz von Theorie und Methodik als wesentlicher Teil des Forschungscredos des IWH folgt der Sicht auf die Ökonomik als Real- und Sozialwissenschaft, die durch theoriegeleitete Empirie analytischen Halt gewinnt. Vor dem Hintergrund begrenzter menschlicher Erkenntnisfähigkeit ist theoriegeleitete Forschung einem Prozeß von Versuch und Irrtum unterworfen. Dieses Erkenntnisproblem steht vor dem Umsetzungsproblem der politisch Handelnden. Dies legt den vorsichtigen Umgang mit wirtschaftspolitischen Empfehlungen nahe.

Infolge dieser veränderten Umfeldbedingungen und Interessenslagen wurden Teile des Instituts neu geordnet. Die Arbeitsmarktforschung und die Mittel-Ost-Europaforschung wurden in die anderen Abteilungen integriert und untersuchen diese Themenfelder nun aus deren spezifischer Sicht. Neugeschaffen wurde die Abteilung Industrie- und Regulierungsökonomik; der Fokus wurde in der Abteilung Stadtökonomik verstärkt. Die beiden Abteilungen Makroökonomik und Strukturökonomik arrondieren das Forschungsfeld. Eine begrenzte Anzahl von Forschungsschwerpunkten (Internationale Integration, Wissen und Innovation, Vermögenswerte und Risiko, Prekäre Einkommens- und Beschäftigungslagen sowie Prognosemethodik 2010) ergänzen diese Neuausrichtung.

Ziel der neuen Struktur ist es insbesondere, auf der personalen Ebene eindeutige Kompetenzprofile zu entwickeln, die es dann ermöglichen, unterschiedliche „Forschungsscheinwerfer“ auf eigene Qualifikationsziele, auf Forschungsschwerpunkte und auf Abteilungsziele zu richten. Den Abteilungen kommt dabei die wichtige Aufgabe zu, die disziplinäre Weiterqualifizierung zu leisten. Die integrative Weiterqualifizierung der Mitarbeiter wird durch ein institutionalisiertes Forschungs- und Publikationsseminar gestärkt. Das Entwickeln derartiger synergetischer Forscherkompetenzen steht damit im Zentrum der Personalentwicklung des Instituts. Institutionell wird sie abgesichert durch die neugeschaffene Stelle des Forschungsdirektors, der für die wissenschaftliche Qualitätssicherung verantwortlich zeichnet. Ergänzt wird dies durch den Chefökonometriker und -statistiker mit einer eigenen Arbeitsgruppe und einen neu aufgebauten Bereich „Empirische Methodik und Datenbanken“, durch den die empirische Forschung auf eine verbesserte Basis gestellt wird.



Über das IWH

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1992 gegründet und ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

Das IWH wird in privater Rechtsform als eingetragener Verein geführt und verfolgt satzungsgemäß ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, wissenschaftliche Zwecke. Im Rahmen dieser Zielsetzung führt das IWH neben seinen durch die institutionelle Förderung finanzierten Aufgaben in begrenztem Umfang auch Drittmittelforschung durch.

Forschungs- programm

Nach der Gründung des IWH stand zunächst die Transformation der ostdeutschen Wirtschaft und der Länder Mittel- und Osteuropas, die sich im Umbau der Wirtschaftsstruktur, den Handelsbeziehungen, den Arbeitsmärkten und der Veränderung der Wettbewerbslandschaft zeigte, im Zentrum der Analysen. Dieser Fokus wurde zunehmend auf europäische und internationale Fragestellungen erweitert. Der Produktionsfaktor Wissen als Kraft, die den Wirtschaftswandel treibt, und die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, die die Wettbewerbsintensität erhöhen, stellen den Kristallisationspunkt der Forschung dar. Durch Veränderungen der globalen Chancenverteilung im Raum ergeben sich erhebliche, teilweise harte Folgen für den Standort Deutschland.

Die am Institut verfolgte Einheit von wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung gewährleistet die theoretische Fundierung der vorgeschlagenen Empfehlungen. Moderne Methoden der statistischen und ökonomischen Analyse ermöglichen die empirische Überprüfung der theoretischen Überlegungen. Die Verwendung solcher Methoden stellt außerdem sicher, daß die Ergebnisse jederzeit objektiv nachprüfbar sind. Bei seiner Forschung konzentriert sich das Institut auf makroökonomische Fragen von Konjunktur und Wachstum, integrationsökonomische Fragen der internationalen Standortkonkurrenz, strukturpolitische Fragen der regionalen und sektoralen Entwicklung sowie der Finanzierung öffentlicher Haushalte, der Wettbewerbsstrategien von Unternehmen – auch vor dem Hintergrund von wirtschaftlicher Macht und Regulierung –, der Bedeutung von Humankapital in einer modernen, international verflochtenen Wirtschaft oder Fragen der Entwicklung von Städten und der Modernisierung der kommunalen Wirtschaftstätigkeit.

Die Forschungsergebnisse fließen in die laufende Berichterstattung über die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ein. Dazu führt das IWH auch Umfragen durch und bereitet statistische Informationen speziell auf.

Das IWH ist an der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute sowie am European Forecasting Network beteiligt und war Koordinator des europaweiten Netzwerkes zum Technologietransfer durch Direktinvestitionen. Im methodischen Bereich arbeitet das IWH insbesondere an der Weiterentwicklung von mikro- und panelökonometrischen Verfahren.

Das IWH unterhält Kooperationsbeziehungen zu einer Vielzahl ausländischer Forschungseinrichtungen, Universitäten und öffentlicher Institutionen, insbesondere in den Reformländern des Ostens, den westeuropäischen Ländern, den USA und Kanada.

Aufgrund von Berufungszusagen für den neuen **Mitarbeiter** Präsidenten des IWH zum Aufbau einer neuen Forschungsabteilung wurde der Stellenplan des IWH im Jahr 2005 um 7,5 Wissenschaftlerstellen aufgestockt und umfaßte damit 68,75 Stellen. Für wissenschaftliches Personal standen somit 46 Stellen zur Verfügung, fünf hiervon stehen nur befristet zur Verfügung.

Im Jahr 2005 verließen zwei Mitarbeiter das Institut; aufgrund der in den Vorjahren aufgetretenen Vakanzen und zur Besetzung der neu hinzugekommenen Stellen wurden insgesamt 17 Mitarbeiter neu eingestellt. Zum 31.12.2005 beschäftigte das IWH damit insgesamt – institutioneller und Drittmittelhaushalt zusammengenommen – 76 Mitarbeiter im Angestelltenbereich, davon 47 wissenschaftliche Mitarbeiter. Infolge der hohen Anzahl von Einstellungen ist das Gesamtdurchschnittsalter auf 40 Jahre gesunken, das Durchschnittsalter der wissenschaftlichen Mitarbeiter sank gegenüber dem Vorjahr sogar um vier Jahre auf 38 Jahre. Der Anteil der weiblichen Mitarbeiter im Institut betrug 50%, im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiter 38%. Altersteilzeit wurde im Jahr 2005 von vier wissenschaftlichen Mitarbeitern in Anspruch genommen. Der Anteil an befristeten Arbeitsverhältnissen im Wissenschaftsbereich hat sich infolge der hohen Anzahl von Neueinstellungen auf 62% deutlich erhöht; Neueinstellungen erfolgen grundsätzlich zunächst befristet.

Zum Stichtag 31.12.2005 beschäftigte das Institut 27 studentische Hilfskräfte, 26 Studenten absolvierten im Berichtsjahr ein Praktikum am IWH.

Der Gesamtetat (Ausgaben institutioneller und Drittmittel- **Budget** Haushalt) des Instituts belief sich im Jahr 2005 auf rund 4,69 Mio. Euro, davon 4,15 Mio. Euro institutionelle Förderung und 0,54 Mio. Euro aus Drittmitteln. Der Anteil der Personalausgaben blieb mit etwa

76% in der Größenordnung der Vorjahre und stellte damit nach wie vor den wesentlichen Ausgabenblock dar. Die Investitionsausgaben erreichten im Jahr 2005 eine Höhe von rund 148 000 Euro und kamen vorwiegend der EDV-Ausstattung sowie dem Erwerb von Daten zugute.

Mit der Formulierung von spezifischen jährlichen Forschungsplänen liegen die Voraussetzungen zur Einführung von Programmbudgets ab dem Jahr 2006 vor. Entsprechend den Richtlinien der Bund-Länder-Kommission (BLK) zur Einführung von Programmbudgets in den Instituten der Leibniz-Gemeinschaft wird das IWH mit dem Haushalt 2006 Programmbudgets einführen. Daneben wird der bisherige Haushalt weitergeführt.

Publikationstätigkeit Das Institut veröffentlicht die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Forschung sowohl in verschiedenen externen Zeitschriften und Verlagen als auch in institutseigenen Reihen. Zu den institutseigenen Reihen gehören

- die „Wirtschaft im Wandel“,
- die „Sonderhefte“ und
- die „IWH-Diskussionspapiere“.

Mit der Zeitschrift *Wirtschaft im Wandel* informiert das IWH kontinuierlich über Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Forschung zu ökonomisch relevanten Fragestellungen, insbesondere der konjunkturellen, strukturellen, regionalen und kommunalen Entwicklung.

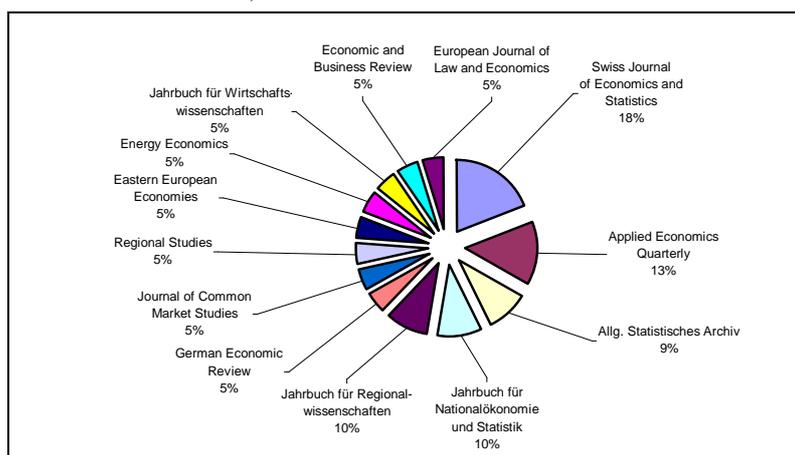
In den *Sonderheften* veröffentlicht das Institut sonstige Beiträge wie Gutachten, gemeinsame Berichte verschiedener Institutionen sowie Konferenzergebnisse und -materialien.

Über das Internet stellt das Institut einem fachlich interessierten Personenkreis seine *IWH-Diskussionspapiere* zur Verfügung. Mit Beginn des Jahres 2005 werden höhere wissenschaftliche Anforderungen an die Diskussionspapiere gestellt. Standen die Diskussionspapiere bis dahin ausschließlich in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Autoren, werden die zur Veröffentlichung vorgesehenen Beiträge nun einem internen Refereeverfahren unterzogen. Anliegen dieses Verfahrens ist es, den theoretischen, empirischen und methodischen Gehalt der Diskussionspapiere wesentlich zu erhöhen. IWH-Diskussionspapiere stellen einen ersten Schritt zur Vorbereitung einer Veröffentlichung in einem referierten Journal dar.

Über die Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden gibt das IWH unter dem Titel *Schriften des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle* eine eigene Buchreihe heraus. In ihr werden vorwiegend Dissertationen sowie empirische Untersuchungen, die einen größeren Umfang haben, publiziert.

Seit dem Jahr 2004 hat das IWH stärkeres Gewicht als zuvor auf die Präsenz seiner Forschungsergebnisse in externen akademischen, insbesondere referierten Zeitschriften gelegt. Das läßt sich bereits jetzt an folgenden Zahlen ablesen: Im Zeitraum 1997 bis 2002 publizierten IWH-Mitarbeiter 22 Artikel in externen Zeitschriften, im Zeitraum 2003 bis 2005 bereits 30 Artikel. Auch für die kommenden Jahre ist eine weitere Zunahme extern publizierter Artikel, insbesondere in EconLit gelisteten Zeitschriften, geplant und zu erwarten. Diese Liste der international relevanten Fachzeitschriften (auch deutschsprachige) wird von der American Economic Association betreut und deckt das gesamte Spektrum der Ökonomik sowie ihrer Randgebiete zu anderen Disziplinen ab. Diese Orientierung wird gewählt, weil sie Reputation für internationale Kooperationen und zur Durchführung von Projekten im Rahmen der EU-Forschungsrahmenprogramme schafft. Ergänzend wird darauf geachtet, daß die Publikation in einer Zeitschrift erscheint, die einen SSCI Impactfaktor besitzt (sog. ISI Journals). Betrachtet man ausschließlich die externen Publikationen in EconLit-Zeitschriften (wobei ISI-geführte Journals hiervon eine Teilmenge sind), so ergibt sich für den Zeitraum 2003-2005 eine Verteilung, wie sie in der Abbildung sichtbar wird, und wie sie nunmehr generell dem Publikationsinteresse des IWH entspricht.

Abbildung:
EconLit-Publikationen, 2003-2005



Quelle: IWH.

Bibliothek Entsprechend den veränderten Forschungsschwerpunkten des IWH wurde der Bestandsaufbau der Bibliothek 2005 fortgesetzt und neu ausgerichtet. Dabei wurde besonders dem Informations- und Konsultationsbedarf der neu aufzubauenden Abteilung Industrie- und Regulierungsökonomik Rechnung getragen.

Die Bibliothek verfügte Ende 2005 über einen Gesamtbestand von rund 46 500 Titeln, davon 42 000 elektronisch erfaßt und inhaltlich erschlossen. Das entspricht einem Jahreszuwachs von rund 6 500 Titeln/Bänden neuer bzw. retrospektiver Katalogisierung.

Darüber hinaus stehen zahlreiche Zeitschriften, Fortsetzungen und Statistikreihen in Print- oder elektronischer Form zur Verfügung. Im Berichtsjahr wurden ca. 11 100 Periodikahefte oder bibliographische Nachweise dem Bestand hinzugefügt bzw. mit dem OPAC verlinkt.

Ende 2005 bot die Bibliothek über ihren OPAC den Zugriff auf 2 985 (2004: 1 891) Online-Dokumente an. Das Angebot wird durch zahlreiche Informationslinks ergänzt.

Da die Statistischen Ämter der Bundesrepublik 2004 ihr Onlineinformationsangebot stark erweitert haben, hat sich das nun auch in einem verstärkten statistischen Onlineinformationsangebot der Bibliothek niedergeschlagen.

2005 beteiligte sich die Bibliothek zum ersten Mal am WGL-Konsortium, Blackwell Volltextdatenbank, Sozialwissenschaften. Die hierüber zugänglichen Informationen stehen den Mitarbeitern über das Intranet zur Verfügung. Die Datenbank wurde im Institut erwartungsgemäß intensiv genutzt.

	2002	2003	2004	2005
Freihand/Magazin				
Nutzer	5 701	5 938	5 826	6 177
Entleihungen	6 543	7 321	7 631	8 029
Fernleihe				
Monographien	316	231	214	244
Kopien	273	223	267	251

Arbeitskontakte Das IWH unterhält Arbeitskontakte zu einer Vielzahl von Forschungseinrichtungen, Universitäten, Ministerien, Verwaltungen und Verbänden im In- und Ausland. Wie in den Vorjahren stand die Zusammenarbeit mit den wirtschaftswissenschaftlichen For-

schungsinstituten der Leibniz-Gemeinschaft (DIW, ifo Institut, IfW, RWI, HWWA, ZEW) sowie mit dem IAB im Vordergrund.

Daneben war das Institut bestrebt, bestehende Kooperationsbeziehungen mit Universitäten und Hochschulen weiter auszubauen bzw. neue zu entwickeln. Das trifft insbesondere auf die Zusammenarbeit mit der TU Dresden, der Universität Leipzig, der TU Bergakademie Freiberg sowie der Universität Montreal und dem dort angeschlossenen Forschungsinstitut CIRANO (Centre interuniversitaire de recherche en analyse des organisations) zu. Eine bereits langjährige Kooperationsbeziehung mit der University of Sussex führte im Berichtsjahr zur Teilnahme an einem vom CEPR geleiteten Projekt und zur Teilnahme in einer entwicklungspolitischen Beratung im Rahmen der UNCTAD.

Umfangreiche und intensive Kooperationsbeziehungen bestehen im Rahmen der Forschungsnetzwerke der EU mit Universitäten und Forschungseinrichtungen u. a. in den mittel- und osteuropäischen Ländern Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, Slowenien und Estland, in den westeuropäischen Ländern Großbritannien, Italien, Spanien und Frankreich. Zu den Kooperationspartnern in Lateinamerika zählen Peru und Brasilien.

Die langjährige Zusammenarbeit mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU), und hier vor allem mit der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, wurde im Jahr 2005 fortgesetzt. So wurde im Berichtszeitraum mit der MLU bereits der 6. Workshop „Makroökonomie“ durchgeführt. Das Anliegen dieser Veranstaltung ist, vor allem jungen, empirisch forschenden Wissenschaftlern ein Forum zu bieten, eigene anwendungsbezogene Forschungsergebnisse darzustellen und mit erfahrenen Wissenschaftlern zu diskutieren. Workshops in Kooperation mit der Martin-Luther-Universität haben sich zu einem wichtigen Element der Wissensvermittlung und des Erfahrungsaustausches am Institut entwickelt und werden auch zukünftig durchgeführt.

Das IWH und die Martin-Luther-Universität kooperieren im Rahmen des seit dem Sommersemester 2004 laufenden Masterstudiengangs „Empirische Ökonomik und Politikberatung“ an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der MLU. Der Studiengang will junge Menschen in die Lage versetzen, praxisbezogene ökonomische Analysen zu erstellen und diese in der Öffentlichkeit wirksam zu präsentieren. Der Masterstudiengang verbindet die Kernkompetenzen der Fakultät in der ökonomischen Analyse mit der stärker praxisbezogenen Kompetenz des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, u. a. durch Praktika am IWH. Dieser Theorie-Praxis-Bezug ist ein

wichtiger innovativer Aspekt des Studiengangs, der in dieser Form in Deutschland einmalig ist.

Das IWH ist mit der Politischen Akademie Tutzing eine strategische Kooperation zum Thema „Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“ eingegangen. Eine erste erfolgreiche Tagung fand vom 30. Juni bis 2. Juli 2005 in Tutzing statt. Sie wurde von der Hanns Martin Schleyer-Stiftung gefördert.

Darüber hinaus hat das Institut mehrere ausländische Delegationen empfangen und zahlreiche Konsultationen und Gespräche mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Kammern, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden sowie ausländischer Botschaften, Wirtschafts- und Handelsvertretungen geführt.

Lange Nacht der Wissenschaften

Das IWH hat sich auch im Jahr 2005 an der „Langen Nacht der Wissenschaften“, die von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg alljährlich durchgeführt wird, beteiligt. In diesem Rahmen wurden wiederum einer breiten Öffentlichkeit wesentliche Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschungstätigkeit des Instituts vorgestellt sowie versucht, Antworten auf die zahlreichen Fragen von Bürgern zu aktuellen wirtschaftspolitischen Problemen zu geben. Themenschwerpunkte waren:

- Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland: Können Prognosen überhaupt noch ernstgenommen werden?
- Standortreport Sachsen-Anhalt: Wo liegen die Chancen für die weitere Wirtschaftsentwicklung?
- Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland: Gibt es Wege aus der hohen Arbeitslosigkeit?

Akte Mitteldeutschland

Der Mitteldeutsche Rundfunk hat in zwei Filmdokumentationen „Akte Mitteldeutschland“ Verlauf und Resultate des Vereinigungsprozesses bis in die Gegenwart dargestellt. Das IWH begleitete als wissenschaftliche Beratungsinstitution diese Dokumentation und beschränkt damit einen neuen Weg, Wissenschaft der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Dokumentationen wurden am 15. und am 22. November 2005 ausgestrahlt.

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle ist im Internet unter der Adresse <http://www.iwh-halle.de> zu erreichen. Hier stellt das IWH allgemeine Informationen über das Institut zur Verfügung, informiert über wissenschaftliche Veranstaltungen und veröffentlicht ausgewählte Ergebnisse seiner wirtschaftswissenschaftlichen Forschung, u. a. die Beiträge der Reihen *Wirtschaft im Wandel* und *IWH-Diskussionspapiere*.

Internet

Mit seinen *Newslettern* berichtet das IWH über seine neuesten Veröffentlichungen, über durchgeführte und geplante wissenschaftliche Veranstaltungen des Instituts, Stellenanzeigen sowie weitere das Institut und seine Mitarbeiter betreffende Fragen. Die IWH-Newsletter erscheinen monatlich und können von Interessierten direkt per Email bezogen werden. Die ständig wachsende Zahl von Lesern der Newsletter belegt das gestiegene Interesse an aktuellen Informationen aus dem IWH.

Das Interesse der breiten Öffentlichkeit an den wissenschaftlichen Arbeiten des Instituts ist weiter gestiegen. Neben einer verstärkten direkten Kontaktaufnahme zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern konnte 2005 gegenüber den Vorjahren im Internet eine beträchtliche Erhöhung der Anzahl der Sichtkontakte sowie auch der Anzahl der Besucher registriert werden.

	2002	2003	2004	2005
Anzahl der Sichtkontakte mit einzelnen Seiten	418 360	498 339	942 703	1 225 438
Anzahl der Besuche (zusammenhängende Abrufe)	92 318	137 851	276 757	453 306
Durchschnittliche Anzahl der abgerufenen Seiten pro Besuch	4,2	3,6	3,41	2,7
Durchschnittliche Anzahl von PageViews pro Tag	1 147	1 366	2 582	3 357
Durchschnittliche Anzahl von Besuchen pro Tag	254	378	758	1 242

Forschungsabteilungen

Makroökonomik

Leiter: Prof. Dr. Udo Ludwig

Die Internationalisierung der Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkte und damit von Angebot und Nachfrage erfordern zunehmend eine global übergreifende Sicht auf Konjunktur- und Wachstumsprozesse in Europa, die in der Abteilung Makroökonomik erforscht und in Konjunkturprognosen und wirtschaftspolitischen Empfehlungen umgesetzt werden. Die Folgen dieser Integration werden in Ostdeutschland besonders sichtbar, weshalb hier auch ein besonderes Augenmerk im Hinblick auf die makroökonomischen Anpassungsprozesse liegt. Schließlich kommt vor allem den Finanzmärkten bei dieser Internationalisierung eine zunehmende Bedeutung zu, so daß sie damit auch ein weiteres Forschungsthema der Abteilung darstellen.

Konjunkturprognosen und Wirtschaftspolitik

Eine wichtige Grundlage der wirtschaftspolitischen Beratung bildeten auch im Jahr 2005 die Konjunkturprognosen der Abteilung. Im Fokus der Entwicklung in der Weltwirtschaft standen das Einschwenken der US-Wirtschaft auf den Potentialpfad und der zögerliche Aufschwung in der Euroregion.

Im Rahmen des Europäischen Prognosenetzwerks (EFN) erstellt das IWH ökonomische Prognosen zur konjunkturellen Entwicklung im Euroraum.

Konjunkturprognosen für den Euroraum

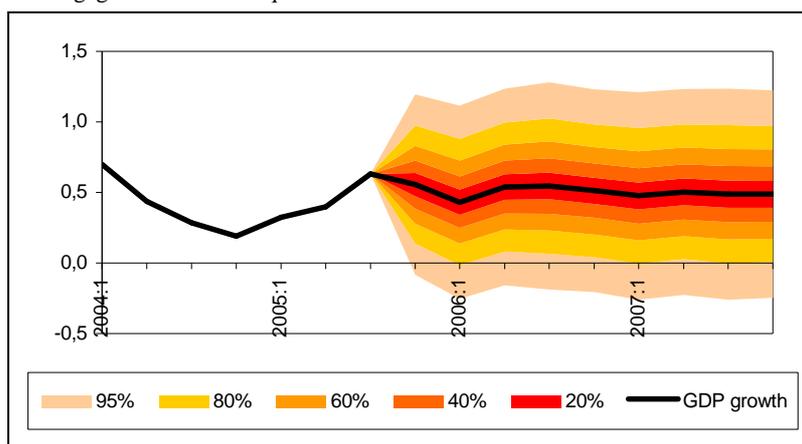
Im EFN kooperiert das IWH mit Universitäten aus Mailand, Florenz, Madrid, Barcelona und Cambridge sowie mit dem CEPII Institut (Paris) und Global Insight (Mailand). Die vierteljährlichen Berichte sind unter efn.uni-bocconi.it verfügbar.

Zusätzlich zu den Punktprognosen werden Intervallprognosen generiert, um die Unsicherheit bei der Vorhersage zu quantifizieren. In Abbildung 1 sind die Quartalswachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts zusammen mit Konfidenzintervallen dargestellt, die den Prognosebereich für ein vorgegebenes Sicherheitsniveau bestimmen.

Die Abbildung 1 weist für den Prognosezeitraum von 2005 bis 2007 eine moderate wirtschaftliche Erholung aus, die im Verlauf nicht an Fahrt gewinnt. Die Quartalswachstumsraten liegen nahezu konstant um 0,5%. Bei

Vorgabe einer Sicherheitswahrscheinlichkeit von 80 Prozent für die Prognose war das Risiko einer milden Rezession nicht auszuschließen. Eine genauere Analyse machte deutlich, daß die geringe wirtschaftliche Dynamik im Euroraum wesentlich von einer schwachen Entwicklung der Konsumnachfrage verursacht wird. Ungelöste Finanzierungsprobleme im Bereich der sozialen Sicherung und anstehende Strukturreformen insbesondere auf den Arbeitsmärkten haben zur Verunsicherung der privaten Haushalte beigetragen. Da die Produktionslücke negativ bleibt, werden von der realwirtschaftlichen Seite keine inflatorischen Spannungen erwartet. Die EFN-Prognosen haben sich über die letzten Jahre hinweg als relativ robust erwiesen.

Abbildung 1:
Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts im Euroraum
- in % gegenüber dem Vorquartal -



Quelle: EFN 2005 winter report.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Lindner, Axel: European Forecasting Network: EFN Report on the Euro area outlook, spring, summer, autumn and winter 2005, Internet: efn.uni-bocconi.it

Mit dem Regierungswechsel nach der vorgezogenen Bundestagswahl im Jahr 2005 änderten sich wichtige politische Rahmenbedingungen für die Konjunktur in Deutschland. Die große Koalition beschloß eine Reihe von Maßnahmen, die das Verhalten von Konsumenten und In-

Konjunkturprognosen für Deutschland

vestoren deutlich beeinflussen werden. Zudem legte die weltwirtschaftliche Entwicklung trotz gestiegener Erdöl- und Rohstoffpreise überraschend stark zu. Die Konjunkturprognose des IWH mußte für 2006 an das neue Umfeld angepaßt werden und wurde für 2007 erstmalig aufgestellt.

Die Kernaussagen lauten: Deutschland hat 2005 nach mehreren Anläufen seinen Weg zum zyklischen Aufschwung gefunden. Er führte vom Export über die Anregung der Investitionsaktivitäten zur Beschleunigung des gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstiegs. Der Konsum der privaten Haushalte blieb hingegen wegen der ungenügenden Beschäftigungseffekte zurück. Im Jahr 2006 wird er ein wenig Schwung erhalten – allerdings mit staatlicher Schützenhilfe. Die von der großen Koalition für den 1. Januar 2007 angekündigte Anhebung des Mehrwertsteuersatzes wird die privaten Haushalte zum Vorziehen von Käufen veranlassen und das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Jahr 2006 beflügeln. Da diese Ausgaben 2007 fehlen werden, folgt eine Delle nicht nur im Konsum, sondern auch in der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Solange jedoch der Aufschwung in der Weltwirtschaft kräftig bleibt, ist die Gefahr einer rezessiven Entwicklung in Deutschland gering. Bei all dem wird die Inflationsrate im gesamten Prognosezeitraum um die Zwei-Prozent-Marke schwanken. Die ölpreisbedingte Teuerung wird zwar 2007 nachlassen, die Erhöhung der Mehrwertsteuer den Preisauftrieb jedoch verstärken.

Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich bei dem politikinduzierten Auf und Ab des gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstiegs allerdings wenig verbessern. Die Erwerbstätigkeit wird zwar infolge der Wirkung der Reformansätze auf dem Arbeitsmarkt und mit dem Erreichen der Beschäftigungsschwelle im gesamten Prognosezeitraum steigen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wird sich aber nur zögerlich erholen.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) wird von der Entwicklung der Inflationserwartungen im Euroraum abhängen. Der Gefahr eines Anstiegs sollte die Notenbank durch eine vorsichtige Anhebung des Leitzinses begegnen, zumal im Zuge des seit geraumer Zeit hohen Geldmengenwachses ein erheblicher Liquiditätsüberhang entstanden ist, der sich schnell in eine Inflationsbeschleunigung übersetzen kann. Die Geldpolitik wird selbst bei einer Anhebung des Leitzinses um 50 Basispunkte noch expansiv ausgerichtet bleiben.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Arbeitskreis Konjunktur: Deutsche Wirtschaft 2006/2007: Aufschwung mit Januskopf, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2006.

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2006 und 2007

	2006	2007
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>	
Private Konsumausgaben	0,3	0,2
Staatskonsum	0,6	0,3
Anlageinvestitionen	2,0	0,7
Ausrüstungen	5,5	3,1
Bauten	-0,5	-1,5
Sonstige Anlagen	4,0	1,2
Inländische Verwendung	0,8	0,2
Exporte	6,6	5,3
Importe	5,3	3,7
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,2
dar.: Ostdeutschland*	1,3	1,0
Nachrichtlich: USA	3,3	2,8
Euroraum	2,1	2,0
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>	
Arbeitsvolumen, geleistet	-0,1	0,0
Tariflöhne je Stunde	1,3	1,5
Effektivlöhne je Stunde	1,2	1,4
Lohnstückkosten ^a	-0,4	-0,4
Verbraucherpreisindex	2,0	2,2
	<i>in 1 000 Personen</i>	
Erwerbstätige (Inland) ^b	39 037	39 150
Westdeutschland**	33 372	33 470
Ostdeutschland*	5 665	5 680
Arbeitslose ^c	4 740	4 600
Westdeutschland**	3 480	3 380
Ostdeutschland*	1 260	1 220
	<i>in %</i>	
Arbeitslosenquote ^d	10,8	10,5
Westdeutschland**	9,4	9,2
Ostdeutschland*	18,2	17,7
	<i>in % zum nominalen BIP</i>	
Finanzierungssaldo des Staates ^e	-3,0	-2,3
	(-3,1)	(-2,3)

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – ^e Angaben in Klammern bei Eingliederung der Postbeamtenversorgungskasse in den Staatssektor. – * Ohne Berlin. – ** Mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 20.12.2005).

Eine neue Legislaturperiode hat 2005 begonnen und neue Akteure sind in der Verantwortung. Es stellte sich die Frage, was dies für die Finanzpolitik bedeutet.

Die Lage der öffentlichen Haushalte war nach wie vor ernst und der finanzpolitische Reformbedarf groß – die finanziellen Engpässe blieben es nicht minder. So war denn auch der seit November vorliegende

Finanzpolitik Koalitionsvertrag von dem Gedanken der Konsolidierung durchzogen – scheinbar mit Erfolg: Die Defizitquote würde in den kommenden beiden Jahren deutlich zurückgehen und die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes lag in greifbarer Nähe. Ist damit die Finanzpolitik auf dem richtigen Weg?

Zu kritisieren ist: Die Konsolidierung wird vorrangig über die Einnahmenseite vorgenommen. Die Erhöhung von Steuern schafft neue Ineffizienzen. Dies gilt auch für die Schaffung neuer Ausnahmetatbestände. Die vorgesehenen Maßnahmen zur Konsolidierung über die Ausgabenseite reichen nicht aus. Strukturell notwendige Reformen werden aufgeschoben, teilweise bis in die zweite Hälfte der Legislaturperiode. Bis dahin wird die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur durch die strukturelle Fehlentwicklung belastet, sondern auch durch die Unsicherheit darüber, was kommen wird. Der potentielle Wachstumspfad flacht ab.

Der Finanzpolitik fehlt immer noch ein geschlossenes Konzept. Zu wenig wird auf die Zusammenhänge verschiedener Politikbereiche Rücksicht genommen. Maßnahmen im Rahmen der Sozial-, Arbeits- und Finanzpolitik beeinflussen sich gegenseitig. Wo eine Gesamtschau fehlt, können Maßnahmen in dem einen Bereich Probleme an anderer Stelle schaffen. Außerdem reichen die bisherigen Weichenstellungen nicht aus, und bei wieder nachlassender Konjunktur muß auch weiterhin mit einem hektischen „Hinterhersparen“ gerechnet werden. Die Finanzpolitik wird sich am Ende der Legislaturperiode daran messen lassen müssen, inwieweit es gelungen ist, die grundsätzlichen Probleme auch nur näherungsweise zu lösen.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Deuverden van, Kristina: Der Koalitionsvertrag aus finanzpolitischer Sicht, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 12/2005.

Finanzmärkte und Finanzinstitutionen

Im Rahmen des Forschungsthemas „Wechselkurskrisen“ wurde eine neuere Politikempfehlung mittels eines Wechselkurskrisenmodells der dritten Generation analysiert: Vorgeschlagen wird die Bildung eines Indexes, in den die Währungen einer Anzahl von Schwellenländern sowie die Aufnahme von Fremdkapital durch Wirtschaftssubjekte dieser Schwellenländer eingehen. Der zur Analyse entwickelte Ansatz zeichnet sich dadurch aus, daß neben den negativen Effekten einer Abwertung, nämlich den Belastungen der Bilanzen von Dollarschuldnern, auch die positiven Effekte für die Exportindustrien berücksichtigt wurden. Das Preissetzungsverhalten der Unternehmen wurde ebenso wie die Geldpolitik der Zentralbank endogenisiert. Die Analyse hat gezeigt, daß die Verwendung des Indexes nicht die Krisenanfälligkeit eines einzelnen Landes, wohl aber das Entstehen von Ansteckungseffekten zwischen Schwellenländern lindern kann.

Wechselkurskrisen

Die Geldpolitik der Bank of Japan ist seit sehr langer Zeit durch eine Politik des kostenlosen Geldes gekennzeichnet. Geschäftsbanken können sich zu einem nominalen Zins von null Liquidität bei der japanischen Zentralbank beschaffen, womit nicht zuletzt auch die Bankkreditvergabe stimuliert werden soll. Aufgrund eines zweistufigen Prinzipal-Agent-Problems kann es jedoch sein, daß derart niedrige Zentralbankzinsen zusätzliche Fehlanreize auf Seiten der Banken setzen, so daß diese sich nicht mehr angemessen um ausstehende Kredite kümmern. Finanzmarktakteure reagieren hierauf mit einer Verschärfung ihrer Solvenzanforderungen, die regulatorische Vorgaben bezüglich des Eigenkapitals (beispielsweise aufgrund der Baseler Eigenkapitalvorschriften) weit übertreffen. Im Ergebnis sind Banken, die unter Eigenkapitalbeschränkungen leiden, nicht in der Lage, ihre Kreditgeschäfte bei einer Niedrigzinspolitik aufrecht zu erhalten. Dieser Erklärungsansatz ist weitgehend konsistent mit den Beobachtungen für die japanische Volkswirtschaft.

Die Wirksamkeit expansiver Geldpolitik bei dysfunktionalem Bankensektor

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Dietrich, Diemo: Monetary Policy and Bank Lending in Japan: An Agency-based Approach, in: Hasse, Rolf; Vollmer, Uwe (eds), Incentives and Economic Behaviour. Stuttgart 2005, pp. 87-99.

In der öffentlichen Diskussion um die Bedeutung multinationaler Konzerne für die deutsche Wirtschaft hatten und haben die Ereignisse im Zusammenhang mit Opel, der deutschen Tochter von General Motors, ein besonderes Maß an Aufmerksamkeit erregt. Als mit der Änderung der Konzernstruktur

**Investitionsentscheidungen
multinationaler Unternehmen**

im Juni 2004 der unternehmensinterne Wettbewerb um die Produktionskapazitäten institutionalisiert wurde, war dies von vielen Beobachtern als Schritt hin zu mehr Effizienz und höherer Profitabilität gewertet worden. Doch ein solcher interner Wettbewerb um die Ressourcen eines Unternehmens kann behindert sein und zu ineffizienter Mittelverwendung führen: Informations- und Durchsetzungsprobleme sowie Machtkämpfe innerhalb eines Konzerns schränken nämlich die Fähigkeit und Bereitschaft der Konzernleitung ein, vorhandene Ressourcen in ihre produktivsten Unternehmensteile zu lenken. Unter Rückgriff auf die institutionenökonomische Organisationslehre werden mögliche Effizienzprobleme der unternehmensinternen Allokation von Kapital aufgezeigt und deren Relevanz im Rahmen einer Fallstudie zu General Motors/Opel diskutiert.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Dietrich, Diemo; Höwer, Daniel: Wie treffen Multis Investitionsentscheidungen: Das Fallbeispiel General Motors, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 10/2005.

Banken halten im Durchschnitt mehr regulatorisches Eigenkapital als durch entsprechende Regulierungen (Basel Akkorde) vorgeschrieben und erhöhen diese Kapitalpuffer im konjunkturellen Abschwung. Die Literatur erklärt dies als Ergebnis dynamischen Portfoliomanagements unter Berücksichtigung von Anpassungskosten. Diese Sicht gibt jedoch keine Antwort auf die Fragen, inwieweit Eigenmittelvorschriften die Fähigkeit von Banken beeinflussen, ihre Funktionen zu erfüllen, und in welcher Weise Finanzmarktteilnehmer ihrerseits auf Verhaltensanpassungen der Banken reagieren. Weil Finanzverträge nur unzureichend durchsetzbar sind, hängen Finanzierungsbedingungen von der Verhandlungsposition der Bank sowohl gegenüber ihren Kreditnehmern als auch Kapitalgebern ab. Es kann nachgewiesen werden, daß diese Verhandlungsposition durch die Kapitalstruktur einer Bank bestimmt ist und sowohl ihre Refinanzierungsmöglichkeiten als auch ihre Fähigkeit, ausstehende Kredite einzufordern, beeinflußt. Banken, die einer Eigenkapitalre-

**Eigenkapitalvorschriften
und Pro-Zyklizität
der Kreditvergabe**

gulierung unterliegen, sind dann unter Umständen gezwungen, diese überzuerfüllen, damit sie ihre aufgrund der Regulierung verminderten Refinanzierungsmöglichkeiten durch verbesserte Krediterträge ausgleichen. Die Notwendigkeit zur Übererfüllung wird im konjunkturellen Abschwung stärker, da die hiermit verbundene Wertminderung von Kreditsicherheiten die relative Verhandlungsposition der Bank schwächt und nur durch eine stärkere Eigenmittelausstattung kompensiert werden kann.

Konjunkturforschung

Seit dem Boomjahr 2000 stagnieren in Deutschland die privaten Konsumausgaben. Das hat den Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion gedämpft und der Debatte über die Ursachen der Nachfrageschwäche im Inland neue Nahrung gegeben. Schließlich entfallen jährlich rund zwei Drittel des Bruttoinlandsprodukts auf die Güterkäufe der privaten Haushalte. Die Konsumschwäche, die auch als Kaufzurückhaltung der privaten Haushalte apostrophiert worden ist, war Anlaß, die traditionellen ökonomischen Erklärungsmuster des privaten Konsums mit aktuellen Daten zu testen und daraus Schlüsse für Prognosen zu ziehen. Untersucht wurden der Zusammenhang zwischen Einkommen und Konsum sowie der Einfluß psychologischer Faktoren auf das Kaufverhalten.

Zwischen Konsumausgaben und verfügbaren Einkommen wird gewöhnlich ein langfristig bestehender Zusammenhang vermutet. Kointegrationsanalysen von Länderdaten aus der Euroregion und Großbritannien mit panelökonometrischen Verfahren führen jedoch zu widersprüchlichen Ergebnissen. Sogar die permanente Einkommenshypothese scheint nicht zu stimmen. Beispielsweise wird im einfachen Modell eine Einkommenselastizität von signifikant größer als eins ermittelt. Dies impliziert einen Rückgang der Sparquote. Erweitert man jedoch das Modell um den Vermögenseffekt, wie in dem Forschungsansatz geschehen, werden die Kointegrationseigenschaften des einfachen Modells deutlich verbessert, und die Einkommenselastizität steht besser im Einklang mit der Hypothese vom permanenten Einkommen. So kann der Verfall der Aktienkurse nach dem Jahr 2000 als ein Vermögensverlust interpretiert werden, der einen Anstieg der Sparquote nach sich zieht. Solange der Rückgang anhält, dürfte sich dann auch die Konsumschwäche fortsetzen. Für die Euroregion wären dann auf längere Zeit geringere Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts zu erwarten.

Konsum und Vermögen

Ausgewählte Veröffentlichungen:

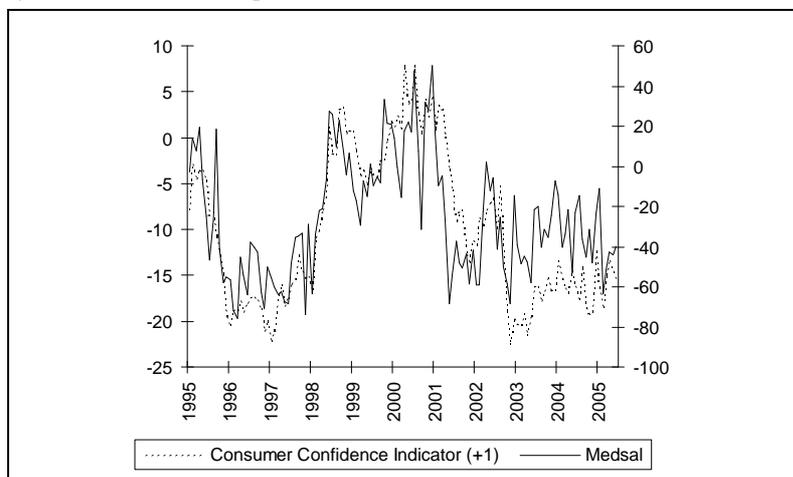
Dreger, Christian; Reimers, Hans-Eggert: Consumption and income in the euro area: Empirical evidence based on panelcointegration methods, in: Dreger, C.; Galler, H. P. (eds), *Advances in macroeconomic modeling. Papers and proceedings of the 4th IWH Workshop in macroeconometrics*. Nomos, Baden-Baden 2005, S. 45-56.

Unter der Prämisse, daß sich das Verhalten der Wirtschaftsakteure nicht nur mit Blick auf monetäre Größen erklären läßt, sondern auch psychologische Faktoren eine Rolle spielen, stellt die Analyse der Stimmungsdeterminanten einen wichtigen Baustein der Konjunkturforschung dar. Hier wurde an der Schnittstelle zur Wirtschaftspsychologie und Medienwissenschaft untersucht, welche Bedeutung der Wirtschaftsberichterstattung in deutschen Fernsehnews (operationalisiert in Form sog. „Medienindikatoren“) für die Schwankungen des Konsumklimas zukommt und in welchem Maße sich daraus prognostische Aussagen herleiten lassen.

Konsumklima und Medien

Abbildung 2:

Konsumentenstimmung und Medienstimmung, 1995-2005
- jeweils Saldo in Prozentpunkten -



Quellen: Medien Tenor; EU-Kommission; Berechnungen des IWH.

Für den Zeitraum 1995 bis 2005 lassen die statistischen Tests (Korrelations- und Vorzeichenanalyse sowie Granger-Kausalitätstests) auf einen recht engen Zusammenhang zwischen Medienmeldungen und Konsumenten-

tenstimmung schließen, d. h., die Änderung im Tenor der Wirtschaftsberichterstattung besitzt Erklärungskraft für die Richtungsänderungen des Vertrauensindikators in der Folgeperiode. Eine verlässliche Vorhersage des Konsumklimas über die bloße Richtungsänderung hinaus kann das hier vorgestellte Modell allerdings nicht leisten – es sind weitere Faktoren wie bspw. persönliche Erfahrungen oder das soziale Umfeld heranzuziehen.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Wörsdorfer, Sophie: Wie die Wirtschaftsberichterstattung der Medien das Konsumentenvertrauen lenkt, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 11/2005, S. 338-344.

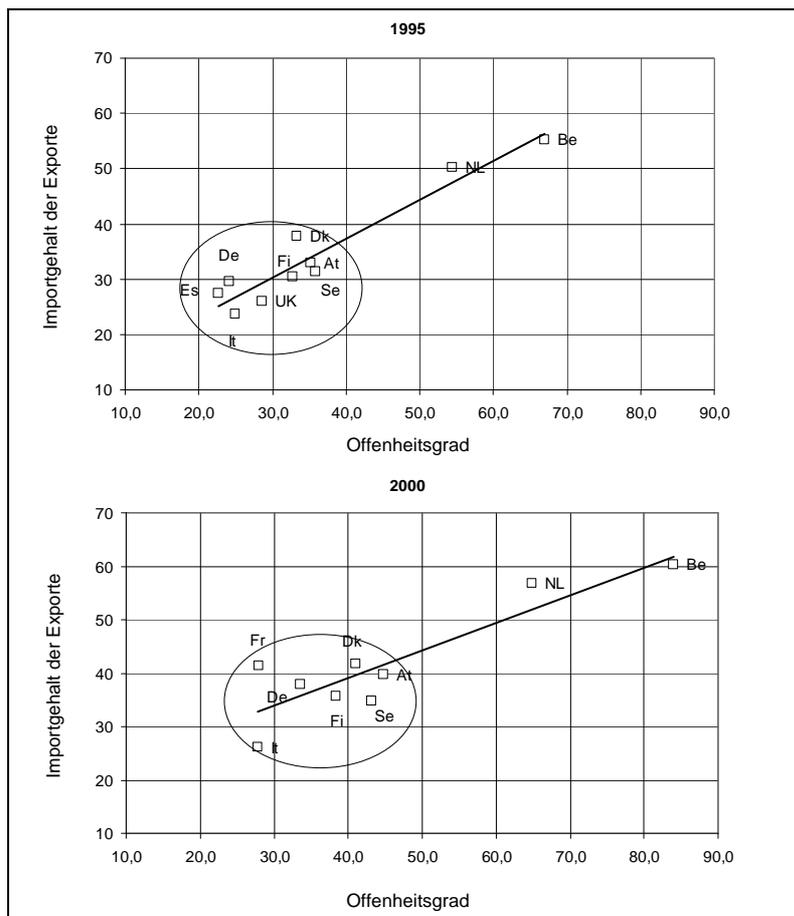
Mit der zunehmenden Verflechtung der Produktion zwischen den verschiedenen Ländern hat sich in den 1990er Jahren die Bedeutung der Importe für nationale Volkswirtschaften deutlich erhöht. Die deutsche Wirtschaft, so wurde behauptet, sei davon besonders betroffen, weil die Hochlohnpolitik heimische Produktion und Beschäftigung in das Ausland abgedrängt habe und der Export in steigendem Maße auf importierte Gütern angewiesen sei. Diese Aussagen wurden einem international angelegten, empirischen Test unterzogen.

**„Basarökonomie“
international?**

Die Analyse, die mit dem Tabellenwerk und dem Standardmodell der offenen statischen Input-Output-Analyse durchgeführt wurde, belegte zunächst, daß in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre der Importgehalt der Exporte nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen EU-Staaten erheblich gestiegen ist. Ebenso hat sich der Offenheitsgrad der Volkswirtschaften im Zuge der Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung kräftig erhöht. Den Anstieg des Importgehalts belegt in Abbildung 3 die Verschiebung der Punktwolke nach rechts oben.

Eine Analyse der Herkunft der Exporte zeigte jedoch, daß die Wiederausfuhr importierter Güter verantwortlich für die hohe Dynamik der exportinduzierten Importe war. Deren Anteil lag in Frankreich, den Niederlanden und Belgien sogar höher als in Deutschland. In Frankreich und in den Niederlanden überstieg ihr Anteil im Jahr 2000 sogar den der exportinduzierten Vorleistungsimporte. Und schließlich wurde gezeigt, daß sich der Saldo aus dem Zugewinn an Wertschöpfung aus den Exporten und den „Verlusten“ an Wertschöpfung, die im Zusammenhang mit den exportinduzierten Importen stehen, in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre in allen betrachteten Ländern erhöht hat, und damit positive Beschäftigungseffekte einhergingen. Von einem negativen Effekt des Anstiegs der exportinduzierten Vorleistungen auf das Inland kann demnach keine Rede sein.

Abbildung 3:
 Offenheitsgrad^a und Importgehalt der Exporte nach ausgewählten westeuropäischen Ländern in den Jahren 1995 und 2000
 - in % -



^a Verhältnis des Durchschnitts von Ex- und Import zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; Berechnungen des IWH.

Ausgewählte Veröffentlichung:

Brautzsch, Hans-Ulrich; Ludwig, Udo: Ganz Westeuropa auf dem Weg in die „Basarökonomie“? Wirtschaftsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 2005, Heft 8, S. 513-517.

Dynamik makroökonomischer Aggregate in Ostdeutschland

Trotz der allgemein schwachen Inlandsnachfrage in ganz Deutschland stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion im Ostteil der Republik 2004 das dritte Jahr in Folge. Kräftig erhöht hat sich die Nachfrage des Auslands nach Gütern aus Ostdeutschland vor allem in den alten EU-Ländern. Der Anstoß aus dem Ausland hat zwar die Exportindustrien und ihre Zulieferzweige erreicht, aber infolge des geringen Gewichts dieses Sektors bleibt die Wirkung auf die Gesamtwirtschaft gering.

Ostdeutsche Wirtschaft in der Schwächephase

Die allgemeine Konsum- und Investitionsschwäche war in Ostdeutschland noch stärker ausgeprägt als im Westen. Gründe sind die geringe Einkommensentwicklung, unausgelastete Produktionskapazitäten, Leerstände bei Immobilien und ungenügende Eigenmittel für die Investitionsfinanzierung. Die schwache Nachfrage in der Region hat viele Unternehmen angeregt, zunehmend Märkte in den alten Bundesländern und im Ausland zu suchen. Das Verarbeitende Gewerbe setzt dort inzwischen fast zwei Drittel seiner Produktion ab, und das Baugewerbe erbringt knapp ein Fünftel seiner Leistungen außerhalb der Region. Begünstigt wird diese Expansion durch die weiter gestiegene preisliche Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Anbieter im Bereich der Herstellung handelbarer Güter. Der Arbeitskostenvorteil hat sich weiter vergrößert, auch wenn ein Grund in der weiter gesunkenen Tarifbindung der Unternehmen zu finden ist.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

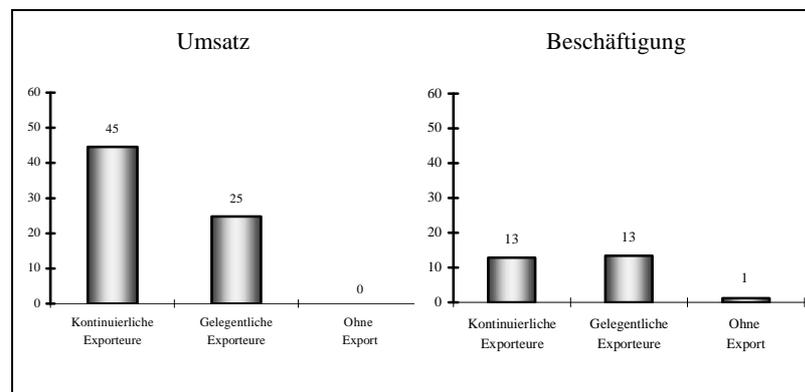
Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland: Ostdeutsche Wirtschaft: Aufholen mit Trippelschritten, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 6/2005.

Gestützt auf verschiedene Erklärungsansätze der traditionellen und neueren Außenhandels-theorien wurde untersucht, warum Betriebe des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes im Exportgeschäft Fuß gefaßt haben und welchen Einfluß dieser Geschäftsbereich auf Umsatz und Beschäftigung hat. Im Rahmen einer Längsschnittanalyse der Daten aus den Befragungswellen des IAB-Betriebspanels von 1999 bis 2004 wird dazu zwischen Betrieben unterschieden, die dauerhaft Exportgeschäfte betreiben, gelegentlich exportieren oder nur in Deutschland aktiv sind.

Export als Beschäftigungsmotor der ostdeutschen Industrie – ein betrieblicher Längsschnitt

Es zeigt sich, daß der Export für das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe ein Beschäftigungsmotor ist.

Abbildung 4:
Umsatz- und Beschäftigungszuwachs im Jahr 2003 gegenüber 1998 in den Betrieben des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes im Längsschnitt
- in % -



Panelfälle hochgerechnet.

Quelle: IAB-Betriebspanel 1999 bis 2004.

Der Umsatz der dauerhaft oder gelegentlich exportierenden Betriebe expandierte kräftig und zog auch einen Beschäftigungszuwachs nach sich, während die ausschließlich im Inland agierenden Betriebe ihre Umsätze wegen der schwachen Binnenkonjunktur in Deutschland nicht steigern konnten und die Beschäftigung stagnierte. Die Exporteure heben sich von den anderen Betrieben, wie aus der Untersuchung der betrieblichen Determinanten der Exportentwicklung mit einem binären und multinomialen Logit-Modell hervorgeht, durch eine größere Investitions- und Innovationsaktivität sowie einen höheren Qualifikationsgrad der Beschäftigten ab. Sie waren zugleich überdurchschnittlich groß und häufiger im Besitz ausländischer Investoren. Der Anteil der kontinuierlichen und gelegentlichen Exporteure ist aber mit 11% bzw. 14% alles in allem zu gering, um eine grundlegende Wende am Arbeitsmarkt zu erreichen.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Loose, Brigitte; Ludwig, Udo: Export und Beschäftigung in der ostdeutschen Industrie – ein betrieblicher Längsschnitt, in: Beschäftigungsanalysen mit den Daten des IAB-Betriebspanels. Tagungsband des Workshops des IAB und IWH 2005. IWH-Sonderheft 1/2006.

Strukturökonomik

Leiter: Dr. Joachim Ragnitz

Die Veränderungen der globalen Arbeitsteilung und das Herauskrystallisieren weltweit ausdifferenzierter Interdependenzen der Wirtschaftsstrukturen führen zu regionalen und sektoralen wirtschaftlichen Entwicklungen, die in erheblichem Maße Ungleichgewichte auslösen und Anpassungsprobleme bewirken. Diese und die zugrundeliegenden Prozesse werden auf der Ebene zwischen aggregierter makroökonomischer und einzelwirtschaftlicher mikroökonomischer Sicht in der Abteilung Strukturökonomik erforscht. Im Berichtsjahr 2005 lag der Schwerpunkt dabei auf drei Themenfeldern, nämlich der Frage der Konvergenz zwischen verschiedenen Wirtschaftsräumen, den Implikationen des demographischen Wandels für die wirtschaftliche Entwicklung sowie Wirkungsanalysen ausgewählter wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Zusätzlich haben die Mitarbeiter der Abteilung – insbesondere im Zusammenhang mit Drittmittelprojekten des IWH – ihre Sach- und Methodenkompetenzen auch in Forschungsvorhaben anderer Abteilungen eingebracht. Stark nachgefragt wurde die Kompetenz der Abteilung in der wirtschaftspolitischen Beratung; hier spielten ostdeutschlandspezifische Fragestellungen eine herausragende Rolle.

Konvergenz der ostdeutschen Wirtschaft

Dem Themenfeld „Konvergenz“ lassen sich vor allem die Arbeiten zum Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft zurechnen. So wurde gezeigt, daß der Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft (im Vergleich zu Westdeutschland) primär ein Reflex unterschiedlicher Strukturen in

Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft

den beiden Landesteilen ist und wenig über die tatsächliche Leistungskraft der ostdeutschen Unternehmen aussagt. Neben der Branchen- und Größenstruktur spielt dabei die funktionale Struktur, die sich in den neuen Ländern herausgebildet hat, eine besondere Rolle. Diese ist nämlich – gerade in jenen Branchen, die stark durch westdeutsche oder ausländische Zweigbetriebe gekennzeichnet sind – durch einen hohen Anteil von Betrieben geprägt, die nur „nachgelagerte“ Unternehmensfunktionen ausüben. Auch wenn dies unter Beschäftigungsaspekten positiv zu beurteilen ist, werden damit die Möglichkeiten, hohe Einkommen zu erzielen, in der Region

begrenzt – mit der Folge geringer Binnennachfrage und fortschreitender Abwanderung insbesondere von gutqualifizierten, jüngeren Personen.

Gleichwohl läßt sich feststellen, daß die modernen Betriebe im Besitz westdeutscher oder ausländischer Muttergesellschaften ein im ostdeutschen Vergleich überdurchschnittlich hohes Produktivitätsniveau aufweisen. Dies rührt daher, daß die neuerrichteten Kapazitäten in Ostdeutschland mit Hilfe öffentlichen und privaten Kapitals seit 1990 auf den neuesten technologischen Stand gebracht worden sind, Produktivitätshemmnisse, wie ein Mangel an Eigenkapital oder ein erschwerter Zugang zu westdeutschen und ausländischen Märkten für diese Unternehmen weitgehend irrelevant sind, und der Rückgriff auf die Innovationskraft der jeweiligen Muttergesellschaft es erlaubt, moderne und für die Nachfrager attraktive Produkte herzustellen. Hinzu kommt schließlich, daß diese Betriebe im Regelfall hinreichend groß sind, um größenbedingte Kostenvorteile, so bei der Materialbeschaffung oder der Organisation der innerbetrieblichen Arbeitsteilung auszunutzen.

In einer vertiefenden Analyse wurde unter Verwendung mehrerer Wellen des IAB-Betriebspanels die Rolle ausländischer und westdeutscher Betriebe im Innovationsprozeß des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes näher untersucht. Zwar

Die Bedeutung auswärtiger Investoren

zeigt die rein deskriptive Analyse unter Berücksichtigung verschiedener Kennzahlen des Innovationsinputs und -outputs sowie der Arbeitsproduktivität auch hier, daß auswärtige Betriebe durch eine deutlich höhere technologische Leistungsfähigkeit gekennzeichnet sind als ostdeutsche Betriebe. Die regressionsanalytische Untersuchung zeigt jedoch, daß die betriebliche Innovationsneigung vorrangig durch allgemeine Firmencharakteristika determiniert wird, insbesondere FuE, Betriebsgröße, Exportintensität und Modernität der Anlagen. Ein signifikanter Einfluß von Faktoren, die exklusiv auswärtigen Investoren zugeschrieben werden, kann hingegen nicht nachgewiesen werden. Aufgrund der Tatsache, daß diejenigen Einflußfaktoren, die die Innovationsneigung am stärksten befördern, besonders häufig in auswärtigen Betrieben anzutreffen sind, kann dennoch davon ausgegangen werden, daß auswärtige Investoren auf diesem Weg einen positiven Einfluß auf die Innovationsfähigkeit des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes ausüben.

Der hohe Einfluß struktureller Faktoren auf die Produktivität kann zu einem guten Teil auf die Nachwirkungen des Transformationsprozesses zurück-

geführt werden, denn aufgrund fehlender Standortvorteile in den neuen Ländern sowie regionalökonomisch begründete „Pfadabhängigkeiten“ war es für Unternehmen häufig unattraktiv, produktivitätsstarke Teile der Produktion nach Ostdeutschland zu verlagern. Dies wiederum läßt auch die weiteren Konvergenzperspektiven der neuen Länder in einem ungünstigen Licht erscheinen. Dies gilt insbesondere für Regionen, die aufgrund ihrer Lage und ihrer Ausstattung mit potentiellen Wachstumsfaktoren benachteiligt sind. Dies führt zu der Schlußfolgerung, daß das Gebot der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ neu zu interpretieren und vor allem die Chancengerechtigkeit – nicht die Ausstattung mit Angeboten der öffentlichen Daseinsvorsorge – in den Mittelpunkt zu rücken ist.

Ausgewählte Literatur:

Günther, Jutta; Gebhardt, Oliver: Eastern Germany in the process of catching-up. The role of foreign and Western German investors in technological renewal, in: Eastern European Economics 2005, Vol. 43, No. 3, pp. 78-102.

Ragnitz, Joachim: Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung strukturschwacher Regionen in Ostdeutschland. KAS-Zukunftsforum Politik Nr. 68, Berlin 2005.

Technologietransfer als Konvergenzmotor

Hieran anschließend wurde in einer Reihe von Studien untersucht, auf welchen Mechanismen der Technologietransfer zwischen Mutter- und Tochtergesellschaften als eine wesentliche Determinanten von Konvergenzfortschritten beruht. Hierzu wurden im IWH erhobene Datensätze für ausländische Tochterunternehmen in den mittel- und osteuropäischen Ländern herangezogen. Aufbauend auf einer literaturbasierten Diskussion verschiedener Transfermechanismen wurde festgestellt, daß ausländische Tochterunternehmen von direktem Technologietransfer durch kodifiziertes wie auch durch implizites Wissen profitieren können. Zudem kann die Intensität von Wissensströmen Unterschiede im Produktivitätswachstum erklären. Darüber hinaus wurde deutlich, daß aus der Kombination von ausländischen und lokalen Wissen zusätzliche Effekte für Produktivitätswachstum ausgehen können. Die Herkunft ausländischer Investoren hat hingegen nur auf den ersten Blick Einfluß auf die Intensität des Technologietransfers innerhalb multinationaler Konzerne. Berücksichtigt man die Höhe der ausländischen Unternehmensbeteiligung, das Ausmaß der direkten Steuerung durch das Mutterunternehmen in den einzelnen Geschäftsfunktionen, die Stärke der Handelsverflechtung mit dem Konzern und die absorptiven

Kapazitäten im Tochterunternehmen, so ist kein zusätzlicher statistischen Einfluß des Herkunftslandes mehr feststellen. Lediglich die geographische Distanz zwischen Tochterunternehmen und Konzernzentrale hat einen leicht negativen Einfluß auf das Ausmaß des internen Technologietransfer.

Ausgewählte Literatur:

Jindra, Björn: Theory and Review of the Latest Research on the Effects of FDI into Central East Europe, in: Stephan, J. (ed.), Technology Transfer via Foreign Direct Investment in Central and Eastern Europe – Theory, Method of Research and Empirical Evidence. Studies in Economic Transition. Palgrave Macmillan, Houndsmill 2005.

Günther, Jutta: Technology spillovers from foreign investors in transition economies – are the effects still expected?, in: Economic and Business Review 2005, Vol. 7, No.1, pp. 5-24.

Demographischer Wandel in Ostdeutschland

Die Arbeiten im Forschungsschwerpunkt „Demographie“ konzentrierten sich auf ein (noch nicht abgeschlossenes) Forschungsvorhaben für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), das in Kooperation mit der TU Dresden und dem ifo Institut, NL Dresden, durchgeführt wird. Während die Konsequenzen des demographischen Wandels für die Sozialen Sicherungssysteme inzwischen vergleichsweise gut erforscht sind, bestehen hinsichtlich der Implikationen für die Realwirtschaft noch erhebliche Forschungsbedarfe. Diese wurden deswegen in den Mittelpunkt der diesbezüglichen Arbeiten gestellt.

Ausgangspunkt der Arbeiten ist dabei die Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland. Nach der 10. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung

Die Bevölkerungs- entwicklung bis 2020

des Statistischen Bundesamtes wird die Bevölkerung in den ostdeutschen Flächenländern bis zum Jahre 2020 in einer Größenordnung von etwa 11% gegenüber dem Jahr 2002 abnehmen.

Noch stärker wird der Rückgang der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15-65 Jahre) sein. Hier ist mit einer Verringerung um mehr als 22% zu rechnen. Grund hierfür ist, daß in den nächsten Jahren mehr ältere Personen aus dem Erwerbsleben ausscheiden werden als junge Personen hinzukommen. Dementsprechend steigt auch das Durchschnittsalter der erwerbsfähigen Bevölkerung stark an – von jetzt 40,4 auf 44 Jahre.

Die schrumpfende und gleichzeitig überproportional alternde Bevölkerung hat aus ökonomischer Sicht zur Konsequenz, daß die Produktionsmöglichkeiten von der Arbeitsangebotsseite her beschränkt werden. Bei vorgegebenen Werten für Arbeitsproduktivität und Erwerbstätigenquote lassen sich alternative Entwicklungspfade konstruieren (vgl. Tabelle). So zeigt sich, daß bei einem jährlichen Produktivitätsanstieg von 0,75% und konstanter Erwerbstätigenquote das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner konstant gehalten werden könnte. Bei einem jahresdurchschnittlichen Produktivitätsanstieg von 2,5% wäre sogar ein kräftiger Anstieg des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner um 1,8% pro Jahr bis zum Jahre 2020 zu erwarten. Unterstellt man gleichzeitig für Westdeutschland einen jahresdurchschnittlichen Produktivitätszuwachs von 1,75%, so würde im Jahre 2020 die ostdeutsche Wirtschaftskraft, gemessen an diesem Indikator, bei knapp 65% des westdeutschen Niveaus liegen. Erst bei Produktivitätssteigerungen in einer Größenordnung von 4% wäre eine wirklich spürbare Konvergenz des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner auf einen Angleichungsstand von mehr als 80% zu erwarten. Anpassungen sind zwar auch bei der Erwerbstätigenquote möglich, allerdings ist deren Zuwachs beschränkt, weil zum einen bevölkerungsbedingt die Nachfrage nach „nicht-handelbaren“ Gütern in Ostdeutschland künftig nur schwach steigen dürfte und die Nachfrage nach „handelbaren“ Gütern durch eine verschlechterte kostenseitige Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Unternehmen beschränkt ist. Als die entscheidende Stellgröße mit Blick auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland muß daher die Produktivität angesehen werden.

Demographische Entwicklung und Produktivität

Der Umfang der in Zukunft realisierbaren Produktivitätssteigerungen hängt mit von den zu erwartenden demographischen Prozessen ab. So ist die Innovationskraft der Unternehmen u. a. von der Altersstruktur der Beschäftigten abhängig, weil Ältere als tendenziell risikoscheuer gelten und möglicherweise ein nicht modernstem Stand entsprechendes Fachwissen aufweisen. Hinzu kommt, daß aufgrund von Fachkräftedefiziten Forschungskapazitäten zurückgeführt werden dürften. Gleichzeitig wird auch die Modernisierung des Kapitalstocks wegen der demographischen Entwicklung in der Tendenz gehemmt, weil bei schrumpfender Bevölkerung zunächst einmal der dann überdimensionierte Bestand an Ausrüstungen und Bauten zurückgeführt werden muß. Da modernere Ausrüstungsgüter aufgrund der Implementation neuer Technologien und geringerer Störanfälligkeit eine höhere Produktivität aufweisen, wirkt dies etwaigen Produktivitätssteigerungen entgegen. Schließlich werden aufgrund von Verschiebungen der

Nachfragestruktur hin zu „altersspezifischen“ Gütern Umstrukturierungen in der Produktion erforderlich, in deren Folge Humankapital entwertet wird. All dies spricht dafür, daß sich der Produktivitätsanstieg künftig eher verlangsamen als beschleunigen wird. Allerdings dürfen die Effekte auch nicht dramatisiert werden, wie die diesbezüglichen Arbeiten der Abteilung im Berichtsjahr gezeigt haben.

Tabelle:

Projektionsergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland 2002-2020^a

	jahresdurchschnittliche Veränderungsrate in %		Westdeutschland = 100 ^b
	BIP	BIP je Einwohner	BIP je Einwohner
Konstante Erwerbsbeteiligung, konstante Produktivität in Ost- und in Westdeutschland	-1,3	-0,7	57,1
Konstante Erwerbsbeteiligung, Produktivität Ost +2,5%, West +1,75%	1,0	1,8	64,7
Konstante Erwerbsbeteiligung, Produktivität +4,0%, West +1,75%	2,4	3,3	82,8
Erwerbsbeteiligung Ost +0,5 Prozentpunkte, West konstant Produktivität Ost/West konstant	-0,6	0,1	50,6

^a Jahresdurchschnittliche Veränderungsdaten 2002-2020. – ^b Annahmen für Westdeutschland: jahresdurchschnittlicher Produktivitätsanstieg 1,5%, konstante Erwerbsbeteiligungsquote.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Häufig wird angenommen, daß auf individueller Ebene das Alter von erwerbstätigen Personen auch eine Determinante ihrer individuellen ökonomischen Leistungsfähigkeit (Individualproduktivität) ist. Dieser Zusammenhang ergibt sich indirekt aus im Lebensverlauf erzielten Kompetenzgewinnen und aus der Kumulation von Wissen und Fertigkeiten, aber auch über Kompetenzverluste durch mögliche Qualifikationsentwertung, nachlassende körperliche Leistungsfähigkeit und sich ändernde Risikopräferenzen. Es ist allgemein akzeptiert,

Alterseffekt und Individualproduktivität

daß es Kompetenzunterschiede zwischen Altersgruppen gibt. Strittig ist aber, wie sich dies im ökonomischen „Wert“ der individuellen Arbeitsleistung niederschlägt.

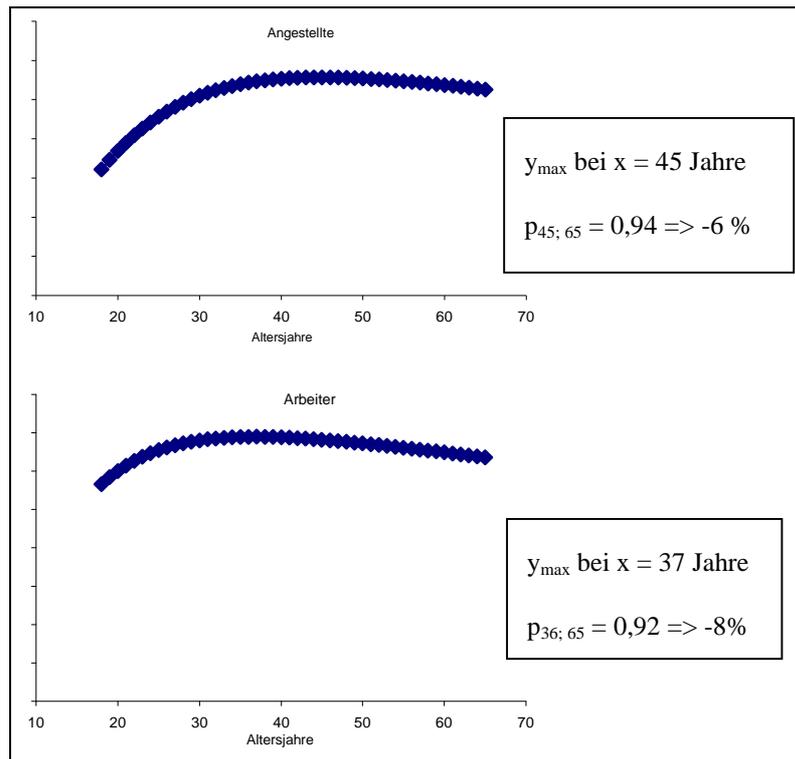
Auf Grundlage des Mikrozensus 2000 wurde analysiert, ob ein solcher allgemeiner Alterseffekt auf die Individualproduktivität meß- und modellierbar ist. Eine rein outputseitige Messung der Individualproduktivität ist zwar für bestimmte Aspekte und Berufszweige denkbar – Wissenschaftler (Veröffentlichungen, Patente) oder Verkäufer (Absatzzahlen) –, insgesamt ist eine individuelle Zurechnung eines meist arbeitsteiligen Gesamtprodukts aber praktisch nicht möglich. Deshalb wurde der Zusammenhang des Alters mit dem Einkommen untersucht, wobei zu gewährleisten ist, daß möglichst marktgerechte, funktionale Einkommen und deren Bezieher identifiziert werden können. Dafür wurde ein entsprechender Selektionskatalog entworfen und auf die Daten des Mikrozensus angewandt. In einer regressionsanalytischen Modellierung wurde dann der Alterseffekt auf das Einkommen zudem um zusätzliche Einflußkanäle wie Arbeitszeit, Geschlecht, Qualifikation und Wirtschaftszweig bereinigt und gegen einen zu vermutenden Selektionseffekt abgesichert. Die Alterskoeffizienten erwiesen sich dabei als signifikant, wodurch eine partialanalytische Simulation des Alterseffekts auf die relative Einkommenshöhe möglich wurde.

Sowohl für Arbeiter als auch Angestellte – nicht für die Selbstständigen – ergaben sich sachlich interpretationsfähige Leistungshöhepunkte im Bereich von 18 bis 65 Lebensjahren. Der Leistungszenit für Angestellte liegt mit ca. 45 Jahren etwa acht Jahre später als bei Arbeitern, allerdings ist der sich danach ergebende negative Alterseffekt bis zum Ruhestand überaus gering, insgesamt 6% bis 8% Einkommensverlust (vgl. Abbildung). Die Ergebnisse legen insofern nahe, daß ein allgemeiner Alterseffekt zwar besteht, er aber sich erst relativ spät und moderat negativ auszuwirken beginnt und sogar rechnerisch eine Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität möglich ist, wenn in Zukunft ältere Erwerbstätigenkohorten mit überdurchschnittlicher Arbeitsproduktivität an Gewicht gewinnen.

Ausgewählte Literatur:

Ragnitz, Joachim; Schneider, Lutz, u. a.: Demographische Entwicklung in Ostdeutschland. Gutachten im Auftrag des BMWi, in Bearbeitung.

Abbildung:
Geschätztes Nettoeinkommen bei Altersvariation – Vergleich nach Berufsgruppen^a



^a Da die Ordinatenwerte ceteris paribus berechnet werden, um den relativen Einfluß des Alters für verschiedene Berufsgruppen anhand der jeweiligen Schätzungen zu simulieren, sind die Niveauewerte zwischen den Berufsgruppen nicht vergleichbar und werden deshalb nicht angezeigt.

Quellen: Mikrozensus 2000; Berechnungen des IWH.

Wirkungsanalysen ausgewählter wirtschafts-politischer Maßnahmen

Im Forschungsschwerpunkt „Wirkungsanalyse wirtschaftspolitischer Maßnahmen“ standen wie schon in den Vorjahren Arbeiten zur Finanzpolitik der ostdeutschen Länder im Vordergrund, wobei neben der eigentlichen Analyse auch alternative Handlungsoptionen entwickelt wurden. Ausge-

hend von den dargestellten Projektionen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahre 2020 wurde am Beispiel des Länderfinanzausgleichs gezeigt, daß die Chancen für eine bedeutsame Verringerung der Transferzahlungen an die neuen Länder nicht besonders hoch einzuschätzen sind. Unter den getroffenen Annahmen zur Entwicklung von Produktivität und Erwerbsquote wird der Umfang des Länderfinanzausgleichs (einschließlich der damit verbundenen Ausgleichssysteme) im Untersuchungszeitraum sogar noch leicht zunehmen. Grund hierfür ist, daß die finanziellen Ausgleichssysteme eine weitgehende Nivellierung von Finanzkraftunterschieden zwischen den Ländern vorsehen und die Höhe der Zahlungen deswegen primär vom gesamtdeutschen Wirtschaftswachstum abhängen. Dennoch wird sich die Finanzlage der ostdeutschen Länder und Gemeinden von einem derzeit noch recht komfortablen Niveau deutlich verschlechtern, da gleichzeitig in diesem Zeitraum die Zuweisungen im Rahmen des Solidarpaktes II vollständig abgeschmolzen werden. Dies führt zu der Schlußfolgerung, daß an einer ausgabenseitigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in den neuen Ländern kein Weg vorbeiführt.

Thematisiert wurde darüber hinaus wieder die Frage nach der zweckentsprechenden Mittelverwendung im Solidarpakt II. Es konnte zunächst gezeigt werden, daß die Mehrheit der ostdeutschen Länder nach wie vor einen erheblichen Teil der ihnen gewährten „Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen“ nicht wie vereinbart für investive Zwecke verausgabt. Wichtiger ist allerdings, daß dieses Ziel – legt man die aktuellen Finanzplanungen zugrunde – auch in den nächsten Jahren nicht erreicht werden wird. Nur zum Teil ist dies der Landespolitik anzulasten; zum Teil rührt dies auch aus Konstruktionsfehlern des Solidarpaktes bzw. des für die Mittelverwendung anzulegenden Nachweisschemas. In weiteren – noch nicht veröffentlichten – Arbeiten wurden deswegen alternative Maßstäbe zum Nachweis der zweckgerichteten Verwendung der Mittel aus dem Solidarpakt II entwickelt.

Ausgewählte Literatur:

Ragnitz, Joachim: Demographische Entwicklung in Ostdeutschland und Länderfinanzausgleich, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2005, S. 73-81.

Ragnitz, Joachim: Solidarpakt II: Zweckentsprechende Mittelverwendung nicht in Sicht, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2005, S. 288-292.

Sonstige Arbeiten

Neben den hier aufgeführten Arbeiten haben Mitarbeiter der Abteilung eine Reihe von weiteren Studien und Aufsätzen erarbeitet. Neben Arbeiten der „Abteilungsforschung“ sind dabei insbesondere auch Projekte zu nennen, die von mehreren Abteilungen des Institutes erstellt worden sind bzw. mit auswärtigen Kooperationspartnern bearbeitet wurden. Dazu gehören unter anderem Arbeiten zur wirtschafts- und finanzpolitischen Situation in Mecklenburg-Vorpommern (Kooperation mit der TU Dresden sowie ein abteilungsübergreifendes Projekt mit der Abteilung Arbeitsmarkt im IWH), Arbeiten zum Zusammenhang zwischen Transferleistungen und Wirtschaftskraft in Ostdeutschland (Kooperation mit der Abteilung Konjunktur und Wachstum im IWH), eine Studie zur Kraftfahrzeugindustrie in Ostdeutschland (Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen in Jena) oder Analysen von Clusterprozessen in Mitteldeutschland (Kooperation mit dem Regionenmarketing Mitteldeutschland).

Industrie- und Regulierungsökonomik

Leiter: Dr. Johannes Stephan

Die Analyse der Wettbewerbsfähigkeit von Industrien, die in diesen ablaufenden Wettbewerbsprozesse und deren zugrundeliegende Einflußgrößen, stellt heute einen zentralen Baustein der ökonomischen Forschung dar, um nationale, aber auch übernationale Ordnungspolitik begründen zu können. Damit rückt auch der Regulierungsrahmen, quasi als „public-choice“-Gegenstück der Industrieökonomik in das Aufgabenfeld der Abteilung, die zum 1. Mai 2005 gegründet wurde. Erforscht werden folglich wirtschaftspolitisch relevante Fragestellungen bezogen auf den wettbewerblich organisierten Ordnungsrahmen der Wirtschaft. Dabei handelt es sich insbesondere um die Analyse von Marktmacht und strategischem Verhalten sowie der Interaktion von wirtschaftlichen Akteuren auf der Angebotsseite der Wirtschaft. Determinanten wie Produkt- und Technologiecharakteristika, institutionelle Bedingungen und Organisationsstrukturen wirtschaftlicher Akteure und Märkte finden hier besondere Beachtung. Durch wirtschaftspolitische Maßnahmen wie die Gestaltung der Rahmenbedingungen, Industrie- und Wettbewerbspolitik und regulative Eingriffe kann der Staat auf diese Faktoren Einfluß nehmen, wobei diese Eingriffe selbst wiederum Anreizwirkungen bedingen. Determinanten und wirtschaftspolitische Maßnahmen werden mit den aktuellsten Forschungsmethoden der Mikroökonomik, der Industrieökonomik, der Regulierungstheorie und der Institutionenökonomik mit Hilfe mathematisch formaler Modelle, spieltheoretischer Ansätze und empirischer Schätzungen analysiert.

Industrieökonomik und Wettbewerb

Wettbewerbsgesetzgebung in Entwicklungs- und Transformationsländern

Sowohl auf internationaler als auch nationaler Ebene gibt es zahlreiche Initiativen, welche die Einführung und Implementierung von Wettbewerbsgesetzen in Entwicklungs- und Transformationsländern befürworten und unterstützen. Diskutiert wird das Thema beispielsweise innerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Welthandelsorganisation (WTO), der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD), und der Europäischen Union (EU).

Im Rahmen eines Drittmittelprojektes (6. Forschungsrahmenprogramm der EU) wurden folgende Forschungsfragen analysiert: Welche Gründe bringen Entwicklungs- und Transformationsländer gegen die Implementierung (Einführung und Umsetzung) einer Wettbewerbsgesetzgebung vor? Wie sind diese Gründe aus entwicklungstheoretischer Perspektive zu bewerten? Welche Faktoren beeinflussen die Entscheidung eines Landes, ein Wettbewerbsgesetz einzuführen? Welche Strategien und Maßnahmen benutzen Länder bei der Implementierung eines Wettbewerbsregimes, bzw. welche Strategien und Maßnahmen erleichtern eine effektive Ausgestaltung eines Wettbewerbsregimes? Ziel der Forschung war, einen Beitrag zur Diskussion über eine wachstums- und entwicklungsorientierte Ausgestaltung der Wettbewerbsregime in Transformations- und Entwicklungsländern zu leisten. Wirtschaftspolitisch sind die Ergebnisse insbesondere für die EU im Rahmen der Verhandlungsprozesse mit Drittstaaten bezüglich Außenhandelsvereinbarungen von Interesse. Darüber hinaus wurden die Forschungsergebnisse durch die UNCTAD zur Beratung von Transformations- und Entwicklungsländer bezüglich der Einführung und Implementierung von Wettbewerbsgesetzgebung genutzt.

Die Analyse der von Landesvertretern in relevanten Konferenzen vorgebrachten Gründe gegen die Implementierung einer Wettbewerbsgesetzgebung zeigt, daß es in der politischen und administrativen Praxis vielerorts noch erhebliche Zweifel an der Kompatibilität von wirtschaftlichen Entwicklungserfordernissen und einer stringenten Durchsetzung von Wettbewerbsgesetzen gibt. Die Gründe lassen sich in drei Hauptkategorien unterteilen: Zum einen sind dies Gründe, die direkt an eine entwicklungsökonomische Strategie (wie z. B. einer Importsubstitutionsstrategie oder das Anwerben von ausländischen Direktinvestitionen) knüpfen. Zweitens wird die Frage aufgeworfen, ob nicht mögliche Substitute (wie z. B. eine Außenhandelsliberalisierung) dieselben Wirkungen wie eine Wettbewerbsgesetzgebung haben können. Drittens beschäftigen sich die Argumente mit den Schwierigkeiten bei der Einführung und Durchsetzung eines Wettbewerbsgesetzes, insbesondere mit Blick auf konkurrierende Prioritäten und Ressourcenknappheit. Eine ökonomische Bewertung dieser Argumente zeigte jedoch, daß eine Sicherung des Wettbewerbs viel eher entwicklungsfördernde Kräfte freisetzen kann, daß Reformen wie Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung erst dann ihre angestrebten Wirkungen entfalten können, wenn sie in einem wettbewerblichen Regime verankert sind, insbesondere also keine Substitute darstellen können. Mit Blick auf das in Entwicklungs- und Transformationsländern besonders akute

**Wettbewerbsgesetz:
Für und Wider**

Problem der Ressourcenknappheit bei der Budgetierung und der Versorgung der wettbewerbssichernden Institutionen kann auf die Rolle finanzieller und technischer Hilfe seitens der entwickelten Volkswirtschaften verwiesen werden, die somit als eine besonders effektive Form der Entwicklungshilfe angesehen werden können.

Eine ökonomische Analyse der Determinanten der Einführung einer Wettbewerbsgesetzgebung zeigte, daß zahlreiche der vorgebrachten Argumente gegen die Einführung einer Wettbewerbsgesetzgebung in der Realität keine signifikante Rolle gespielt haben dürften. So zeigt sich beispielsweise, daß Länder, für die ausländische Direktinvestitionen eine große Bedeutung haben, eine höhere Wahrscheinlichkeit besitzen, über eine Wettbewerbsgesetzgebung zu verfügen. Die historische Erfahrung zeigt somit, daß eine verlässliche Wirtschaftsordnung eine wichtige Rolle für Investitionen aus dem Ausland spielt. Des Weiteren zeigt sich, daß Außenhandelsliberalisierung und Wettbewerbsordnung typischerweise Komplementäre darstellen, daß in der Regel gerade offene Volkswirtschaften über ein Wettbewerbsgesetz verfügen. Auch wenn diese Analyse keine Aussagen über kausale Zusammenhänge zuläßt, so läßt sich doch konstatieren, daß die Wahrscheinlichkeit, ein Wettbewerbsgesetz einzuführen, mit der Größe, dem Entwicklungsstand, mit dem ökonomischen Freiheitsgrad, der Intensität der regionalen Integration und dem Rückzug der Politik aus der Beeinflussung der Wirtschaft steigt.

Determinanten der Einführung eines Wettbewerbsgesetzes

Eine auf Fallstudien aufbauende Analyse der möglichen Maßnahmen und Strategien von Ländern bei der Implementierung einer Wettbewerbsgesetzgebung unterstreicht die Bedeutung von drei Faktoren: *Erstens* einer graduellen Herangehensweise bei der Einführung, *zweitens* einer gewissen, wenn auch wohl definierten Flexibilität bei der Ausgestaltung und *drittens* der Nutzung von technischer und finanzieller Hilfe. Die Erfüllung der mit einem Wettbewerbsgesetz anvisierten Ziele hängt deutlich von der Einbeziehung aller relevanter Interessensgruppen des Landes ab (,bottom-up approach'), ein Prozeß, der einige Zeit in Anspruch nehmen und eine Einführung einer Wettbewerbsregimes in graduellen Schritten bedeuten kann. Zwar verschärft sich damit die Gefahr, daß das Gesetz für Partikularinteressen mißbraucht wird (sogenanntes ,regulatory capture'), doch ist hier mit der Entstehung einer wettbewerbsfreundlichen

Special and differential treatment bei Einführung eines Wettbewerbsgesetzes

Kultur innerhalb der Gesellschaft abzuwägen, ohne die eine nachhaltige und dynamische Wirtschaftsentwicklung im privaten Sektor nicht möglich ist. Mit Blick auf relevante nationale Besonderheiten zeigte die Analyse, daß einer flexiblen Ausgestaltung der Wettbewerbsgesetze eine besondere Rolle zukommen kann: So war zum Beispiel in Südafrika der Bereich der Unternehmenszusammenschlußkontrolle von herausragender Bedeutung, während in Polen eher die Kontrolle von wettbewerbswidrigen Verhalten durch Marktdominanz und Absprachen als auch die Kontrolle staatlicher Beihilfen besondere Rollen spielten. Zwei Punkte scheinen hierbei von besonderer Bedeutung: Das Konzept der Flexibilität kann sich ebenfalls auf nationale Besonderheiten, die nicht notwendigerweise direkte wettbewerbliche Relevanz besitzen müssen, beziehen. Solche können durchaus im Wettbewerbsgesetz Berücksichtigung finden (siehe z. B. das ‚black empowerment‘ Programm Südafrikas), um besondere Entwicklungsinteressen und -erfordernisse stärker zu berücksichtigen. Zweitens scheint es sinnvoll, bestimmte Bereiche vorläufig aus dem Wettbewerbsgesetz auszuklammern und Ausnahmen zu erlauben, um eine größtmögliche Akzeptanz für das Gesetz zu erhalten und einen rechtlich verbindlichen Rahmen zu schaffen. Hier ist jedoch besonders darauf zu achten, daß Ausnahmen scharf und eindeutig definiert sind, um Beliebigkeit in der Anwendung zu verhindern. Hinsichtlich der technischen und finanziellen Hilfe konnte die Analyse zeigen, daß Bereiche wie Kooperationen in Workshops, Seminaren und Konferenzen, aber auch der gegenseitige Besuch von Amtsmitarbeitern vermutlich den größten Effekt zeitigen konnten, während das Anfertigen von Gutachten und Studien kaum Interesse oder Wirkung zeigte.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Kronthaler, Franz; Stephan, Johannes; Emmert, Frank: Analysis of statements made in favour of and against the adoption of competition law in developing and transition economies. IWH-Sonderhefte 1/2005.

Kronthaler, Franz; Stephan, Johannes: Factors accounting for the enactment of a competition law – an empirical analysis. 6. EU Rahmenprogramm Forschungsbericht 2005.

Reform des europäischen Kartellrechts und Mehrerlösmessung in engen Märkten

Im Zuge der Siebten Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) von 2005 wurden sowohl das Anmeldesystem für legale Kartelle abgeschafft als auch die Sanktionsmöglichkeiten bei nachgewie-

senen Verstößen gegen das Kartellrecht erweitert. So wurde bislang das Dreifache des Mehrerlöses abgeschöpft, während nunmehr bis zu zehn Prozent des Gesamtumsatzes des vergangenen Geschäftsjahres als Strafmaß angesetzt werden kann. Die kritische Analyse dieser Gesetzesnovelle stellte auf den Zielkonflikt ab, dem die Kartellbehörde nun unterliegt: Auf der einen Seite muß sie die Höhe der Buße so bemessen, daß seitens der Unternehmen keine Anreize entstehen, Kartelle bewußt zu bilden. Andererseits kann eine zu hohe Strafe das Unternehmen in der Existenz bedrohen: Dies würde einen erheblichen Eingriff in die Eigentumsrechte des Unternehmens (Aktionäre) darstellen, außerdem darf die Abschöpfung der Vermögensvorteile auch gemäß der Vorstellung des Gesetzgebers keine unbillige Härte darstellen. Des weiteren besteht die Gefahr, daß sich auf einem engen Markt bei Ausscheiden eines Unternehmens die Intensität des Wettbewerbs verringert, was wirtschaftspolitisch nicht erwünscht wäre. Die Kartellbehörde steht also vor dem Dilemma eine „gerechte Strafe“ zu finden. Dieses Problem verschärft sich weiter, je niedriger die Aufklärungsquote von Kartellvergehen ist. Die Zahl der vermuteten Kartelle beträgt aber ein Vielfaches der tatsächlich aufgedeckten Kartelle. Daher fallen Ex-ante- und Ex-post-Rationalität der Buße weit auseinander. Für eine „gerechte“ Strafe müssen Ex-ante- und Ex-post-Rationalität weiter aufeinander zugeführt werden. Ein Weg wäre die Einführung von Gefängnisstrafen für Manager, wenn ein schwerwiegender Verstoß gegen das Kartellverbot nachgewiesen werden kann, wie es auch im amerikanischen Antitrust Law vorgesehen ist.

Bestimmung einer „gerechten Strafe“ bei Kartellvergehen

Des weiteren wurde untersucht, inwieweit die Wettbewerbstheorie Aussagen zu den Bedingungen treffen kann, unter denen ein wirtschaftlicher Vorteil auftritt und wie sich dessen Höhe berechnen läßt. Denn im Fall einer kartellrechtswidrigen Absprache sollen diese Vorteile (Kartellgewinne) nicht bei den Tätern verbleiben. Andererseits erreichen die Bußgelder mittlerweile beachtliche Höhen und können somit durchaus die Existenz der Unternehmen gefährden. Daher muß die Wirksamkeit eines Kartells und somit die Höhe der Vermögensvorteile präzise nachgewiesen werden. Hierzu wurden verschiedene ökonomische Methoden aus der Industrieökonomik zur Messung von Marktmacht, welche im Kartell unterstellt wird, herangezogen. Im Ergebnis bleibt festzuhalten, daß es einfacher ist, in rechtlicher Hinsicht die Tatbestandsvoraussetzungen für das Vorliegen eines Kartells darzulegen, als in ökonomischer Hinsicht die Wirksamkeit eines Kartells und

Wirtschaftlicher Vorteil und Mehrerlösmessung

dessen Auswirkungen auf den Markt nachzuweisen. Denn wesentliche Verfahrensweisen versagen in Märkten, die natürlicherweise eng sind. Daher entsteht die Herausforderung, belastungsfähige Referenzmaßstäbe für Vermögensvorteile, die durch kartellrechtlich relevantes Verhalten ausgelöst sind, darzulegen. Vor dem Hintergrund der Erkenntnis, daß die Höhe der Buße existenzbedrohend sein kann, ist zu fordern, daß die Höhe der Vermögensvorteile mittels eines Bündels alternativer Methoden hinreichend präzise nachgewiesen wird.

Eine Methode in einem solchen Bündel kann die Messung des Mehrerlöses, den Unternehmen durch das Bilden von Kartellen erzielen, über die langfristige Renditeentwicklung sein. Theoretischer Ausgangspunkt dieser Methode sind die wesentlichen Grundaussagen des Schumpeterschen Wettbewerbsmodells:

- (1) Der Wettbewerbsprozeß eliminiert langfristig über- und unterdurchschnittliche Gewinne.
- (2) Der Anpassungsprozeß an das Niveau des langfristigen Nullgewinns findet innerhalb kurzer Zeit statt.

Ein Test dieser Hypothese konnte zeigen, daß die mittleren Branchendifferentialrenditen des Produzierenden Gewerbes zu einem gemeinsamen langfristigen Niveau konvergieren. Innerhalb dieses Prozesses werden im Mittel 40 Prozent der Abweichung vom langfristigen Niveau innerhalb eines Jahres abgeschmolzen. Allerdings schränkt die mangelnde Trennbarkeit der Branchenmittelwerte zur Abbildung der Branchenverteilung die Ergebnisse dieser Auswertungsmethodik stark ein. Andere Ergebnisse zeigten sich bei der Auswertung auf Unternehmensebene: Hier konnten langfristige Unterschiede zwischen den Gesamtkapitalrenditen aller Unternehmen nachgewiesen werden, wobei hier im Mittel 62 Prozent des kurzfristigen unternehmensspezifischen Renditeunterschiedes innerhalb eines Jahres eliminiert wurden. Dieser Anpassungsprozeß variiert jedoch sehr stark zwischen den einzelnen Unternehmen. Wird der Anpassungsprozeß hin zu einem unterstellten langfristigen unbedingten Mittelwert innerhalb des gesamten Branchensegments betrachtet, so verringert sich die mittlere Anpassungsrate auf 50 Prozent. Die Korrelation zwischen der unbedingten Anpassungsrate und der langfristigen Rendite auf Unternehmensebene zeigt, daß Unternehmen, welche überdurchschnittlich starken Wettbewerbskräften ausgesetzt sind, auch erfolgreicher sind als andere und damit ein höheres langfristiges Renditeniveau aufweisen.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Steinat, Nicole; Blum, Ulrich; Veltins, Michael: Die „gerechte“ Strafe im Kartellverfahren, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 8/2005, S. 263-269.

Steinat, Nicole; Blum, Ulrich; Veltins, Michael: Wie hoch ist der wirtschaftliche Vorteil im Sinne des Kartellrechts?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 8/2005, S. 269-276.

Regulierung in Netzindustrien

Mit der Verwirklichung des gemeinsamen Europäischen Binnenmarktes und dem damit verbundenen Wegfall von Handelsbarrieren und anderen Wettbewerbshemmnissen rückte die Liberalisierung sogenannter Netzindustrien in den Fokus der europäischen Politik. Die Deregulierung solcher Sektoren mit physischer Netzinfrastruktur, insbesondere der Märkte für Strom, Gas, Telekommunikation und Schienenverkehr wurde zu einem wesentlichen Aspekt des Ziels der Förderung von Wettbewerb in der Europäischen Ökonomie. Die Einführung wettbewerblicher Strukturen in die ehemals monopolistischen Netzindustrien bedingte die Notwendigkeit wettbewerbspolitischer Reformen auf nationaler und europäischer Ebene. Insbesondere die Sicherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen und der Schutz der Verbraucher vor Marktmachtmißbrauch durch die etablierten Anbieter definierte den Fokus der Wirtschaftspolitik und führte zum Aufbau sektorspezifischer Regulierungsregime.

Im Zuge der Liberalisierung der europäischen Strommärkte wurde in Deutschland ein Sonderweg beschritten. Der diskriminierungsfreie Zugang zu den monopolistischen Bereichen der Elektrizitätsversorgung (Übertragungs- und Verteilnetze) wurde nicht wie in den anderen europäischen Mitgliedsstaaten durch die Errichtung einer Regulierungsbehörde sichergestellt; stattdessen wurde im deutschen Energierecht der sogenannte „Verhandelte Netzzugang“ verankert. Dieser Sonderweg wurde erst Mitte 2005 mit der Errichtung der Bundesnetzagentur verlassen, mit tatsächlich regulierten Preisen insbesondere der Netznutzung wird aber erst im Sommer 2006 gerechnet. Im vorherigen System wurden unter der Idee industrieller Selbstregulierung von den beteiligten Marktakteuren (mit Ausnahme der Endverbraucher) langfristige Verträge, die sogenannten Verbändevereinbarungen, geschlossen. Diese Verträge räumten Erzeugern und Importeuren das Recht auf Durchleitung ein, wobei die Kosten des Netzzugangs individuell zwischen einspeisendem und durchleitendem Unternehmen zu ver-

Der sogenannte „Verhandelte Netzzugang“ in Deutschland

handeln waren, daher „Verhandelter Netzzugang“. Die Höhe der Netznutzungsentgelte war in den Verbändevereinbarungen nicht geregelt, entsprechend blieb das Problem möglicher zu hoher Durchleitungspreise aufgrund asymmetrisch verteilter Verhandlungsmacht bestehen. Aus wettbewerbstheoretischer Sicht war zu erwarten, daß die vertraglich vereinbarte Publikation der Netznutzungsentgelte abgestimmtes Verhalten der Netzbetreiber ermöglicht und die billigeren Anbieter teurer und die teuren nur wenig billiger werden läßt. Eine empirische Untersuchung mit Daten der Netznutzungsentgelte von ca. 450 Netzbetreibern des Septembers 2002 und des Junis 2003 mit Hilfe von OLS-Querschnittsschätzungen bestätigt diese Hypothese.

Die Erfahrungen des verhandelten Netzzugangs und die öffentliche Debatte über die Entwicklung der deutschen Strompreise im Anschluß an die Liberalisierung der Energiemärkte 1998 wirft die Frage nach einem Scheitern der Umstrukturierung dieser Märkte auf. Die Analyse der Entwicklung der Strompreise für Haushaltskunden von 1998 bis 2005 zeigt dabei, daß sich die aggregierten Preise Ende 2005 auf etwa dem selben Niveau wie unmittelbar nach der Liberalisierung der deutschen Energiemärkte (-0,5%) bewegten. Eine solch generelle Betrachtung könnte jedoch aus zwei Gründen irreführend sein. Einerseits gibt es erhebliche Unterschiede in der Preisentwicklung auf den einzelnen Wertschöpfungsstufen des Stromsektors. Die Erzeugungspreise haben im Zeitablauf beispielsweise eine deutliche Reduktion von ca. 25% erlebt, sind jedoch nach 2001 über ein wettbewerbliches Preisniveau gestiegen. Dem Vorwurf der industriellen Kraftwirtschaft, daß die Großhandelspreise für Strom überhöht seien, kann somit zwar nicht widersprochen werden; für ein grundsätzliches Scheitern der Energiemarktreformen spricht die beobachtbare Entwicklung allerdings auch nicht. Die Preise für die Übertragung und Verteilung von Strom (Netzpreiskomponente) fielen im Betrachtungszeitraum ebenfalls (-15%), scheinen aber seit 2004 wieder zu steigen. Auch hier hat die Marktöffnung also das Ziel sinkender Preise zumindest teilweise erreicht, jedoch kann bei näherer Betrachtung des Verhaltens der Marktteilnehmer – teure Netzbetreiber senkten, günstige erhöhten ihre Netzentgelte – die Hypothese, daß die Gewährung des Netzzugangs teilweise mißbräuchlichen Praktiken unterliegt, nicht zurückgewiesen werden. Daß der Rückgang der Erzeugungspreis- und der Netzpreiskomponente nicht zu einer Senkung der Strompreise für Haushaltskunden geführt hat, ist aber vor allem auf den erheblichen Anstieg der Steuern und Subventionen (+60%) zurückzuführen. Dies be-

Entwicklung der Strompreise nach der Liberalisierung

stätigt die Hypothese der deutschen Stromwirtschaft, daß staatliche Eingriffe positive Teilentwicklungen überkompensiert haben und für das hohe Preisniveau maßgeblich verantwortlich sind.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Growitsch, Christian; Wein, T.: Negotiated Third Party Access – an Industrial Organisation Perspective. *European Journal of Law and Economics*, 20 (2), 2005, pp. 165-183.

Growitsch, Christian; Müsgens, F.: The Economics of Restructuring the German Electricity Sector, *Zeitschrift für Energiewirtschaft*, 29 (3), 2005, pp. 39-48.

Growitsch, Christian: Essays on Network Regulation, Schriften des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Band 21, Nomos-Verlagsgesellschaft, 2006.

Risikoforschung: Bewertung von Unternehmensrisiken

Ziel der Risikoforschung ist es, den Einfluß ausgewählter Risiken auf die Risikotragfähigkeit von Unternehmen zu untersuchen, um so Veränderungen von Rahmenbedingungen unter Risikogesichtspunkten beurteilen zu können.

Die Analyse konzentrierte sich hierbei zunächst auf die Erfassung von Mitarbeiter Risiken in Unternehmen: Als ein Mitarbeiter Risiko wird ein möglicher Verlust verstanden, der sich aus dem Ausfall einer Schlüsselperson ergeben kann. Hierdurch kann die Zukunftsfähigkeit eines Unternehmens massiv gefährdet sein. Eine Analyse und Bewertung dieses Risikos erscheint daher,

Risiko durch Verlust eines Mitarbeiters

vor allem vor dem Hintergrund einer zunehmenden Bedeutung von Humankapital als Produktionsfaktor, wichtig. Im Rahmen der Analyse wurde erfaßt, welche Verluste Unternehmen durch den Ausfall von Mitarbeitern erleiden können. Außerdem wurden die Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelner Mitarbeiter bestimmt und Daten zu Risikotragfähigkeit des Unternehmens erhoben (Eigenkapitalausstattung). Auf der Grundlage eines simulationsbasierten Modells wurden die erhobenen Daten unternehmensabhängig zu einer Verlustverteilung verdichtet. Aufgrund dieser ist es möglich, Rückschlüsse auf die Bedeutung des Mitarbeiter Risikos für ein Unternehmen zu ziehen. Die Feldforschung wird internetbasiert auf der Homepage des IWH fortgeführt, wobei den beteiligten Unternehmen ausführliche Analyseberichte zur Verfügung gestellt werden.

Neben der Analyse des Mitarbeiterrisikos wurde ein Modell zur Analyse des Forderungsausfallrisikos von Unternehmen entwickelt. Das For-

Risiko des Forderungsausfalls

derungsausfallrisiko ergibt sich aus der Möglichkeit, daß Kunden, denen Zahlungsziele eingeräumt wurden, die an sie gerichteten Rechnungen nicht bezahlen. Ziel des Projektes war, ein allgemeingütiges Verfahren zu entwickeln, das zur Bestimmung der Verlustverteilung, die sich aus dem Forderungsausfallrisiko ergibt, genutzt werden kann. Auf der Grundlage eines solchen Modells ist es möglich, perspektivisch die Bedeutung des Forderungsausfallrisiko für Unternehmen im Kontext zur jeweiligen Risikotragfähigkeit zu ermitteln. In diesem Rahmen wurde untersucht, ob Eigenschaften von Unternehmen, die Zahlungsziele gewähren, Rückschlüsse auf die Höhe ihrer Forderungsausfallrisiken zulassen. Damit stellt, abweichend von herkömmlichen Verfahren, nicht mehr der Kunde, dem ein Zahlungsziel gewährt wird, sondern das zahlungszielgewährende Unternehmen den Untersuchungsgegenstand dar. Dieser Weg wurde gewählt, da so die zur Risikoanalyse erforderlichen Informationen im zu untersuchenden Unternehmen erhoben werden können. Damit verlieren Informationsasymmetrien zwischen Kunden und zahlungszielgewährenden Unternehmen an Bedeutung, wodurch eine vollständige Risikoanalyse deutlich vereinfacht wird. Eine Voraussetzung für die gewählte Vorgehensweise ist darin zu sehen, daß Unternehmen, die Handelskredite vergeben, unterschiedlich hohe Forderungsausfallrisiken aufweisen und daß Merkmale identifiziert werden können, anhand derer zwischen Unternehmen unterschiedlich hoher Risiken unterschieden werden kann. Zur Überprüfung dieser Voraussetzung erfolgte eine Unternehmensbefragung, auf deren Grundlage Merkmale identifiziert wurden, die eine Differenzierung ermöglichen können. Die Untersuchung zeigte vor allem, daß zahlungszielgewährende Unternehmen unterschiedliche Forderungsausfallrisiken aufweisen und daß hier Merkmale gefunden werden können, anhand derer zwischen Unternehmen mit unterschiedlichen Risikoausprägungen differenziert werden kann.

Nachdem bestätigt werden konnte, daß bestimmte Unternehmensmerkmale zur Bestimmung der Risikostruktur von Unternehmen genutzt werden können, wurde mit der Entwicklung eines simulationsbasierten Modells zur Bewertung des Forderungsausfallrisikos begonnen, das als Inputvariablen nur kreditorenspezifische Daten benötigt. Dieses Modell wird im Jahr 2006 weiterentwickelt.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Dannenberg, Henry: Sind Kreditoreneigenschaften als Indikatoren zur Quantifizierung der Höhe des Forderungsausfallrisikos nutzbar?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 12/2005, S. 388-396.

Anwendungen von spieltheoretischen Modellen auf industrieökonomische Fragestellungen

Wissenstransfer durch neue Mitarbeiter

Die Verfügbarkeit des Produktionsfaktors Wissen und die Innovationsfähigkeit stellen heute zentrale Erfolgsfaktoren von Volkswirtschaften dar. Die Produktion von neuem Wissen und seine wirtschaftliche Anwendung finden jedoch oft an verschiedenen Orten statt, so daß Wissenstransfer notwendig ist. Das ist beispielsweise der Fall, wenn Wissenschaftler, die an Hochschulen oder in öffentlichen Forschungseinrichtungen gearbeitet haben, in ein Unternehmen wechseln. Weitere Transferformen sind z. B. Patente, Gründungen und Industriekooperationen, aber auch Veröffentlichungen und informelle Kontakte. Die erstgenannte Transferform, also die Wissensweitergabe durch neue Mitarbeiter in Unternehmen, wurde anhand eines spieltheoretischen Modells analysiert und so die optimalen Bedingungen identifiziert. Dazu wurde ein Modell von Heckathorn (1996) über die kollektive Herstellung öffentlicher Güter an den eigenen Untersuchungsgegenstand angepaßt und entsprechend weiterentwickelt. Effizienter Transfer findet nur dann statt, wenn die Mitarbeiter für den zusätzlichen Aufwand, den der Wissenstransfer verursacht, einen hohen zusätzlichen Lohn erhalten. Hierbei spielen nicht nur zeitlicher Aufwand und Beteiligung an höheren Einnahmen durch neue Produkte, sondern auch die Größe des Teams und soziale Faktoren (z. B. Arbeitsklima) eine Rolle. Um ein günstiges Verhältnis von zusätzlichem Lohn zu zusätzlichem Aufwand zu erhalten, kann entweder der Lohn erhöht oder aber die individuellen Kosten der Mitarbeiter für Wissenstransfer gesenkt werden. Dies verursacht selbst Kosten für das Unternehmen – z. B. durch Einführung eines Wissensmanagements – ist aber effizient, solange der aus Wissenstransfer resultierende Gewinn diese Kosten übersteigt. Bei einem größeren Entwicklungsteam kann bei ungünstigen Kostenstrukturen die vollständige Wissensweitergabe für das Unternehmen zu keinem zusätzlichen Gewinn führen und ein teilweiser Wissenstransfer daher aus Sicht des Unternehmens besser sein. Die Ergebnisse des Modells lassen sich auch auf den Wechsel hochqualifizierter Mitarbeiter innerhalb der Privatwirtschaft anwenden.

Hat also die Wirtschaftspolitik zum Ziel, den Wissenstransfer zu fördern, muß sie den Unternehmen dafür geeignete Rahmenbedingungen schaffen. Hierzu gehören die Freiheit, die Personalpolitik anreizeffizient zu gestalten, die Möglichkeit aus Innovationen hohe Gewinne einzubehalten (hier spielt das Patentrecht eine große Rolle), aber auch die Möglichkeit, Arbeitskosten zu senken (z. B. durch Abschreibungsmöglichkeiten von Weiterbildungskosten).

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Ledebur von, Sidonia: Eine spieltheoretische Untersuchung der Wissensweitergabe in Unternehmen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2006, S. 27-32.

Vertrag zwischen der Bundesregierung und dem Mautbetreiber Toll Collect

Nach langer Ausschreibung und rechtlichen Auseinandersetzungen mit unterlegenen Anbietern unterzeichneten Vertreter der Bundesregierung und des Konsortiums Toll Collect am 20. September 2002 einen 17 000 Seiten umfassenden Vertrag. In diesem Vertrag ist festgeschrieben, daß Toll Collect bis Ende August 2003 ein System zur automatischen Erfassung und Abrechnung einer streckenbezogenen satellitenunterstützten Mauterfassung aufbauen und danach betreiben soll. Technische Schwierigkeiten bei der Entwicklung des neuartigen Systems führten aber zu Verzögerungen in unvorhergesehenem Ausmaß. Wann immer Verträge geschlossen werden, ergibt sich für die Vertragsparteien nicht nur das Problem der Ertrags-, sondern auch der Risikoteilung. Denn tatsächlich sind die Ergebnisse von Vertragsbeziehungen nicht immer mit Sicherheit vorhersehbar, sondern es wirken auch unsichere Größen ein, deren Realisation nicht durch die Parteien beeinflusst werden können. Wenn aber Umweltparameter und Anstrengung nicht beobachtbar sind und ein Erfolg somit nicht eindeutig auf den Ausführenden zurückzuführen ist, dann impliziert eine vertragliche Lösung dieses sogenannten Anreizproblems in der Regel, daß das bestehende Risiko nicht allein vom Auftraggeber getragen werden darf. Zusätzlich zu diesem Anreizproblem stellt sich das sogenannte Problem der Ausbeutung bzw. hold-up. Hiernach sieht sich eine Vertragspartei zu einem Zeitpunkt nach der ursprünglichen Vertragsvereinbarung nicht mehr an den Kontrakt gebunden. Sie kann dann im Zuge von Nachverhandlungen zusätzliche Gewinne auf Kosten der anderen Vertragspartei realisieren, wenn diese bei der Umsetzung an die ausbeutende Partei gebunden ist. Sind die Vertragsparteien rational, antizipieren sie eine solche Situation und gestalten Verträge entsprechend. Die Vertragstheorie hilft, mit Methoden und

Konzepten der Spieltheorie, mögliche Verträge zu beurteilen bzw. Verträge herzuleiten, die rationale Vertragsparteien abschließen werden.

Die Geschichte der LKW-Maut wird allgemein als Paradebeispiel einer gescheiterten Vertragsbeziehung zwischen Staat und Wirtschaft angesehen. Auf der Grundlage der ökonomischen Vertragstheorie wurde gezeigt, daß der Vertrag zwischen der Bundesregierung und Toll Collect bei weitem nicht so nachteilig für den Bund war, wie dies vor allem von Vertretern der Opposition festgestellt wurde. Die Schäden, die sich aus dem verzögerten Systemstart ergaben, können demnach nicht einseitig einer ungenügenden Vertragsgestaltung angelastet werden, sondern sind auch Folge nicht vorhersehbarer Entwicklungsschwierigkeiten, für deren Auftreten keine vertraglichen Regelungen getroffen werden konnten.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Krap, Niels: Die (un-)endliche Geschichte der LKW-Maut – eine vertragstheoretische Analyse, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 11/2005, S. 355-360.

Stadtökonomik

Leiter: Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld

Städte sind heute unter drei Gesichtspunkten besonders herausfordernde Gegenstände der Wirtschaftsforschung. Erstens wendet sich die Raumentwicklungspolitik des Bundes und der EU zunehmend den Städten und Stadtregionen zu. Dahinter steht die Erwartung, daß den städtischen Ballungsräumen als Zentren von Innovationsprozessen sowie aufgrund der dort möglichen Nutzung von Ballungsvorteilen eine wesentliche Rolle für den gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozeß zukommt, und daß eine Politik zugunsten der Städte mithin auch wachstumsfördernd wirkt. Dieser Aspekt gewinnt infolge der weltweiten Standortkonkurrenz eine zunehmend globale Dimension. Zweitens stehen viele Städte heute erstmals in der Moderne vor dem Problem, ihre zentralörtlichen Funktionen vor dem Hintergrund einer rückläufigen Zahl von Bewohnern erfüllen zu müssen. Dies hat zu ersten Maßnahmen und Programmen für einen „Stadtumbau“ geführt, der vom Bund und von der EU finanziell unterstützt wird und sich sowohl auf Gebäude als auch auf die technische sowie die soziale Infrastruktur bezieht. Drittens bemühen sich zahlreiche Städte um eine Modernisierung ihrer Tätigkeit als Anbieter und Produzenten von Leistungen der sogenannten kommunalen Daseinsvorsorge. Mit Hilfe von Effizienzsteigerungen soll die Attraktivität von Standorten erhöht und teilweise auch auf Kritik von Seiten der Wettbewerbshüter reagiert werden, die bereits seit langem die bestehenden kommunalen Monopole im Bereich der Ver- und Entsorgung ins Visier genommen haben. Teilweise wird allerdings von den Städten auch versucht, ihre Wirtschaftstätigkeit noch weiter zu festigen oder sogar räumlich wie funktional auszubauen.

Forschungsprojekte zu den angesprochenen aktuellen Themenkreisen, die inhaltlich untereinander eng verwoben sind, wurden am IHW im Jahr 2005 im Rahmen der Forschungsfelder „*Wachstumsprozesse in Stadtregionen*“, „*Effiziente Arrangements im Bereich der Kommunalwirtschaft*“ sowie „*Staatlicher Rahmen für Stadtentwicklung und Kommunalwirtschaft*“ bearbeitet. Einige herausragende Projekte des Jahres 2005 werden im folgenden näher dargestellt. Diese Projekte behandelten mit jeweils unterschiedlichen methodischen Ansätzen verschiedene Aspekte von Ballungen und Ballungsvorteilen: Bei einem ersten Projekt ging es um die Ermittlung des Standortmusters von Unternehmensnetzwerken, und zwar speziell in Hinblick auf die Frage, inwieweit Ballungen und Ballungsräume einen beson-

ders fruchtbaren Nährboden für Unternehmensnetzwerke darstellen. Ein zweites Projekt befaßte sich mit Größenvorteilen in der kommunalen Wirtschaftstätigkeit. Das dritte der im folgenden vorgestellten Projekte beschäftigte sich mit der Raumstruktur von sogenannten „Metropolregionen“.

Standortmuster von Unternehmensnetzwerken

Unternehmensnetzwerke sind in der wirtschaftspolitischen Diskussion zu einem „Hoffnungsträger“ einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung avanciert, und dies nicht nur für die jeweils involvierten Unternehmen, sondern auch für die wirtschaftliche Entwicklung in den Städten und Regionen, die solche Netzwerke beheimaten. Aus der Sicht regionalökonomischer Theorien, die der Ballung ökonomischer Aktivitäten eine besondere Bedeutung als Entwicklungsbedingungs-terminante beimessen, kann vermutet werden, daß die Bedingungen für das Entstehen von Unternehmensnetzwerken nicht in allen Regionen einer Volkswirtschaft gleich günstig sind. Vor diesem Hintergrund hat das IWH im Rahmen eines Forschungsvorhabens im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) untersucht, welche räumliche Verteilung Netzwerke aufweisen, und ob dieses Verteilungsmuster Hinweise darauf gibt, wo Netzwerke tendenziell eher günstige oder eher ungünstige Entwicklungsbedingungen vorfinden.

Unternehmensnetzwerke als Hoffnungsträger im Standortwettbewerb

Die Untersuchung konzentrierte sich auf die Ermittlung der räumlichen Verteilung von Unternehmensnetzwerken in Ostdeutschland, und zwar – erstmals – flächendeckend. Ostdeutschland stellt in punkto Netzwerke einen besonders interessanten Untersuchungsraum dar. Hier waren nach der Wende die alten, planwirtschaftlich induzierten Netzwerke auseinandergefallen. Für die empirische Forschung besteht daher – quasi in einem natürlichen Experiment – die Möglichkeit, zu beobachten, an welchen Standorten die Entwicklungsbedingungen für neue Netzwerke besonders günstig ausfallen. Weil es keine amtliche Statistik über Unternehmensnetzwerke gibt, wurden eigene Erhebungen auf der Basis von Internet-Recherchen und einer schriftlichen Umfrage durchgeführt. Es liegt in der Natur dieser Erhebungen, daß nur formelle Netzwerke, also solche, die sich nach außen als Netzwerke zu erkennen geben und über relativ feste Strukturen verfügen, in die Untersuchung einbezogen werden konnten.

Netzwerkdatenbank für Ostdeutschland

Nachhaltige Netzwerkstrukturen vor allem in Ballungsräumen

Im Ergebnis der Erhebungen wurden in Ostdeutschland 256 Unternehmensnetzwerke (an denen neben Unternehmen teilweise auch Wissenschaftseinrichtungen beteiligt sind), erfaßt. Mehr als die Hälfte der Netzwerke sind in den Agglomerationsräumen Sachsens und in der Region Berlin lokalisiert (vgl. Abbildung 1). Die hohe Konzentration von Netzwerkaktivitäten in den Ballungsräumen deutet darauf hin, daß Netzwerke offensichtlich dort einen besonders günstigen Nährboden haben, wo eine hohe Dichte von Einwohnern, Unternehmen und anderen Organisationen, nicht zuletzt: Wissenschaftseinrichtungen, gegeben ist.

Um Näheres über die hinter den räumlichen Verteilungsmustern der Netzwerke stehenden Entwicklungsbedingungen herauszufinden, wurde für jedes Unternehmensnetzwerk dessen jeweilige Branchenausrichtung ermittelt, und es wurde untersucht, ob die Branchenausrichtung eines Netzwerkes mit einer räumlichen Ballung von Beschäftigten in der jeweiligen Branche i. S. eines regionalen Branchenschwerpunkts zusammentrifft. Zeichnen sich Netzwerke durch ein solches „Rückgrat“ im Sinne eines regionalen Branchenschwerpunktes aus, kann daraus tendenziell auch auf besonders nachhaltige Netzwerkstrukturen geschlossen werden (im Vergleich zu Netzwerken, die nicht mit einem regionalen Branchenschwerpunkt einhergehen). Es wurde ermittelt, daß von den 254 Netzwerken, deren Branchenausrichtung identifiziert werden konnte, 183 Netzwerke (72%) Übereinstimmungen mit regionalen Branchenschwerpunkten aufwiesen, 71 Netzwerke (28%) hingegen nicht. Besonders häufig sind die Netzwerke wiederum in den höher verdichteten Räumen durch regionale Branchenschwerpunkte „unterfüttert“ (vgl. Abbildung 1). Acht der zehn Regionen, wo jeweils mehr als vier Fünftel der Netzwerke mit Branchenschwerpunkten einhergehen, sind Agglomerationsräume oder verstärkter Räume.

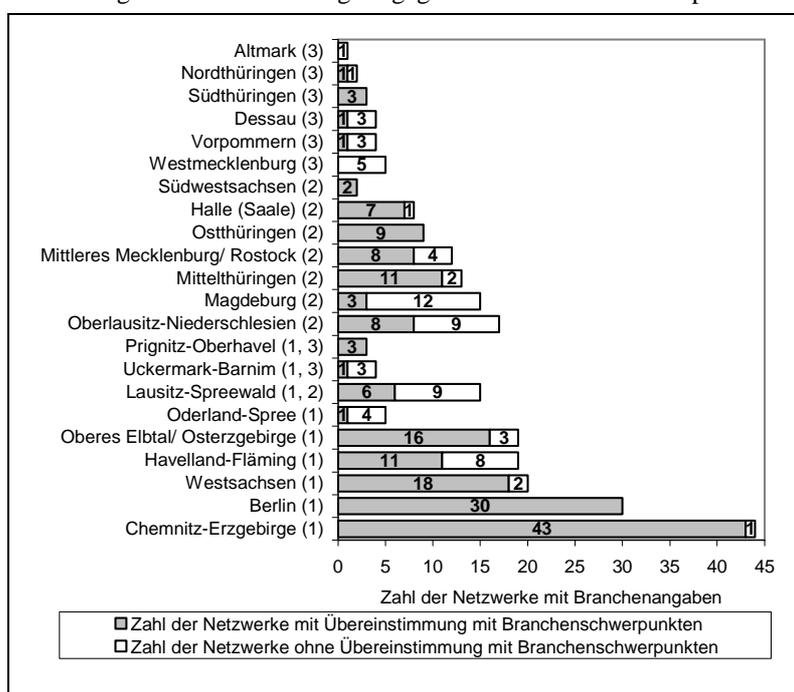
In weiterführenden Untersuchungen wird es von Interesse sein, inwieweit die in den Ballungsräumen etablierten Netzwerkstrukturen sowie speziell die durch räumliche Beschäftigungsballungen „unterfütterten“ Netzwerke tatsächlich besonders nachhaltig sind, und ob sich dies auch in der regionalen Wirtschaftsleistung niederschlägt.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Heimpold, Gerhard: Unternehmensnetzwerke in Ostdeutschland: Konzentration auf Verdichtungsräume, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2005, S. 118-124.

Rosenfeld, Martin T. W. et al.: Innovative Kompetenzfelder, Produktionsnetzwerke und Branchenschwerpunkte der ostdeutschen Wirtschaft. Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. Endbericht. Die elektronische Fassung unter: http://www.iwh-halle.de/projects/bbr/BBR_endbericht.pdf

Abbildung 1:
Zahl der Netzwerke in den Raumordnungsregionen^{a, b} Ostdeutschlands und deren Kongruenz mit in der Region gegebenen Branchenschwerpunkten



^a Die räumliche Zuordnung der Netzwerke erfolgte nach dem Sitz des Ansprechpartners des jeweiligen Netzwerks. – ^b Die Zahl in Klammern hinter dem Namen der Raumordnungsregion gibt den/die Regionsgrundtyp/en an, zu welchem/n die Raumordnungsregion gehört. Erläuterung zu den Regionsgrundtypen: 1 = Agglomerationsräume: Oberzentrum > 300 000 Einwohner oder Dichte um/>300 Einwohner/km²; 2 = Verstädterte Räume: Dichte > 150 Einwohner/km² oder Oberzentrum > 100 000 Einwohner, bei einer Mindestdichte von 100 Einwohnern/km²; 3 = Ländliche Räume: Dichte < 150 Einwohner/km² und ohne Oberzentrum > 100 000 Einwohner; mit Oberzentrum > 100 000 Einwohner und Dichte < 100 Einwohner/km².

Quellen: Auswertung der IWH-Datenbank über Innovative Kompetenzfelder, Produktionsnetzwerke und Branchenschwerpunkte (Auswertungsstand Juni 2004), in: <http://www.iwh-halle.de/projects/bbr/index.asp> – Regionstypisierung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

Stadtgröße und Kosten im Bereich der kommunalen Wirtschaftstätigkeit

Eine Ursache für Ballungsvorteile wird üblicherweise in der Existenz von Größenvorteilen (economies of scale) gesehen, die auch für die eigene Wirtschaftstätigkeit der Städte und Gemeinden erwartet und häufig auch als ein Argument für Strukturveränderungen in der kommunalen Wirtschaftstätigkeit – in Richtung auf wesentlich größere Versorgungseinheiten – angeführt werden.

Speziell für die kommunale Wasserwirtschaft in Deutschland lagen bislang keine eindeutigen empirischen Belege für die Vorteilhaftigkeit einer Bildung von größeren Versorgungseinheiten vor.

Effizienzverluste aufgrund kleinteiliger kommunaler Strukturen?

Deshalb wurde vom IWH eine eigene empirische Untersuchung für die ostdeutsche Wasserwirtschaft durchgeführt. Für die Beschränkung auf Ostdeutschland (ohne Berlin) sprachen neben der Reduzierung des erhebungstechnischen Aufwands sowohl die unterschiedliche Unternehmensvergangenheit (Rekommunalisierung der Wasserversorgung aus den ehemaligen DDR-Großkombinaten zur Wasserver- und Abwasserentsorgung) als auch die erheblichen strukturellen Unterschiede zwischen Wasserversorgern in Ost- und Westdeutschland. Die Zahl von insgesamt 530 Wasserversorgern in Ostdeutschland (von rund 6 500 Wasserversorgern in ganz Deutschland) zeigt beispielsweise, daß der Wassermarkt in Ostdeutschland deutlich weniger fragmentiert als in Westdeutschland ist. Hinzu kommt der größere Druck zu Effizienzsteigerungen infolge der im Durchschnitt um etwa 25 Eurocent (Stand 2005) pro m³ höheren Wasserpreise in Ostdeutschland sowie aufgrund der im Vergleich zum Westen noch immer erheblich ungünstigeren allgemeinen finanziellen Situation der ostdeutschen Kommunen.

Data-Envelopment-Analyse am Beispiel der kommunalen Wasserwirtschaft

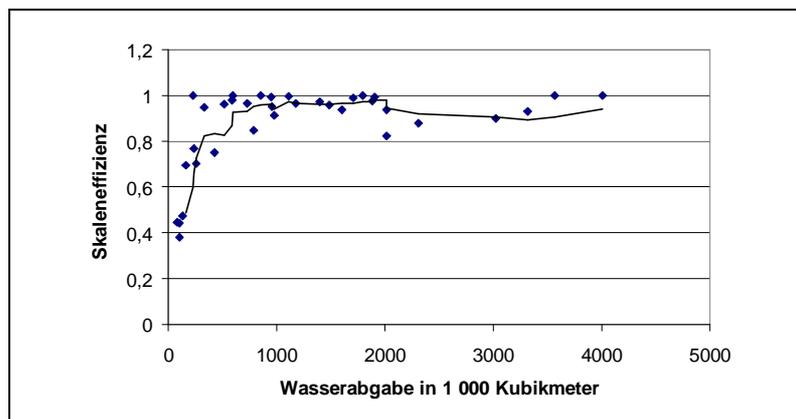
Zur Überprüfung der Hypothese des Vorliegens von Größenvorteilen wurde eine Data-Envelopment-Analyse (DEA) durchgeführt. Die DEA liefert mittels Anwendung der Methoden der linearen Programmierung ein relatives Effizienzmaß, das die Effizienz eines Unternehmens im Vergleich zu ähnlichen (den sog. „peers“), in der Stichprobe als effizient eingestuftem Unternehmen abbildet. Ein besonderer Vorteil dieses Verfahrens liegt dabei in der analytischen Trennung in Effizienzeffekte, die durch eine Einsparung von Produktionsfaktoren oder Verbesserung der Faktorkombination erreicht werden können (*technische*

Effizienz), und Effizienzgewinne oder -verluste, die lediglich auf der Ausweitung der Produktionsmenge beruhen (*Skaleneffizienz*). Für die Untersuchung von Größenvorteilen ist die Skaleneffizienz maßgeblich. Des Weiteren sind bei diesem nicht-parametrischen Verfahren – im Gegensatz zur Regressionsanalyse von Produktions- und Kostenfunktionen – keine Annahmen bezüglich der zugrundeliegenden Produktionstechnologie erforderlich.

Zur Berechnung des Skaleneffizienzmaßes wurde der Output mit der abgegebenen Wassermenge gemessen. Als Inputs wurden die Zahl der Beschäftigten, das Nettosachanlagevermögen und der Wert der bezogenen Vorleistungen herangezogen. Die folgende Abbildung 2 zeigt die berechnete Skaleneffizienz der untersuchten Unternehmen – geordnet nach der Betriebsgröße (nutzbare Wasserabgabe). Die Ergebnisse der DEA (siehe eingezeichnete Trendlinie) legen nahe, daß nur sehr kleine Wasserversorger (jährliche Wasserabgabe unter 0,5 Mio. m³) mit Effizienzgewinnen durch Unternehmenszusammenschlüsse oder andere Formen der Ausweitung der Wasserabgabemenge rechnen können.

Größenvorteile in der kommunalen Wasserwirtschaft nur bedingt relevant

Abbildung 2:
Skaleneffizienz und Unternehmensgröße in der ostdeutschen Wasserwirtschaft



Zahl der Beobachtungen: 37. Aus Gründen der besseren grafischen Darstellbarkeit wurden zwei besonders große Versorger nicht abgebildet. Der Befund ändert sich dadurch nicht.

Quellen: IWH-Wasser-Survey 2004; Berechnungen des IWH.

Zur Absicherung der Ergebnisse wurden außerdem die Parameter einer aggregierten Produktionsfunktion (Translog- und Cobb-Douglas Produktionsfunktion) der Wasserversorger mittels Regressionsanalyse geschätzt und daraus Rückschlüsse auf die Skalenelastizität gezogen. Die Schätzergebnisse der aggregierten Produktionsfunktion bestätigten die Hypothese vom Vorliegen signifikanter Größenvorteile in der ostdeutschen Wasserversorgung ebenfalls nicht.

Die Ergebnisse der Analyse lassen nicht auf ineffiziente Strukturen der kommunalen Wasserwirtschaft schließen, wenn man sich auf den hier

Größenvorteile allein rechtfertigen keine institutionellen Änderungen im Bereich der kommunalen Wasserwirtschaft

betrachteten Aspekt der Größe konzentriert. Größere Versorgungseinheiten und eine damit möglicherweise verbundene Entkommunalisierung der Wasserversorgung lassen sich daher nicht mit der Existenz von Größenvorteilen rechtfertigen.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Haug, Peter: Ineffiziente Strukturen in der deutschen Kommunalwirtschaft? – Das Beispiel der Trinkwasserversorgung in Ostdeutschland, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 2/2006, S. 42-50.

„Metropolregionen“ – eine neue Chance für die Ballungsräume?

Die Hinwendung der Raumentwicklungspolitik zur Förderung von städtischen Strukturen kommt in jüngster Zeit insbesondere in einer verstärkten

Internationaler Standortwettbewerb fördert Debatte über „Metropolregionen“

Unterstützung von sog. Metropolregionen zum Ausdruck, in denen sich die Wirtschaftskraft einer Volkswirtschaft konzentriert, und die als wichtige Säulen für die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationskraft einer

Volkswirtschaft gelten. Die politischen Bemühungen richten sich insbesondere darauf, die räumliche Organisation der Metropolregionen zu optimieren und deren Position im internationalen Standortwettbewerb zu verbessern. In Deutschland sind derzeit elf Regionen als Metropolregionen bzw. potentielle Metropolregionen ausgewiesen, darunter auch der von den vier sächsischen Großstädten und der sachsen-anhaltischen Stadt Halle

abgesteckte Raum, der zu einer „Metropolregion Halle/Leipzig-Sachsen-dreieck“ entwickelt werden soll.

Im Rahmen eines Drittmittelprojekts (Auftraggeber: Landeshauptstadt Dresden) hat das IWH in Zusammenarbeit mit dem Institut KoRiS – Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung, Hannover, und dem Lehrstuhl für Verkehrs- und Infrastrukturplanung an der TU Dresden untersucht, welche Chancen die Bildung einer Metropolregion im Raum Dresden-Chemnitz-Zwickau-Leipzig-Halle hat. Dieser Raum weist – im Unterschied etwa zur monozentrisch organisierten Metropolregion Stuttgart – das Merkmal einer polyzentralen Siedlungsstruktur ohne eine eindeutig dominante Agglomeration auf.

Fallbeispiel „Metropolregion Sachsen-dreieck“

Eine Abschätzung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation einer Metropolregion, ihres Status gegenüber anderen Metropolregionen sowie ihrer spezifischen Stärken, Schwächen und Entwicklungsmöglichkeiten ist mit Hilfe eines Systems von Indikatoren auf der Basis von regional- und stadtökonomischen Theorien möglich. In Untersuchungen zu Metropolregionen werden zumeist solche Indikatoren herangezogen, mit denen sich die überregionale und internationale Bedeutung einer Region abbilden läßt, und die sich zu den folgenden drei Kategorien von sogenannten „Metropolregions-Funktionen“ zusammenfassen lassen:

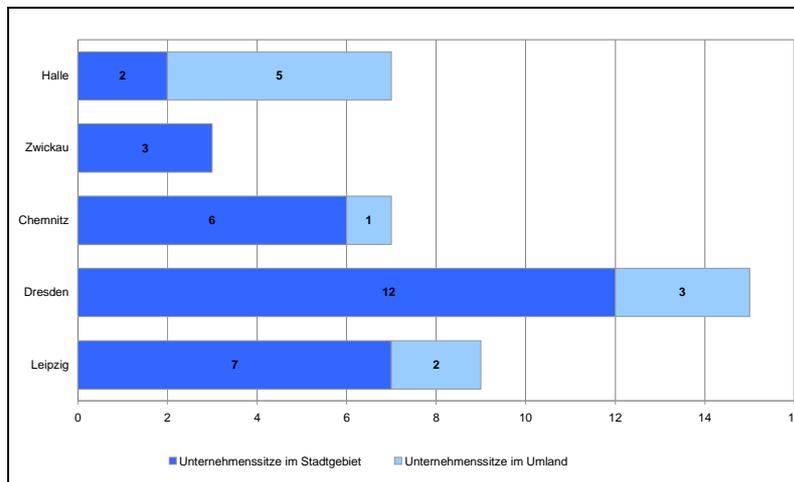
- Die „Entscheidungs- und Kontrollfunktion“ einer Region ist davon abhängig, in welchem Umfang innerhalb der Region Unternehmen mit nationaler und internationaler Bedeutung sowie staatliche Organisationen und Nicht-Regierungsorganisationen mit überregionaler Bedeutung ihren Hauptsitz haben. Diese Merkmale beeinflussen den Anteil der aus Führungsfunktionen herrührenden regionalen Wertschöpfung sowie das Ausmaß der FuE-Aktivitäten in der Region, weil FuE zumeist am Hauptsitz von Unternehmen konzentriert wird. Zudem ist das räumliche Beharrungsvermögen von Firmenzentralen weitaus höher als jenes von ausschließlich produzierenden Betriebseinheiten.
- Die „Innovationsfunktion“ einer Region kommt in ihrer Bedeutung als Quelle von Innovationen und als Standort von Wissenschaftseinrichtungen zum Ausdruck.
- Die „Gatewayfunktion“ einer Region zielt auf die Möglichkeiten der in ihr angesiedelten Wirtschaftssubjekte ab, auf der Basis einer entsprechend ausgebauten Verkehrsinfrastruktur sowie der vorhandenen Informations- und Wissensinfrastruktur einen Zugang zu externen Märkten sowie zu neuem Wissen zu erhalten.

**Schwächen des Sachsen-
dreiecks im Bereich der
Entscheidungs- und
Kontrollfunktion**

Die gegenwärtig noch existierenden Schwächen des „Sachsendreiecks“ lassen sich besonders deutlich anhand einer Untersuchung der Entscheidungs- und Kontrollfunktion illustrieren. Fokussiert man diese Funktion auf das Ausmaß, in welchem sich in einer Region die Zentralen größerer Unternehmen konzentrieren, so zeigt sich bei einer Betrachtung der Unternehmenssitze der deutschlandweit 500 größten Unternehmen, daß von diesen nur fünf ihren Hauptsitz innerhalb des „Sachsendreiecks“ haben. Aus gesamtdeutscher Perspektive ist die Entscheidungs- und Kontrollfunktion im „Sachsendreieck“ mithin gegenwärtig nur schwach ausgeprägt.

Bei einer Eingrenzung der Betrachtung auf die 100 größten ostdeutschen Unternehmen zeigt sich für das „Sachsendreieck“ ein deutlich günstigeres Bild. Die Zentralen von 41 der 100 (gemessen am Umsatz) größten ostdeutschen Unternehmen liegen innerhalb des Raums Dresden-Chemnitz-Zwickau-Leipzig-Halle. Von den zehn vom Umsatz her größten ostdeutschen Unternehmen sind sogar sechs innerhalb des „Sachsendreiecks“ angesiedelt.

Abbildung 3:
Unternehmenssitze der 100 dem Umsatz nach größten ostdeutschen Unternehmen in den Städten der Metropolregion „Sachsendreieck“



Quellen: Die Welt (2003); Zusammenstellung des IWH.

Die Abbildung 3 macht aber auch deutlich, daß sich zwar in Dresden besonders viele der größten ostdeutschen Unternehmen angesiedelt haben, aber doch insgesamt gesehen eine erhebliche Zersplitterung der großen Unternehmen auf die fünf Zentren des „Sachsendreiecks“ gegeben ist. Hier kommt die polyzentrische Raumstruktur besonders deutlich zum Ausdruck. Zudem zeigt die Abbildung 3, daß immerhin 11 der 41 Unternehmenszentralen ihren Sitz im Umland der fünf Städte haben.

In zukünftigen Untersuchungen wird zu klären sein, ob und in welchem Ausmaß die Zersplitterung der Unternehmenszentralen auf mehrere Standorte die von ihnen erwarteten positiven Wachstumsimpulse tatsächlich abschwächt. Zudem ist der Frage nachzugehen, wie es in Anbetracht der derzeitigen Zersplitterung im Bereich der Entscheidungs- und Kontrollfunktion auf verschiedene Standorte innerhalb des „Sachsendreiecks“ ggf. mit Hilfe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen gelingen könnte, ähnliche positive Effekte zu erreichen, wie sie bei einer stärkeren räumlichen Konzentration von Unternehmenszentralen zu erwarten wären.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

KoRiS; IWH; TU Dresden: Handlungskonzept Metropolregion Halle/Leipzig-Sachsendreieck. Hannover 2005 (mimeo).

Arbeitsmarkt- und Einkommensökonomik

Leitung: Dr. Herbert S. Buscher

Die internationale wirtschaftliche Integration und die daraus folgenden Veränderungen der weltweiten Arbeitsteilung haben erhebliche Veränderungen der nationalen Arbeitsmärkte in den frühindustrialisierten Ländern erzwungen. Die Nationalstaaten haben auf diese Herausforderungen sehr unterschiedlich reagiert. Die Abteilung befaßt sich mit der Analyse und der Bewertung von Maßnahmen, mit Hilfe derer der Staat die arbeitsmarkt- und sozialpolitische Initiative zurückgewinnen will. Zu sehr großen Anteilen stand das Jahr 2005 im Zeichen des Umbaus von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld-II und den damit verbundenen Auswirkungen für die Betroffenen. Weitere aktuelle Aspekte befaßten sich mit den Folgen der Osterweiterung der EU auf den ostdeutschen Arbeitsmarkt und den Erkenntnissen und Perspektiven, die sich aus den fünfzehn Jahren nach der Wiedervereinigung für die neuen Bundesländer ergeben haben.

Evaluation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen

Wie kaum eine andere Reform in den letzten zehn Jahren wurden die Chancen und Risiken der Hartz-Reformen, und hier insbesondere die Hartz-IV-Reform, für die davon betroffenen Personen sowohl in der Wissenschaft als auch in der interessierten Öffentlichkeit diskutiert. An dieser Diskussion nahm die Abteilung aktiv teil, indem im Rahmen verschiedener Vorträge und Podiumsveranstaltungen zur Reform Stellung bezogen wurde. Weiterhin wurden zu ausgewählten Problemen der Reform Beiträge in der *Wirtschaft im Wandel* veröffentlicht. Aus Sicht des IWH handelt es sich bei den Maßnahmen um notwendige Reformschritte mit dem Ziel, den deutschen Arbeitsmarkt flexibler zu gestalten, die Arbeitsvermittlung effizienter durchzuführen und den Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu erhöhen, um so zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit insgesamt beizutragen. Bei der Beurteilung der einzelnen Reformmaßnahmen wurde insbesondere berücksichtigt, ob und in welchem Ausmaß sie diesen Anforderungen entsprechen. Hierbei wurde in Rechnung gestellt, daß nicht davon ausgegangen werden kann, daß sich bereits kurzfristig Erfolge auf dem Arbeitsmarkt zeigen werden. Reformen benötigen ihre Zeit und eine kurzfristig orientierte Analyse von „Erfolg“ oder „Miß-

***Hartz-Reformen
dominierendes
Thema 2005***

erfolg“ einzelner Maßnahmen oder von Maßnahmenpakete ist eher abträglich denn dienlich für eine wirksame Umsetzung der einzelnen Reformschritte. In diesem Sinne beurteilt das IWH die Reformmaßnahmen als notwendig und richtig, verweist aber auch darauf, daß sich die Strukturen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt nicht unerheblich von den westdeutschen unterscheiden, so daß hier eine differenzierte Betrachtungsweise bei der Umsetzung und Erfolgsbeurteilung der Maßnahmen notwendig ist.

Bis Ende des Jahres 2005 war ein erster Zwischenbericht über die Auswirkungen der Hartz-I-III-Reformen dem damaligen Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit vorzulegen, an dem insgesamt über zwanzig Forschungsinstitute, u. a. auch das IWH, beteiligt waren. Die sehr umfangreichen Ergebnisse stehen mittlerweile der Öffentlichkeit zur Verfügung. Insgesamt fällt die Beurteilung kritisch, aber doch positiv aus, auch wenn einzelne Reformmaßnahmen wie die Einführung von Personal-Service-Agenturen (PSA) als nicht erfolgsversprechend beurteilt wurden. Andere Maßnahmen wie das Programm „Kapital für Arbeit“ wurden auch vom IWH bereits vor ihrer Einführung sehr kritisch beurteilt und schon frühzeitig aus den Reformmaßnahmen herausgenommen, so daß hier eine Evaluation nicht erforderlich war.

Von den zu evaluierenden Maßnahmen wurden die Regelungen ausgenommen, die in der Öffentlichkeit unter dem Namen „Hartz IV“ diskutiert werden. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld-II erfolgt eine der größten Reformmaßnahmen des deutschen Sozialsystems, von der mehrere Millionen Haushalte und Personen betroffen sind. In der Öffentlichkeit mit am heftigsten diskutiert und kritisiert wurden die sogenannten „1-Euro-Jobs“, die Einführung von Bedarfsgemeinschaften und die Höhe der Grundsicherung mit ihrer Trennung zwischen West- und Ostdeutschland.

ALG II – notwendiger Schritt oder sozialer Sprengstoff?

Um eine erste Vorstellung von der Größenordnung der von der Reform betroffenen Personen und den finanziellen Be- und Entlastungen für die verschiedenen Ebenen der öffentlichen und kommunalen Haushalte zu gewinnen, wurde eine überschlagsmäßige Berechnung durchgeführt, wie viele Personen sich nach der Reform in welchem Rechtskreis (SGB II bzw. SGB III) befinden werden. Hieraus lassen sich dann in einem ersten Schritt die finanziellen Belastungen/Entlastungen für die öffentlichen Haushalte bestimmen. In einem weiteren Beitrag wurde darauf verwiesen, daß die

„1-Euro-Jobs“, gedacht zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit von Langzeitarbeitslosen, zu finanziellen Fehlanreizen hinsichtlich einer Arbeitsaufnahme im ersten Arbeitsmarkt führen und potentiell zu Mißbrauch anregen können, da ein Anreiz besteht, reguläre Beschäftigungsverhältnisse und ihre Tätigkeiten durch 1-Euro-Jobs ausführen zu lassen.

Im Rahmen der Evaluationsforschung unterbreitete die Abteilung in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Sozialforschung Halle (zsh) im Kontext der SGB-II-Evaluation dem zuständigen Ministerium ein Forschungsdesign zur Klassifizierung der optierenden Kommunen und der ARGE, was als Grundlage für eine nachfolgende Evaluation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen dienen sollte. Formale, nicht jedoch inhaltliche Gründe führten dazu, daß das Drittmittelprojekt einem anderen Bieterkonsortium zugewiesen wurde.

In weiteren Arbeiten mit dem Schwerpunkt „Evaluation“ wurden die Wiedereingliederungschancen von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt untersucht, wenn sie sich einer Weiterbildungsmaßnahme unterzogen hatten. Mit einem unterjährigen Paneldatensatz für Sachsen wurde nachgewiesen, daß die Wiedereingliederungschancen von Maßnahmeteilnehmern signifikant niedriger sind als jene der Kontrollgruppe, die keine derartige Maßnahme durchführten. Somit untermauern auch diese Ergebnisse bereits in anderen Studien des IWH erzielte Resultate, daß Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik – und hier die Weiterbildungsmaßnahmen – nicht in jedem Falle hilfreich sind, Arbeitslose rasch wieder in Beschäftigung zu vermitteln. Offen bleiben muß hierbei die Frage, ob dieses Ergebnis von der Dauer der Maßnahme, dem Inhalt und der Qualität abhängt. Dies zu untersuchen erfordert einen wesentlich detaillierteren Datensatz als er hier für die Studie zur Verfügung stand. Die Ergebnisse dieses Projekts wurden u. a. auf der Konferenz des IAB „Empirical Evaluation of Labour Market“ im Juni 2005 in Nürnberg vorgetragen.

Weiterbildungsmaßnahmen wenig erfolgversprechend

Ausgewählte Literatur:

Buscher, Herbert S.: Wer ist arbeitslos, wer ist Leistungsbezieher?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2005, S. 112-118.

Reinowski, Eva; Schultz, Birgit; Wiemers, Jürgen: Evaluation of Further Training Programmes with an Optimal Matching Algorithm, in: Swiss Journal of Economics and Statistics, Vol. 141, No. 4, 2005, pp. 585-616.

Einfluß der betrieblichen Mitbestimmung auf die Beschäftigungsentwicklung

Wie institutionelle Regelungen die Beschäftigung beeinflussen, wurde anhand der betrieblichen Mitbestimmung in Ostdeutschland für Betriebe des Produzierendes Gewerbes auf der Basis des IAB-Betriebspanels untersucht. Um zu überprüfen, ob sich Betriebe, in denen ein Betriebsrat installiert ist, bezüglich der Personalpolitik von Betrieben ohne Betriebsrat unterscheiden, wurde über ein Matching-Verfahren die entsprechenden „Zwillinge“ ermittelt, die als Kontrollgruppe dienten. Für beide Gruppen wurde dann getrennt die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung untersucht, die sich zwischen 2000 und 2004 ergeben hat. Zusätzlich wurde bei den Betrieben nach der aktuellen Ertragslage unterschieden. Die beiden wesentlichen Ergebnisse der Arbeit lauten:

- Betriebe mit einem Betriebsrat haben gegenüber vergleichbaren Betrieben ohne Betriebsrat bei einer ungünstigen Ertragslage keine beobachtbaren größeren Schwierigkeiten, notwendige Beschäftigungsanpassungen vorzunehmen.
- Die Existenz eines Betriebsrats in Betrieben mit einer günstigen Ertragslage im Status quo hat einen positiven Effekt auf den Beschäftigungsaufbau und auch auf die zukünftige Ertragslage des Betriebes. Ursprünglich ertragsstarke Betriebe ohne Betriebsrat verschlechtern im Vergleich dazu ihre wirtschaftliche Position.

Ausgewählte Literatur:

Schultz, Birgit: Ist Mitbestimmung ökonomisch sinnvoll? Das Beispiel ostdeutsches Verarbeitendes Gewerbe und Bau, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2005, S. 295-300.

Erfahrungen nach einem Jahr EU-Osterweiterung

Bezüglich der Auswirkungen der EU-Osterweiterung insbesondere auf die Grenzregionen in West- und Ostdeutschland wurde im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Studie erstellt, die sich sowohl mit den Beschäftigungseffekten der Erweiterung als auch mit den juristischen Gegebenheiten bezüglich einer Beschäftigungsaufnahme von Arbeitnehmern aus den Beitrittsländern in Deutschland befaßte. Nach einem Jahr EU-Erweiterung konnten keine statistisch nachweisbaren Effekte auf die Beschäf-

***Kaum Effekte
auf deutschen
Arbeitsmarkt***

tigung oder Gründungsaktivität im Grenzraum festgestellt werden. Allerdings weisen die gesetzlichen Regelungen Lücken auf, die teilweise dazu führen, daß die bestehenden Vorschriften unterlaufen werden können. Darüber hinaus wurde auf verschiedenen Podiumsveranstaltungen und im Rahmen mehrerer Vorträge die Chancen und Risiken der Osterweiterung diskutiert.

Ausgewählte Literatur:

Buscher, Herbert S.; Stüber, Heiko: Ein Jahr nach der EU-Osterweiterung – Erste Erfahrungen, Probleme, Aussichten, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Zukunftsforum Politik, Nr. 67. St. Augustin 2005.

Europäische Arbeitsmärkte: Ergebnisse einer Befragung der EU in den 25 Mitgliedstaaten

Während des Jahres 2005 wurde ein von der EU finanziertes Projekt bearbeitet, daß sich mit der Auswertung des „Ad hoc labour Market Survey“ für das Jahr 2004 in allen EU-Staaten sowie in den neuen Beitrittsländern und den Beitrittskandidaten befaßte. Die in einem 5-Jahres-Rhythmus von der EU durchgeführte Befragung beinhaltet die Ergebnisse von Interviews mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern hinsichtlich der Beschäftigung, der Entlohnung, der Flexibilität von Arbeitszeiten, der Mobilität etc., wobei sowohl der aktuelle Stand als auch die erwarteten Entwicklungen erfragt wurden. Die Aufgabe des IWH bestand in einer Strukturierung des Datensatzes und in einer Auswertung der wichtigsten Ergebnisse.

Ein spezifischer Themenkomplex dieser Befragung befaßte sich mit der Struktur der Belegschaften sowie mit der Einschätzung der aktuellen und der zukünftigen Beschäftigungssituation. Die

Deutliche Qualifikationsunterschiede in der EU

Ergebnisse dieses Teils der Befragung sind in der Tabelle angegeben, wobei nach drei unterschiedlichen Qualifikationsniveaus für die EU15 und die neuen beigetretenen Länder (EU10) und nach drei Sektoren untergliedert wurde. Deutliche Unterschiede zeigen sich über die Branchen hinweg in den Anteilen der Arbeitnehmer mit niedriger Qualifikation – hier liegen die Anteile in der EU10 deutlich niedriger als in den EU15-Staaten. Umgekehrt ist der Anteil der hochqualifizierten Arbeitnehmer in den Branchen der EU10-Staaten etwas niedriger für die Industrie und den Handel, aber deutlich geringer im Dienstleistungsbereich. Dies kann als

ein Indiz gesehen werden, daß hochwertige, unternehmensnahe Dienstleistungen in den Beitrittsstaaten noch nicht sehr verbreitet sind.

Tabelle:
Qualifikationsniveau der Beschäftigten 2004 nach Sektor und Region
- Angaben in % -

Sektor	Qualifikationsniveau					
	EU15			EU10		
	niedrig	mittel	hoch	niedrig	mittel	hoch
Industrie	41,8	41,4	16,8	22,2	65,7	12,1
Handel	34,7	52,8	12,5	12,4	76,7	10,9
Dienstleistungen	30,0	39,0	31,0	12,4	69,4	18,2

Quelle: Ad hoc labour market survey EU 2004.

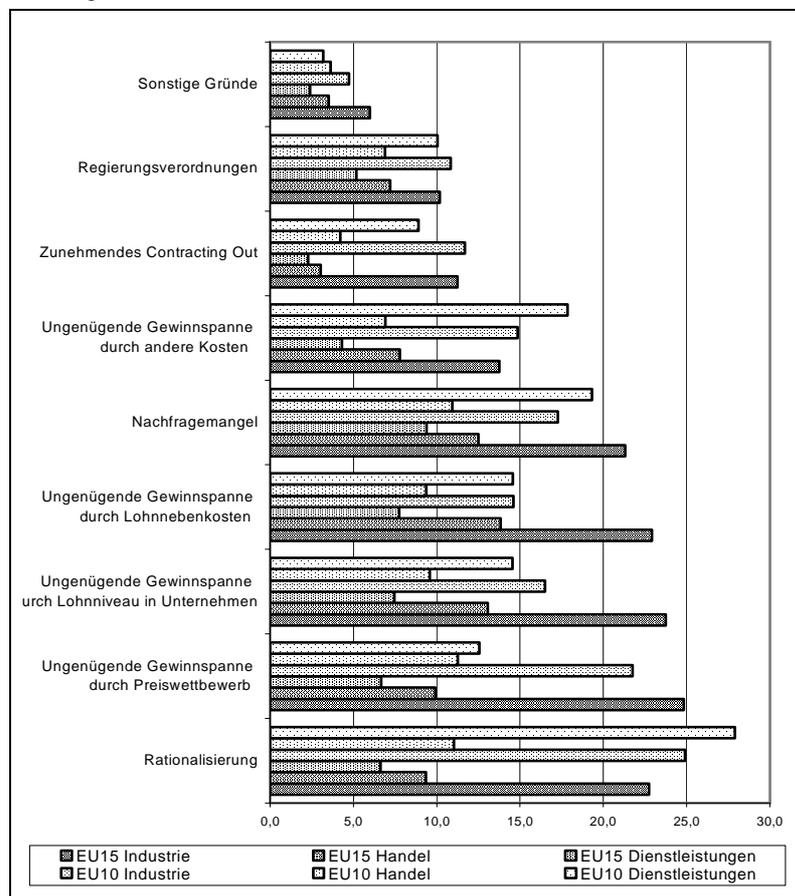
Gefragt nach möglichen Personalveränderungen in den nächsten 12 bis 24 Monaten, so zeigen die Antworten der Industrieunternehmen, daß diese vorwiegend zulasten der niedrigqualifizierten Arbeitskräfte gehen werden. Überdurchschnittlich häufig wollen in den EU15-Ländern Industrieunternehmen aus Dänemark, Schweden, Deutschland und Griechenland die Zahl der geringqualifizierten Vollzeitbeschäftigten reduzieren. Personalerweiterungen zielen vorwiegend auf die mittlere und die hohe Qualifikationsebene und sind vor allem in der EU10 vorgesehen. Hier wollen 30,8% der befragten Industriebetriebe Arbeitnehmer mit mittlerem Qualifikationsniveau und 34,2% Arbeitnehmer mit hohem Qualifikationsniveau einstellen.

Gefragt nach den Gründen für eine generelle Erhöhung des Personalbestandes wird EU-weit am häufigsten die Entwicklung der Nachfrage nach dem jeweiligen Produkt des Unternehmens genannt. Vor allem im Handel und im Dienstleistungssektor spielt das eine große Rolle. Eine Personalerweiterung infolge der Einführung neuer Technologien oder Produkte ist ebenfalls ein häufig genannter Grund, insbesondere in der Investitionsgüterindustrie. In den EU15-Ländern geben die befragten Dienstleistungsunternehmen häufiger als andere Firmen die Entwicklung der Arbeitskosten als Motiv an. Andere als die hier genannten Gründe und ihre relative Bedeutung sind in der Abbildung aufgeführt.

In einem zweiten von der EU in Auftrag gegebenen Projekt wurde der Einfluß von Institutionen des Arbeitsmarktes auf die Beschäftigung und die

Löhne in der EU-15 untersucht. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit der Abteilung Makroökonomik des IWH und dem spanischen Forschungsinstitut Anàlisi Quantitativa Regional (AQR) in Barcelona durchgeführt. Die Ergebnisse des Projekts wurden auf einer Tagung der EU in Brüssel der Öffentlichkeit vorgestellt und stehen als Special Report No. 1/2005 von „European Economy“ zur Verfügung.

Abbildung:
Gründe für die Personalreduzierung (Summe von „sehr wichtig“ und „wichtig“)



Quelle: Ad hoc labour market survey EU 2004.

Darüber hinaus war die Abteilung in weiteren Drittmittelprojekten eingebunden. Zusammen mit der Strukturabteilung des IWH, des ifo Dresden und Herrn Prof. Dr. Helmut Seitz wird im Auftrag des BMWi ein Gutachten zur demographischen Entwicklung in Ostdeutschland erstellt. Schließlich ist die Abteilung Subkontraktor bei der Evaluation der Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission im Arbeitspaket 1.

Ausgewählte Literatur:

Buscher, Herbert S.; Dreger, Christian; Artís, Manuel; Clar, Miquel; Ramos, Raúl: The contribution of wage developments to labour market performance. DG ECFIN, European Economy, Special Report 1/2005.

http://europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/european_economy/2005/ee_sp105en.pdf

Entwicklungen auf ostdeutschen Arbeitsmärkten: Demographie, Flexibilität und soziale Sicherung

Sicherlich gibt es gute Gründe, keine Trennung der Arbeitsmarktforschung in West- und Ostdeutschland mehr vorzunehmen. Einige Regionen Ostdeutschlands sind in ihrer Entwicklung mittlerweile so weit, daß sie sich mit westdeutschen Regionen vergleichen können oder diese sogar hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft übertreffen. Ebenso gibt es Regionen in Westdeutschland, deren Arbeitsmarktprobleme sich nur unwesentlich von denen in den neuen Bundesländern unterscheiden. Diese Sichtweise spricht dafür, Problemregionen zu identifizieren und diese zu untersuchen.

Eine andere Sicht aber kann gleichwohl gute Argumente vorbringen, warum auch zukünftig eine verstärkte „Ostorientierung“ des Arbeitsmarktes wissenschaftlich und wirtschaftspolitisch als wünschenswert erscheinen kann. Zu nennen sind hier insbesondere die folgenden Bereiche, die bereits heute in Ostdeutschland wesentlich deutlicher ausgeprägt sind als im Westen, aber auch dort, wenngleich zeitlich verzögert, auf die Agenda kommen werden. Diese sind insbesondere

- der demographische Wandel mit seinen vielfältigen Facetten,
- die größere Flexibilität ostdeutscher Arbeitnehmer und Betriebe hinsichtlich der Entlohnung und Beschäftigung/Arbeitszeiten und somit die unterschiedliche Bedeutung institutioneller Regelwerke sowie
- die sich bereits heute abzeichnende Zunahme prekärer Einkommens-, Lebens- und Beschäftigungslagen.

Wie sich diese unterschiedlichen Arbeitsmarktbedingungen konkret auswirken werden und ob es gelingt, diese Tendenzen in eine erfolgreiche wirtschaftspolitische Strategie umzuwandeln, die dann in Folge zu einer wettbewerbsfähigen Region führt und den Wohlstand erhöht, hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, Ostdeutschland in eine humankapitalintensive Region umzugestalten. Dies erfordert aber eine in sich abgestimmte Politik, die zumindest die Bereiche Arbeitsmarkt, Bildung, Infrastruktur und Förderung berührt. In diesem Sinne ist dem ostdeutschen Arbeitsmarkt weiterhin besondere Beachtung zu schenken, auch deshalb, weil sich hier bereits neue Arbeitsmarktstrukturen zeigen, die auch zukünftig für Westdeutschland und für Teile Westeuropas bestimmend werden könnten.

Wissenschaftliche Konferenzen, Workshops, Gastvorträge

Wissenschaftliche Konferenzen, Workshops

„Geldtheorie, Geldpolitik und Finanzmärkte“

3. Workshop am 31. März und 1. April 2005, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:
Dr. Diemo Dietrich, Abteilung Makroökonomik

Der bereits zum dritten Mal gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg organisierte Workshop bietet jungen Nachwuchswissenschaftlern ein Forum, Forschungsergebnisse aus allen Bereichen der monetären Ökonomik vorzustellen und mit erfahrenen Wissenschaftlern zu diskutieren. Hierzu konnten abermals ausgewiesene Hochschullehrer und habilitierte Wissenschaftler als Korreferenten gewonnen werden. Thematisch umfaßte der Workshop unter anderem Arbeiten zum Bankensektor in Mittel- und Osteuropa, zur Analyse von Liquiditätsrisiken sowie zu der Transmission monetärer Impulse.

Weitere Informationen: Diemo.Dietrich@iwh-halle.de

„Interregionale Ausgleichspolitik und regionales Wirtschaftswachstum in Deutschland: Bestandsaufnahme des politischen Status quo und vorliegender Forschungsergebnisse“

Workshop am 21. Juni 2005, Halle

Grundlagen-Veranstaltung im Rahmen des Forschungsprojekts „Bundesstaatliche Ordnung und Bedeutung finanzieller Ausgleichssysteme für die Raumordnung“ im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:
Professor Dr. Martin T. W. Rosenfeld, Leiter der Abteilung Stadtökonomik

Am 21. Juni 2005 fand am IWH der erste von zwei Workshops im Rahmen des Forschungsprojekts „Bundesstaatliche Ordnung und Bedeutung der Ausgleichssysteme für die Raumordnung“ statt, das im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) durchgeführt wird. Der Workshop befaßte sich mit „Interregionaler Ausgleichspolitik und regionalem Wirtschaftswachstum in Deutschland: Bestandsaufnahme des politischen Status quo und vorliegender Forschungsergebnisse“ und wurde von

Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld geleitet, der zugleich der Leiter des genannten Forschungsprojektes ist. Die Projektbearbeitung findet in Kooperation mit dem Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) sowie der Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen (GEFRA) statt. Das Anliegen des Workshops bestand darin, auf der Basis einer Reihe von Vorträgen über den gegenwärtigen wissenschaftlichen Erkenntnisstand hinsichtlich der Notwendigkeit und der Effekte des Systems ausgleichspolitischer Maßnahmen (u. a. Regionalpolitik und Finanzausgleich) zugunsten ökonomisch benachteiligter Regionen zu diskutieren. Finanziert werden diese Maßnahmen vor allem von den großstädtischen Ballungsräumen, die sich durch eine hohe wirtschaftliche Wachstumsdynamik auszeichnen. Vor dem Hintergrund abnehmender gesamtwirtschaftlicher Wachstumsraten und der Globalisierung der Märkte wird in jüngster Zeit zunehmend darüber diskutiert, ob diese Wachstumsregionen zukünftig mehr Pflege von Seiten des Staates benötigen, und ob die von der Ausgleichspolitik bewirkten Lasten sowie Veränderungen in der räumlichen Faktorallokation möglicherweise Entwicklungshemmnisse für die Wachstumsregionen darstellen. Dabei spielt auch die Erkenntnis eine Rolle, daß es nach dem jetzigen Forschungsstand nicht als gesichert gelten kann, ob bei einer weiteren Zunahme der Agglomerationstendenzen und bei einer Stärkung der Agglomerationsräume negative Effekte (Agglomerationsnachteile) auftreten, die so stark sind, daß sie sich ihrerseits negativ auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum auswirken könnten.

Ein Bericht über den Workshop ist in der IWH-Zeitschrift „Wirtschaft im Wandel 2/2006“ erschienen.

„Beschäftigungsanalysen mit den Daten des IAB-Betriebspanels“

Workshop am 27. und 28. Juni 2005, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:
Professor Dr. Udo Ludwig, Leiter der Abteilung Makroökonomik

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesagentur für Arbeit und das IWH führten das 8. Nutzertreffen der am IAB-Betriebspanel beteiligten Bundesländer und Forschungsinstitute durch. Es wurden generelle methodische Ansätze der Panelanalyse diskutiert. Hier standen mögliche Verzerrungen bei Verwendung kleiner Stichproben in dynamischen Paneldatenmodellen sowie neuere Ansätze zur Paneldatenanalyse wie LEEP-Modelle, nichtlineare und nichtparametrische Modelle zur De-

batte. Weiterhin wurde der Beitrag des IAB-Betriebspanels zu verschiedenen aktuellen Fragestellungen der betrieblichen Entwicklung diskutiert. Schwerpunkte bildeten hier: betriebliche Wirkungen von Gewinnbeteiligungsmodellen, von atypischer Beschäftigung und von Überstunden, Produktivitätsunterschiede zwischen ost- und westdeutschen Industriebetrieben, Determinanten der Export- und Innovationsaktivitäten ostdeutscher Industriebetriebe sowie die Zuverlässigkeit betrieblicher Beschäftigungsprognosen.

Beiträge sind als Tagungsband im IWH Sonderheft 1/2006 erschienen.

„Nationale Innovationssysteme und Ausländische Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa: Technologietransfer, regionale Entwicklung und Konvergenz“

Workshop vom 30. Juni bis zum 2. Juli 2005, Halle und Freiberg

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:
Dr. Hubert Gabrisch, Forschungsdirektor

Der Workshop wurde gemeinsam vom IWH, der TU Freiberg und der European Association for Comparative Economic Studies (EACES) durchgeführt. Die schriftlichen Versionen der Vorträge können unter der folgenden Webadresse abgerufen werden:

<http://www.iwh-halle.de/d/start/News/workshop300605/papers/start.htm>.

Das IWH war gleichzeitig Gastgeber einer Vorstandssitzung der EACES, auf der die nächste Hauptkonferenz des Vereins im September 2006 in Brighton (UK) vorbereitet wurde.

„Die Rolle der Kommunen in der Wasserwirtschaft – Aktuelle Praxis, neue Konzepte und internationale Erfahrungen“

Hallesches Kolloquium zur Kommunalen Wirtschaft am 7. Juli 2005, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:
Professor Dr. Martin T. W. Rosenfeld und Dr. Peter Haug, Abteilung
Stadtökonomik

Das IWH veranstaltete unter Federführung der Abteilung Stadtökonomik eine Tagung zur künftigen Rolle der Kommunen bei der Wasserver- und Abwasserentsorgung. Das Kolloquium richtete sich sowohl an einschlägig tätige Wissenschaftler als auch an Praktiker der Wasserwirtschaft. Die Beiträge behandelten ein breites Themenspektrum, das von der grundsätzlichen Bewertung kommunaler Wirtschaftstätigkeit über Benchmarking als Wettbewerbersatz, Effizienz- und Organisationsstrukturanalysen von Wasserversorgern, Innovationstätigkeit im Abwassersektor, räumliche Aspekte der Wasserversorgung bis hin zu Reformvorschlägen beim Ordnungsrahmen der Wasserwirtschaft reichte. Die Referate sowie die Ergebnisse der Podiumsdiskussion werden in einem Tagungsband veröffentlicht.

„Arbeitsmarktinstitutionen und Beschäftigungsentwicklung“

Workshop des IWH und IAB am 14. und 15. November 2005, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:

Dr. Christian Dreger, Abteilung Makroökonomik, und Dr. Uwe Walwei, IAB Nürnberg

Welche Bedeutung kommt institutionellen Regelungen insbesondere für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu? Ist die Existenz von Institutionen eher hinderlich im Beschäftigungsaufbau bzw. beim Abbau der Arbeitslosigkeit oder fördern institutionelle Regelungen die Schaffung neuer Jobs? Welche Funktionen kommen Institutionen im Kontext eines Strukturwandels einer Volkswirtschaft zu? Antworten auf diese Fragen versuchten die Teilnehmer des gemeinsamen Workshops des IWH und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) zu geben. Auf dem zweitägigen Workshop in Halle wurden diese Themen unter makroökonomischen und unter mikroökonomischen Gesichtspunkten erörtert. Ein besonderes Gewicht wurde bei der Auswahl der Themen auf die wirtschaftspolitische Relevanz gelegt. Dies drückte sich auch darin aus, daß Vertreter aus Politik und Wirtschaft an der Tagung teilnehmen und abschließend ihre Einschätzung zur arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Relevanz formulierten.

Weitere Informationen: Herbert.Buscher@iwh-halle.de

„Makroökonomie“

6. Workshop am 1. und 2. Dezember 2005, Halle

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:
Dr. Christian Dreger, Abteilung Makroökonomik

Das IWH hat am 1. und 2. Dezember den 6. Workshop in Makroökonomie durchgeführt. Der Workshop bietet insbesondere Nachwuchswissenschaftlern ein Forum, ihre Ergebnisse zu diskutieren. In den Papieren wurden unter anderem die Prognoseeigenschaften alternativer Frühindikatoren für das Bruttoinlandsprodukt, die Rolle von Institutionen für die Entwicklung am Arbeitsmarkt, sowie Transmissionsmechanismen der Geldpolitik diskutiert.

Gastvorträge

„Advances in the empirical assessment of currency crises – with special focus on EU“

PhD Michal Brozka, Prague University of Economics, 18. Mai 2005.

„Cooperating to Innovate“

Professor Leonhard Dudley, PhD, Sciences économiques Université de Montréal – Canada, 1. Juni 2005.

„Subsampling tests of parameter hypothesis and overidentifying restrictions with possible failure of identification“

PhD Patik Guggenberger, University of California Los Angeles (UCLA), 24. Juni 2005.

„Real Options in CO2 Emissions Trading“

Professor Paul Marselian (†), California Lutheran University, USA, 5. Juli 2005.

„Das Forschungsdatenzentrum des IAB, die Datenbestände und mögliche Datenzugänge bzw. Hilfen“

Dipl.-Volkswirt Peter Jacobebbinghaus, IAB Nürnberg, 16. September 2005.

„Der Einfluß der Herkunft auf das Kaufverhalten. Das Beispiel Sekt“

Dr. Simone Müller, Forschungsanstalt Geisenheim, Fachgebiet Betriebswirtschaft und Marktforschung, 25. Oktober 2005.

„Knowledge Accessibility and Regional Economic Growth“

Professor Dr. Charlie Karlsson, Jönköping International Business School, Schweden, 2. November 2005.

„Standardisierung und Normierung in der Schienenverkehrsindustrie“

Diplom-Kaufmann Sebastian Schubert, Bombardier Berlin, 3. November 2005.

„Jahresgutachten 2005/2006 des Sachverständigenrates“

Dr. Stephan Kohns, Generalsekretär des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 6. Dezember 2005.

Gastaufenthalte

PhD Michal Brozka, Prague University of Economics, befand sich auf Einladung von Dr. Gabrisch vom 2. bis 20. Mai 2005 am IWH. Er beschäftigte sich mit der empirischen Bewertung von Währungs- und Finanzkrisen in den neuen Mitgliedsländern der EU.

Professor Leonhard Dudley, PhD, Sciences économiques Université de Montréal – Canada, besuchte in der Zeit vom 29. Mai bis 5. Juni 2005 das IWH. Professor Dudley forscht auf dem Gebiet der Institutionenökonomik.

Professor Jean-Marie Dufour, Université de Montréal, Kanada, war vom 3. bis 9. Juni 2005 am IWH, um seine Forschungsaufenthalte in den Jahren 2006/2007 vorzubereiten.

Professor Paul Marselian (†) von der California Lutheran University, USA, war vom 13. Juni bis 10. Juli 2005 am IWH zu Gast. Er hat an einem Projektantrag zu den ökonomischen Auswirkungen des Lizenzsystems für CO₂-Emissionen mitgewirkt.

Dr. Jens Hölscher besuchte in der Zeit vom 1. August bis 2. September 2005 als Gastwissenschaftler das IWH. Er ist Lehrstuhlinhaber für Volkswirtschaftslehre an der Universität Brighton, Großbritannien. Im Rahmen seines Gastaufenthaltes arbeitete er an einer Studie (gemeinsam mit Dr. Johannes Stephan) zur Wettbewerbspolitik in der erweiterten Europäischen Union sowie an einem Projektantrag zu nachhaltigem Wachstum in Europa. Dr. Hölscher forscht und lehrt auf dem Gebiet der Institutionenökonomik unter besonderer Berücksichtigung von Kredit- und Kapitalmärkten. Sein Interesse gilt vor allem Entwicklungs- und Transformationsprozessen, Gebiete, auf denen er substantielle Veröffentlichungen vorgelegt hat.

Professor John Hall, Portland State University, College of Liberal Arts and Sciences, Department of Economics, befand sich in der Zeit vom 15. August bis 15. September 2005 am IWH. Er war Gast Fulbright Professor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena im Sommersemester 2005. Am IWH setzte er seine Studien zur wirtschaftlichen Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland fort.

Professor Charly Karsson, Universität Jönköping, Schweden, war zu einem Gastaufenthalt vom 24. Oktober bis 4. November 2005 am IWH zur Kooperation in einem Clusterprojekt.

Forschungsaufenthalte

Professor Dr. Ulrich Blum weilte in der Zeit vom 5. bis 15. Dezember 2005 an der Universität Montreal und dem dort angeschlossenen Forschungsinstitut CIRANO (Centre interuniversitaire de recherche en analyse des organisations). Ziel ist eine Forschungsk Kooperation, die ab dem kommenden Jahr auf dem Gebiet des Wettbewerbs im Telekommunikationssektor vereinbart ist. Er hielt dort einem Vortrag zum Thema „Economic Effects of Standards“.

Publikations- und Vortragstätigkeit,
Wissenschaftliche Beratung,
Mitarbeit in Organisationen

Publikationen des IWH

Wirtschaft im Wandel

- 1/2005 Editorial
Ulrich Blum
- Aktuelle Trends:
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im
Osten stärker ausgeprägt als im Westen
Hans-Ulrich Brautzsch
- Konjunkturausblick 2005: Deutsche Binnenkonjunktur zieht
allmählich nach
Arbeitskreis Konjunktur
- Innovative Kompetenzen Ostdeutschlands in den Räumen
Berlin und Dresden am stärksten ausgeprägt
Peter Franz
- IWH-Bauumfrage im Dezember 2004:
Geschäftsklima von unterschiedlichen Tendenzen geprägt
Brigitte Loose
- 2/2005 Editorial
Herbert S. Buscher
- Aktuelle Trends:
Ostdeutsche Industrie zog 2002 bei Rendite mit
Westdeutschland gleich
Hans-Ulrich Brautzsch
- Der Zusammenhang zwischen Wachstum und Beschäftigung
in neuen EU-Ländern
Hubert Gabrisch, Willem Wolters
- Investitionen auswärtiger Unternehmen in Ostdeutschland
deutlich höher als in Mitteleuropa
Jutta Günther
- Stabilitäts- und Wachstumspakt: kein geeigneter Weg zur
Haushaltskonsolidierung
Kristina van Deuverden

IWH-Bauumfrage Ostdeutschland zum Jahresauftakt 2005:
Ertragslage verschlechtert, Umsatzerwartungen
weiterhin im Minus
Brigitte Loose

IWH-Industrienumfrage im Januar 2005:
Unternehmen starten zuversichtlich in das neue Jahr
Sophie Wörsdorfer

3/2005

Editorial
Udo Ludwig

Aktuelle Trends:
IWH-Konjunkturbarometer:
Ostdeutsche Wirtschaft holt beim Wachstum auf
Udo Ludwig

Konjunktur in Deutschland mit Tiefstart in des Jahr 2005
Arbeitskreis Konjunktur

Demographische Entwicklung in Ostdeutschland und
Länderfinanzausgleich
Joachim Ragnitz

IWH-Industrienumfrage Ostdeutschland zum Jahresauftakt 2005:
Ostdeutsches Verarbeitendes Gewerbe profitierte 2004 von
kräftiger Expansion der Auslandsmärkte
Sophie Wörsdorfer

IWH-Bauumfrage im Februar 2005:
Geschäftsklima „kippt“
Brigitte Loose

4/2005

Editorial
Hubert Gabrisch

Aktuelle Trends:
Chemische Industrie Ostdeutschlands erreicht 2002
erstmalig Gewinnzone
Hans-Ulrich Brautzsch

Erste Beitrittseffekte in den neuen Mitgliedsländern vorwiegend im monetären Bereich – Probleme für Polen

Hubert Gabrisch, Martina Kämpfe

Registrierte Arbeitslosigkeit oder Erwerbslosigkeit:
Gibt es das bessere Meßkonzept?

Jan Sauermann

Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland:
Wer ist erwerbstätig, wer ist unterbeschäftigt?

Hans-Ulrich Brautzsch

Wer ist arbeitslos, wer ist Leitungsbezieher?

Herbert S. Buscher

Unternehmensnetzwerke in Ostdeutschland:
Konzentration auf Verdichtungsräume

Gerhard Heimpold

IWH-Industrienumfrage im März 2005:
Abschwächung der Geschäftslage setzte sich im März nicht fort

Sophie Wörsdorfer

5/2005 Editorial

Ulrich Blum

Aktuelle Trends:
Zwischen Konsolidierung und Crash

Hubert Gabrisch

Originäre Wirtschaftskraft der neuen Länder noch schwächer als bislang angenommen

Harald Lehmann, Udo Ludwig, Joachim Ragnitz

Kooperation und Vernetzung begünstigen
das Unternehmenswachstum – das Beispiel der Branche
der modernen Biotechnologie

Walter Komar

Ist die Frauenbeschäftigung im Osten höher als im Westen?

Hans-Ulrich Brautzsch

IWH-Baumfrage im April 2005:
Frühjahrsaufwind mit Nachholeffekten

Brigitte Loose

- 6/2005 Editorial
Joachim Ragnitz
- Vom Sündenfall zum Sündenbock – Ein Kommentar
Ulrich Blum, Udo Ludwig
- Aktuelle Trends:
IWH-Konjunkturbarometer:
Ostdeutsche Wirtschaft verläßt Talsohle
Udo Ludwig
- Ostdeutsche Wirtschaft: Aufholen mit Trippelschritten
Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland
- Beschäftigungshemmnisse im öffentlichen Dienst
– dargestellt anhand wissenschaftlicher Mitarbeiter
in Forschungseinrichtungen
Herbert S. Buscher
- Does Language matter?
Sprachgrenzen und Konvergenz in der EU-25
Lutz Schneider
- IWH-Industrienumfrage im Mai 2005:
Geschäftslage gefestigt, doch Erwartungen verhalten
Sophie Wörsdorfer
- 7/2005 Editorial
Hubert Gabrisch
- Aktuelle Trends:
Schulentlassene ohne Hauptschulabschluß:
Anteil bundesweit leicht rückläufig
Cornelia Lang
- Deutsche Wirtschaft: Aufschwung kommt, aber nur langsam
Arbeitskreis Konjunktur
- Ostdeutscher Maschinenbau 2002:
Etappenziel Gewinnzone erreicht
Hans-Ulrich Brautzsch, Udo Ludwig
- Jugendarbeitslosigkeit und der Einfluß des Elternhauses:
Ist der Osten anders?
Eva Reinowski

IWH-Bauumfrage im Juni 2005:
Geschäftsklima wieder eingetrübt
Brigitte Loose

8/2005 Editorial
Ulrich Blum

Aktuelle Trends:
Ostdeutsche Industrie zog 2003 bei Rendite an Westdeutschland
vorbei
Hans-Ulrich Brautzsch

Ordnungsökonomische Thesen und wirtschaftspolitische
Maßnahmen für mehr Wirtschaftswachstum in Mittel- und
Ostdeutschland
Ulrich Blum

Ostdeutsche Exportindustrie:
kleiner Kern – dynamische Peripherie
Brigitte Loose, Udo Ludwig

Die „gerechte“ Strafe im Kartellverfahren
Ulrich Blum, Nicole Steinat, Michael Veltins

Wie hoch ist der wirtschaftliche Vorteil im Sinne
des Kartellrechts?
Ulrich Blum, Nicole Steinat, Michael Veltins

IWH-Industrienumfrage im Juli 2005:
Ostdeutsche Industrie erwartet Belebung der Geschäfte
Sophie Wörsdorfer

9/2005 Editorial
Martin T. W. Rosenfeld

Aktuelle Trends:
IWH-Konjunkturbarometer:
Ostdeutsche Wirtschaft quält sich aus der Stagnation
Udo Ludwig

Konjunktur aktuell:
Deutsche Wirtschaft im Sommer 2005 zwischen Hoffen
und Bangen
Arbeitskreis Konjunktur

Solidarpakt II:
Zweckentsprechende Mittelverwendung nicht in Sicht
Joachim Ragnitz

Investitionsförderung in Ostdeutschland:
Ein Reformvorschlag
Joachim Ragnitz

Ist Mitbestimmung ökonomisch sinnvoll?
Das Beispiel ostdeutsches Verarbeitendes Gewerbe und Bau
Birgit Schultz

IWH-Bauumfrage im August 2005:
Lage geringfügig verbessert, Aussichten deutlich eingetrübt
Brigitte Loose

10/2005 Editorial
Ulrich Blum

Aktuelle Trends:
Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland deutlich stärker auf
Importe angewiesen als die Exporte
Hans-Ulrich Brautzsch

Ost-West-Binnenwanderung: Gravierender Verlust an
Humankapital
Lutz Schneider

Wie treffen Multis Investitionsentscheidungen:
Das Fallbeispiel General Motors
Diemo Dietrich, Daniel Höwer

„Die Rolle der Kommunen in der Wasserwirtschaft“
– Tagungsbericht über das diesjährige Hallesche Kolloquium
zur kommunalen Wirtschaft
Peter Haug, Birger Nerré

IWH-Industrienumfrage im September 2005:
Verbesserte Geschäftslage beflügelt das Geschäftsklima
Sophie Wörsdorfer

11/2005 Editorial
Udo Ludwig

Aktuelle Trends: IWH-Konjunkturbarometer:
Ostdeutsche Wirtschaft faßt Tritt
Udo Ludwig

Wie die Wirtschaftsberichterstattung der Medien das
Konsumentenvertrauen lenkt – Empirische Evidenzen
für Deutschland, 1995-2005
Sophie Wörsdorfer

Schwache Tendenz zu mehr Ungleichheit:
Einkommensverteilung in Ostdeutschland 1999 und 2002
Herbert S. Buscher, Gabriele Hardt, Juliane Parys

Polen: Konjunktur festigt sich allmählich wieder
Martina Kämpfe

Die (un-)endliche Geschichte der LKW-Maut
– eine vertragstheoretische Analyse
Niels Krap

IWH-Bauumfrage im Oktober 2005:
Endspurt zum Jahresende
Brigitte Loose

12/2005 Editorial
Ulrich Blum

Aktuelle Trends:
Deutschland nach dem Boomjahr 2000: Gespaltene Konjunktur
– Gespaltenes Investitionsverhalten
Brigitte Loose, Udo Ludwig

Der Koalitionsvertrag aus finanzpolitischer Sicht
Kristina van Deuverden

Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland: „Arbeitsplatzlücke“ kaum
verringert
Hans-Ulrich Brautzsch

Die Liberalisierung des deutschen Strommarktes
– ein Erfolgsmodell?
Christian Growitsch, Felix Müsgens

Sind Kreditoreigenschaften als Indikatoren zur
Quantifizierung der Höhe des Forderungsausfallrisikos nutzbar?
Henry Dannenberg

IWH-Industrienumfrage im November 2005:
Geschäftslage auf Rekordniveau
Sophie Wörsdorfer

1. Sonderausgabe 2005

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft
– im Frühjahr 2005 –
Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der
Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute
e.V., Berlin:
DIW Berlin, HWWA Hamburg, ifo München, IfW Kiel, IWH
Halle, RWI Essen
Abgeschlossen in Kiel am 22. April 2005

2. Sonderausgabe 2005

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft
– im Herbst 2005 –
Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der
Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute
e.V., Berlin:
DIW Berlin, HWWA Hamburg, ifo München, IfW Kiel, IWH
Halle, RWI Essen
Abgeschlossen in Essen am 19. Oktober 2005

Sonderhefte

1/2005 Analysis of statements made in favour of and against the adop-
tion of competition law in developing and transition economies
Frank Emmert, Franz Kronthaler, Johannes Stephan

Schriften des IWH Nomos-Verlag

- Bd. 19 Advances in Macroeconometric Modeling Papers and Proceedings of the 4th IWH Workshop in Macroeconometrics
Christian Dreger, Heinz Peter Galler (eds)
- Bd. 20 Internationale Konvergenz sektoraler Produktivitätsniveaus
Gerald Müller
- Bd. 21 Essays on Network Regulation – Theoretical and Empirical Evidence from the Electricity Supply Industry
Christian Growitsch
- Bd. 22 Determinants of Employment – the Macroeconomic View
Christian Dreger, Heinz P. Galler, Ulrich Walwai (eds)

Diskussionspapiere

- Nr. 1 Die Identifikation des „Wirtschaftlichen Vorteils“ in Kartellverfahren
Ulrich Blum, Michael Veltins
- Nr. 2 Kooperationsneigung, Vernetzung und Erfolg von Unternehmen – Das Beispiel der Biotechnologiebranche
Walter Komar
- Nr. 3 Quality of Service, Efficiency and Scale in Network Industries: An Analysis of European Electricity Distribution
Christian Growitsch, Tooraj Jamasb, Michael Pollitt
- Nr. 4 A Note on GMM-Estimation of Probit Models with Endogenous Regressors
Joachim Wilde

- Nr. 5 The Unemployment-growth Relationship in Transition Countries
Hubert Gabrisch, Herbert S. Buscher
- Nr. 6 Stochastische Unternehmensmodelle als Kern innovativer Ratingsysteme
Ulrich Blum, Werner Gleißner, Frank Leibbrand

Referierte externe Publikationen

Blum, Ulrich: Lessons from the Past: Public Standardization in the Spotlight. International Journal on IT Standards and Standardization Research (JITSR), 2005, Vol. 3, No. 1, pp. 1-20.

Blum, Ulrich; Veltins, Michael: Braucht die E-conomy ein neues Wettbewerbsleitbild? Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften. Review of Economics, Band 55, Heft 2, 2005, S. 163-189.

Dreger, Christian; Schumacher, Christian: The out of sample performance of leading indicators for the German business cycle. Single vs combined forecasts. Journal of Business Cycle Measurement and Analysis, 2, 2005, pp. 71-88.

Dreger, Christian; Reimers, Hans-Eggert: Panel Seasonal Unit Root Test: Further Simulation Results and an Application to Unemployment Data. Allgemeines Statistisches Archiv, 89, S. 319-336.

Growitsch, Christian; Müsgens, Felix: The Economics of Restructuring the German Electricity Sector. Zeitschrift für Energiewirtschaft, Vol. 29 (3), 2005, S. 39-48.

Growitsch, Christian; Wein, Thomas: Network Access Charges, Vertical Integration, and Property Rights Structure. Energy Economics, 2005, S. 257-278.

Negotiated Third Party Access – an Industrial Organisation Perspective. *European Journal of Law and Economics*, 2005, pp. 165-183.

Günther, Jutta: Technology spillovers from foreign investors in transition economies – are the effects still expected? *Economic and Business review*, 2005, pp. 5-24.

Günther, Jutta; Gebhardt, Oliver: Eastern Germany in the process of catching-up: the role of foreign and Western German investors in technological renewal. *Eastern European Economics*, 2005, Vol. 43, Nr. 3, pp. 80-105.

Komar, Walter: Kooperation, Vernetzung und Erfolg von Unternehmen – die Biotechnologiebranche. *LIST FORUM für Wirtschafts- und Finanzpolitik*, Band 31, Heft 2, 2005, S. 162-178.

Kronthaler, Franz: Economic Capability of East German Regions: Results of a Cluster Analysis. *Regional Studies*, 39 (6), 2005, pp. 739-750.

Reinowski, Eva; Schultz, Birgit; Wiemers, Jürgen: Evaluation of Further Training Programmes with an Optimal Matching Algorithm. *Swiss Journal of Economics and Statistics*, Vol. 141, No. 4, 2005, pp. 585-616.

Rosenfeld, Martin T. W.: Welche Chancen hat die Modernisierung des Bundesstaates nach dem Scheitern der Föderalismus-Reformkommission? *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, Jg. 54, 2005, Heft 2, S. 189-198.

Wilde, Joachim; Kubis, Alexander: Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe – Eine empirische Analyse des Unerwarteten. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 225, Heft 3, 2005, S. 347-373.

Weitere externe Publikationen

Berneburg, Marian: What if Financial Markets were inefficient?, in: Globale Wirtschaft – nationale Verantwortung: Wege aus dem Druckkessel. Verlag Hanns Martin Schleyer-Stiftung, Köln 2005, S. 34-35.

Besenthal, Andrea; Lang, Cornelia; Spieß, Katharina; Wrohlich, Katharina: Struktur und Dynamik der weiblichen Erwerbstätigkeit, in: Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland – Arbeit und Lebensstandard, Band 7. München 2006, S. 84-87.

Blum, Ulrich: Non-market Allocation in Transport: A Reassessment of its Justification and the Challenge of Institutional Transition, in: 50 Years of Transport Research: Experiences Gained and Major Challenges Ahead. European Ministers of Transport. Paris 2005, pp. 169-191.

Globalisierung als Chance, in: Michael F. Aßländer, Robert Kaminski (Hrsg.), Globalisierung – Chance oder Risiko für Osteuropa. Peter Lang, Frankfurt 2005, S. 19-29.

Blum, Ulrich; Dudley, Leonard; Leibbrand, Frank; Weiske, Andreas: Institutionenökonomik, Theorien, Modelle, Evidenz. Gabler Verlag, Wiesbaden 2005.

Blum, Ulrich; Gleißner, Werner; Leibbrand, Frank: Richtig gewichtet: Erkenntnisse aus dem Sachsen-Rating-Projekt. Risknews, 2. Jg., Nr. 1, (Februar-März), 2005.

Blum, Ulrich; Veltins, Michael: Wie groß ist der wirtschaftliche Vorteil eines Kartells?, in: T. Hartmann-Wendels, R. Thome, A. Woll (Hrsg.), WISU – Das Wirtschaftsstudium, Heft 5/2005, S. 683-690.

Blum, Ulrich; Gleißner, Werner: Risiko-Analyse im Unternehmen erfolgreich umsetzen, in: Rating aktuell, Heft 6/2005, S. 20-23.

Risikomanagement als Werttreiber: volks- und betriebswirtschaftliche Perspektive, in: Schweickart, Töpfer (Hrsg.), Wertorientiertes Management. Springer-Verlag, Berlin 2005, S. 157-178.

- Brautzsch, Hans-Ulrich; Ludwig, Udo:* Ganz Westeuropa auf dem Weg in die „Basarökonomie“?, in: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 8/2005, S. 513-517.
- Buscher, Herbert S.:* Rezension Roland Verwiebe: Transnationale Mobilität innerhalb Europas, in: Deutschland Archiv – Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, 38. Jg., Heft 3, S. 562-563.
- Buscher, Herbert S.; Parys, Juliane:* Prekäre Einkommenslagen in Deutschland: Ein Ost-West-Vergleich von 1996-2002. Beitrag zur 4. Nutzerkonferenz des Mikrozensus. ZUMA, Mannheim 2005.
- Buscher, Herbert S.; Dreger, Christian; Ramos, Raul; Surinach, Jordi:* The Impact of Institutions on the Employment Performance in European Labour Markets. IZA Discussion Paper No. 1732, Bonn 2005.
- Buscher, Herbert S.; Stüber, Heiko:* Ein Jahr nach der EU-Osterweiterung – Erste Erfahrungen, Probleme, Aussichten, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Zukunftsforum Politik, Nr. 67. St. Augustin 2005.
- Dietrich, Diemo:* Monetary Policy and Bank Lending in Japan: An Agency-based Approach, in: Rolf Hasse, Uwe Vollmer (eds), Incentives and Economic Behaviour. Lucius & Lucius, Stuttgart 2005, pp. 87-99.
- Dietrich, Diemo; Vollmer, Uwe:* Finanzverträge und Finanzintermediation. Grundlagen – Modelle – Übungen. Gabler Verlag, Wiesbaden 2005.
- Dreger, Christian; Reimers, Hans-Eggert:* Health care expenditures in OECD countries. A panel unit root and cointegration analysis. IZA Discussion Paper No. 1469.
- Consumption and income in the euro area: Empirical evidence based on panelcointegration methods, in: Dreger, C.; Galler, H. P. (eds), Advances in macroeconomic modeling. Papers and proceedings of the 4th IWH Workshop in macroeconomics. Schriften des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Bd. 19. Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1. Auflage 2005, S. 45-56.

- Dreger, Christian; Eckey, Hans-Eggert; Kosfeld, Reinhold:* Regional convergence in the Unified Germany: A spatial econometric perspective, in: Dreger, C.; Galler, H. P. (eds): Advances in macroeconomic modeling. Papers and proceedings of the 4th IWH Workshop in macroeconometrics. Schriften des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Bd. 19. Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1. Auflage 2005, S. 189-214.
- Franz, Peter:* Regionalpolitische Optionen für schrumpfende Städte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 3/2005, B 3/2005, S. 10-16.
- Wirtschaftliche Rahmenbedingungen Leipzigs, in: D. Janke; J. Tesch (Hrsg.), Leipzig 2020. Europäische Metropole oder mitteleuropäische Provinzperle? – alternative Visionen. Beiträge des Workshops in Leipzig am 11. Juni 2005. Leipzig 2005, S. 29-40.
- Growitsch, Christian; Jamasb, Tooraj; Pollitt, Michael:* Quality of Service, Efficiency, and Scale in Network Industries: An Analysis of European Electricity Distribution. EPRG Working Paper 05/04.
- Günther, Jutta:* Innovationskooperationen deutscher Unternehmen im europäischen und innerdeutschen Vergleich, in: Welter, Friederike (Hrsg.), Der Mittelstand an der Schwelle zur Informationsgesellschaft. Duncker & Humblot, Berlin 2005, S. 147-160.
- Buchbesprechung – Werner Meske (Hrsg.), From System Transformation to European Integration. Science and Technology in Central and Eastern Europe at the Beginning of the 21st Century. Lit Verlag, Münster 2004 –, in: Science and Public Policy, Vol. 32, No. 4, S. 328-329.
- Jindra, Björn:* Theory and Review of the Latest Research on the Effects of FDI into Central East Europe, in: Stephan, J. (ed.), Technology Transfer via Foreign Direct Investment in Central and Eastern Europe – Theory, Method of Research and Empirical Evidence. Studies in Economic Transition. Palgrave Macmillan, Houndsmill 2005, pp. 3-74.
- Knedlik, Tobias:* Optimale Geld- und Währungspolitik in Südafrika – Modellierung und Schätzung, in: Berichte der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik (IWVWW) e. V., 15 (161), Dezember 2005, S. 37-60.

- Loose, Brigitte; Ludwig, Udo:* Can Export Activities of Firms Contribute to the Catching-Up Process of Transitional Economies? in: The School of Economics and Computer Science in Cracow, Poland (ed.), Can the transitional and development economies ever catch up? – The Conference Material. Cracow, 20.-21. September 2005, pp. 109-128.
- Ludwig, Udo:* Licht und Schatten nach 15 Jahren wirtschaftlicher Transformation in Ostdeutschland, in: Deutschland-Archiv – Zeitschrift für das vereinigte Deutschland Heft 3/2005.
- Ragnitz, Joachim:* Bundesrepublik Deutschland seit 1990, in: K. Schubert (Hrsg.), Handwörterbuch zum Ökonomischen System Deutschlands, 2005.
- Möglichkeiten der Entwicklung strukturschwacher Regionen in Ostdeutschland, in: Zukunftsforum Politik, Band 68. Berlin 2005.
- Langfristige Beschäftigungseffekte eines Ausbaus regenerativer Energien – Ergebnisse eines dynamischen disaggregierten Simulationsmodells, in: M. Häde; E. Schulz (Hrsg.), Beschäftigungswirkungen des EEG. Frankfurt, Berlin, Heidelberg 2005, S. 61-74.
- Fifteen years after: East Germany revisited, in: CESifo-Forum 4/2005, S. 3-6.
- Ragnitz, Joachim; Rosenfeld, Martin T. W.:* Finanzwirtschaftliche Sonderbedarfe der neuen Bundesländer – Wie sind sie zu begründen, wie sollten sie im Länderfinanzausgleich berücksichtigt werden?, in: Martin Junkernheinrich (Hrsg.), Sonderbedarfe im bundesstaatlichen Finanzausgleich. Berlin 2005, S. 275-289.
- Ragnitz, Joachim; Lehmann, Harald:* Wirkungsanalyse der Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland, in: Dirk Engel (Hrsg.), Mittelstandsfinanzierung, Basel II und die Wirkung öffentlicher sowie privater Kapitalhilfen. Veröffentlichungen des Round Table Mitteldeutschland, Bd. 5. Duncker & Humblodt, Berlin 2005, S. 221-236.
- Reinowski, Eva; Schultz, Birgit:* Langzeitarbeitslosigkeit als Massenphänomen. Die Wirkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in Ostdeutschland, in: H. Bahrmann, C. Links (Hrsg.), Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz. Berlin 2005, S. 179-193.

Rosenfeld, Martin T. W.: Gründe für eine räumliche Konzentration der Wirtschaftsförderung und Möglichkeiten der Umsetzung, in: Kerne zu Zentren entwickeln – Wirtschaftspolitische Impulse für Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin 2005, S. 7-18.

Dezentralisierung im Bereich der Regionalpolitik: Möglichkeiten und räumliche Konsequenzen, in: Gisela Färber (Hrsg.), Das föderative System in Deutschland – Bestandsaufnahme, Reformbedarf und Handlungsempfehlungen aus raumwissenschaftlicher Sicht. Hannover 2005.

Europäische Regionalpolitik nach der EU-Osterweiterung: Neue Ausrichtung erforderlich?, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 74, 2005, S. 111-125.

Sachsen-Anhalt als Wirtschaftsstandort: Wie erfolgreich sind das Land und seine Regionen?, in: Geographische Rundschau, Jg. 57, 2005, S. 4-11.

Wie wirkt der demographische Wandel auf die Standortwahl und auf die regionale Wirtschaftsentwicklung?, in: Demographischer Wandel: Befunde für Niedersachsen und Handlungsfelder. Bericht über den Workshop 2004/2005 des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung (NIW). Hannover 2005, S. 95-104.

Wie steht es um die regionale Konzentration ökonomischer Aktivitäten im Osten Deutschlands? – Ergebnisse einer Untersuchung zu den innovativen Kompetenzfeldern, Produktionsnetzwerken und Branchenschwerpunkten der ostdeutschen Wirtschaft, in: Wo liegen die Entwicklungspotentiale des Ostens? – Konsequenzen aus Bevölkerungsentwicklung und Strukturwandel für den Arbeitsmarkt, die Regionen und die Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland. Berlin 2005, S. 58-68.

Rosenfeld, Martin T. W.; Heimpold, Gerhard: IWH-Standortreport Sachsen-Anhalt 2005: Einige günstige Entwicklungen – aber noch immer Mängel bei Wachstumskräften und industriellen Clustern, in: Wolf, J.; Rannenberg, J.; Mattfeld, H.; Giebel, H. (Hrsg.), Sachsen-Anhalt 2005: Verarmt das Land? Beiträge zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung. Anderbeck Verlag 2005, S. 25-55.

Steinat, Nicole: Comply or Explain – Die Akzeptanz von Corporate Governance Kodizes in Deutschland und Großbritannien, in: Tietje,

Christian; Kraft, Gerhard; Sethe, Rolf (Hrsg.), Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht, Heft 39. Halle 2005.

Stephan, Johannes (ed.): Technology Transfer via Foreign Direct Investment in Central and Eastern Europe – Theory, Method of Research and Empirical Evidence. Studies in Economic Transition. Palgrave Macmillan, Houndsmill 2005.

Stephan, Johannes: Comment on A. Bley's article on 'Monetary Aspects of European Eastern Enlargement and CEE participation in ERM and EMU', in: J. Hölscher, H. Tomann (eds), Globalisation of Capital Markets and Monetary Policy. Macmillan, Basingstoke and St Martin's Press, New York 2005, pp. 187-190.

Wörsdorfer, Sophie: Globale Verfügbarkeit von Informationen – Die Rolle der Medien als Informationsvermittler und Transmissionskanal, in: Hanns Martin Schleyer-Stiftung (2005), Globale Wirtschaft – nationale Verantwortung: Wege aus dem Druckkessel, Forschungsergebnisse im Überblick. Ein Almanach junger Wissenschaftler (X. Kongreß Junge Wissenschaft und Wirtschaft), S. 236-237.

Veröffentlichungen im Internet

Buscher, Herbert S.; Dreger, Christian; Artís, Manuel; Clar, Miquel; Ramos, Raúl: The contribution of wage developments to labour market performance. DG ECFIN, European Economy, Special Report 1/2005
http://europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/european_economy/2005/eesp105en.pdf

Franz, Peter: Wirtschaftliche Rahmenbedingungen Leipzigs, in: D. Janke; J. Tesch (Hrsg.), Leipzig 2020. Europäische Metropole oder mitteldeutsche Provinzperle? – alternative Visionen. Beiträge des Workshops in Leipzig am 11. Juni 2005., <http://www.rosa-luxemburgstiftung-sachsen.de/ebook/2005-06-11-franz.pdf>

Günther, Jutta; Bochow, Albrecht: Die Automobilindustrie in den neuen Bundesländern – Studie im Auftrag des Verbands der Automobilindustrie (VDA).

Kronthaler, Franz; Stephan, Johannes: Database on competition law enactment in developing countries, the budget and staff of the relevant competition agency, and other structural (economic and otherwise) characteristics. Forschungsbericht innerhalb des EU Projektes: Competition Policy Foundations for Trade Reform, Regulatory Reform, and Sustainable Development, 2005.

Factors accounting for the enactment of a competition law – an empirical analysis, Forschungsbericht innerhalb des EU Projektes: Competition Policy Foundations for Trade Reform, Regulatory Reform, and Sustainable Development, 2005.

Progressivity and flexibility in developing an effective competition regime: using experiences of Poland, Ukraine, and South Africa for developing countries, Forschungsbericht innerhalb des EU Projektes: Competition Policy Foundations for Trade Reform, Regulatory Reform, and Sustainable Development, 2005.

Kronthaler, Franz; Stephan, Johannes; Emmert, Frank: Analysis of statements made in favour of and against the adoption of competition law in developing and transition economies, Forschungsbericht innerhalb des EU Projektes: Competition Policy Foundations for Trade Reform, Regulatory Reform, and Sustainable Development, 2005.

Ragnitz, Joachim: Zur Diskussion um den Produktivitätsrückstand Ostdeutschlands, in: Untersuchungen des IWH im Rahmen der Strukturberichterstattung und der Fortschrittsberichterstattung-Ost.

Ragnitz, Joachim; Seitz, Helmut: Benchmarking-Report Mecklenburg-Vorpommern – Öffentliche Aufgabenerfüllung im Ländervergleich, in: Gutachten im Auftrag des Landesrechnungshofs und des Finanzministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Halle, Dresden 2005.

Lehrtätigkeit

Blum, Ulrich: „Institutionenökonomik“. Vorlesung an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sommersemester 2005 (zwei Semesterwochenstunden).

„Industrieökonomik und Wettbewerb“. Vorlesung an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2005/2006 (zwei Semesterwochenstunden).

Dietrich, Diemo: „Monetary Economics“. Vorlesung an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sommersemester 2005 (zwei Semesterwochenstunden).

Günther, Jutta: „Multinationale Unternehmen in Transformationsökonomien“. Hauptseminar am Fachbereich Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2005/2006 (zwei Semesterwochenstunden).

Krap, Niels: Übungen zur Vorlesung „Institutionenökonomik“ von Professor Blum an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sommersemester 2005 (zwei Semesterwochenstunden).

Übungen zur Vorlesung „Industrieökonomik und Wettbewerb“ von Professor Blum an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2005/2006 (zwei Semesterwochenstunden).

Ludwig, Udo: „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.“ Vorlesung an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig, Sommersemester 2005 (30 Semesterstunden).

Rosenfeld, Martin T. W.: „Theorie und Politik der Besteuerung“. Vorlesung an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sommersemester 2005 (zwei Semesterwochenstunden).

„Föderalismusökonomik.“ Vorlesung an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2005 (zwei Semesterwochenstunden).

„Finanzpolitische Probleme des Aufbaus Ost.“ Vorlesung an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg, Sommersemester 2005 (zwei Semesterwochenstunden).

Stephan, Johannes: „Theorie und Politik der Transformation“. Vorlesung an der TU Freiberg im Wintersemester 2005/2006 (zwei Semesterwochenstunden).

Wilde, Joachim: „Mehrgleichungsmodelle und multivariate Zeitreihenanalyse.“ Vorlesung und Übung an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sommersemester 2005 (drei Semesterwochenstunden).

„Grundlagen der Regressionsanalyse.“ Vorlesung an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2005/2006 (zwei Semesterwochenstunden).

Ausgewählte Vorträge

Berneburg, Marian: „Are European Equity Style Indexes Mean Reverting? Testing the Efficient Market Hypothesis.“ Vortrag auf der MFA (Midwest Finance Association) Jahrestagung in Milwaukee. 10. bis 13. März 2005, Milwaukee.

„Are European Equity Style Indexes Mean Reverting? Testing the Weak Form Efficient Market Hypothesis.“ Vortrag auf der GFC (Global Finance Conference). 27. bis 29. Juni 2005, Dublin.

Blum, Ulrich: „Driven by standards: a prosperous Europe by 2010.“ Vortrag auf dem 1st CEN-CENELEC Annual Meeting 2005. Assembly Hall of the Upper House of the Hungarian Parliament. 8. Juni 2005, Budapest.

„The economic impact of standards.“ Vortrag an der Université de Montréal, Faculté de sciences économiques. 12. Dezember 2005, Montreal.

Buscher, Herbert S.: „Die Einkommensverteilung in West- und Ostdeutschland.“ Vortrag an der Freien Universität Berlin, FB Wirtschaftswissenschaft. 13. Januar 2005, Berlin.

„Müssen wir das Job-Rad neu erfinden?“ Hartz IV in der Umsetzung.“ Vortrag an der Konrad-Adenauer-Stiftung. 8. Mai 2005, Wendgräben.

„1-Jahr EU-Osterweiterung.“ Vortrag an der Evangelischen Akademie Berlin. 24. Mai 2005, Berlin.

„Arbeitsgesellschaft ohne Arbeit?“ Vortrag bei der Berliner Debatte Ostdeutschland. 10. Juni 2005, Berlin.

„Hartz IV und die Auswirkungen für Frauen in der Landwirtschaft.“ Vortrag auf der Jahrestagung des Deutschen Landfrauenverbands. 22. Juni 2005, Rostock.

„Hartz-Reformen und Perspektiven für den deutschen Arbeitsmarkt.“ Vortrag auf dem Kongress „Erfahrung ist Zukunft“. 28. Juni 2005, Berlin.

„Der Niedriglohnsektor in Ostdeutschland.“ Vortrag auf der Tagung „Was kommt nach Hartz IV?“ der Konrad-Adenauer-Stiftung. 4. bis 6. Juli 2005, Caddenabia, Italien.

„Perspektiven einer zukünftigen Beschäftigungspolitik.“ Vortrag bei der Konrad-Adenauer-Stiftung. 8. November 2005, Berlin.

„On the relevance of labour market institutions – lessons from cross-country comparisons for Germany.“ Korreferat zu Michael Thiel. Beitrag zum IWH/IAB Workshop „Arbeitsmarktinstitutionen und Beschäftigung“. 14. und 15. November 2005, Halle.

„Beschäftigungsperspektiven für Frauen im ländlichen Raum, insbesondere in Sachsen-Anhalt.“ Vortrag auf der Regionalkonferenz „IT-Landfrauen“. 22. November 2005, Magdeburg.

„Zukunft der Arbeit.“ Vortrag auf der Friedrich-Ebert-Stiftung. 30. November 2005, Magdeburg.

„Social Security in Germany.“ Vortrag auf dem 2nd Global Labor Forum. 11. und 12. Dezember 2005, New Dehli, Indien.

Dietrich, Diemo: „Why do banks hold capital in excess of regulatory requirements? A functional approach.“ Vortrag bei der Schweizerischen Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik, Jahrestagung 2005. 17. und 18. März 2005, Zürich.

„Banks, Markets, and Efficiency.“ Korreferat zu Falko Fecht (Deutsche Bundesbank), Antoine Martin (Federal Reserve Bank of Kansas City) auf dem 3. Workshop „Geldtheorie, Geldpolitik und Finanzmärkte“. 31. März 2005, Halle.

„Why do banks hold capital in excess of regulatory requirements? A functional approach.“ Vortrag beim Volkswirtschaftlichen Forschungskolloquium der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. 28. Juni 2005, Halle.

„Why do banks hold capital in excess of regulatory requirements? A functional approach.“ Vortrag auf der Jahrestagung der Western Economic Association. 6. Juli 2005, San Francisco.

„Why do banks hold capital in excess of regulatory requirements? A functional approach.“ Vortrag beim European Economic Association Annual Meeting 2005. 24. bis 27. August 2005, Amsterdam.

„Aktuelle Entwicklungen des wirtschaftlichen Bankenumfelds.“ Vortrag im Rahmen der DKB Management School Banken im Wettbewerb: Herausforderungen und Strategien. 20. September 2005, Liebenberg.

„Why do banks hold capital in excess of regulatory requirements? A functional approach.“ Vortrag bei der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik. 27. bis 30. September 2005, Bonn.

Dreger, Christian: „Interest-rate pass-through: The case of Hungary Workshop Monetary and Financial Economics.“ Korreferat zu Csilla Horvath, Judit Kreko, Anna Naszodi (Magyar Nemzeti Bank) auf dem 3. Workshop „Geldtheorie, Geldpolitik und Finanzmärkte“. 1. April 2005, Halle.

„Early warning tools to forecast general government deficit in the euro area: the role of intra-annual fiscal indicators.“ Kommentar zu Javier J. Pérez auf der 3rd annual conference for the Balkan countries' central banks. 16. Mai 2005, Varna, Bulgarien.

„Long run money demand in the new EU member states with exchange rate effects.“ Präsentation auf der 3rd annual conference

for the Balkan countries' central banks. 17. Mai 2005, Varna, Bulgarien.

„Is money demand stable in the new EU member states? A study in panel cointegration.“ Präsentation auf der Economic and financial issues in an enlarged Europe, 4th annual meeting of the European Economics and Finance Society. 21. Mai 2005, Coimbra, Portugal.

„The contribution of wages to macroeconomic performance.“ Vortrag auf dem DG ECFIN Workshop „Understanding wage behaviour in Europe“. 7. Juni 2005, Bruxelles.

„Long run money demand in the new EU member states with exchange rate effects.“ Vortrag auf dem Workshop „Challenges and Implications for EU enlargement“. 23. Juni 2005, WHU Koblenz.

„An empirical analysis of stochastic trends and cycles in Central and Eastern Europe and the euro zone.“ Korreferat zu Uwe Böwer auf dem Workshop „Challenges and Implications for EU enlargement“. 24. Juni 2005, WHU Koblenz.

„Health care expenditures in OECD countries: A panel unit root and cointegration analysis.“ Vortrag auf der Jahrestagung der Western Economic Association. 5. Juli 2005, San Francisco.

„Some empirical evidence on the role of money in the euro area.“ Kommentar zu Sylvia Kaufmann, Peter Kugler auf der Jahrestagung der Western Economic Association. 6. Juli 2005, San Francisco.

„Differential and persistence in unemployment – an analysis of the Spanish regions with the highest unemployment rates.“ Kommentar zu Ines Murillo auf der Conference of the European Regional Science Association (ERSA). 24. August 2005, Amsterdam.

„Thresholds for employment and unemployment: A spatial analysis of German RLMs.“ Präsentation auf der Conference of the European Regional Science Association (ERSA). Leitung der Session on Labour Markets. 24. August 2005, Amsterdam.

Franz, Peter: „The Pattern of Spatially Concentrated Industries in East Germany: A Contribution to the Discussion on Economic 'Clusters'.“ Vortrag im Rahmen des Kongresses „Regional Growth Agendas“ der Regional Science Association. 28. bis 31. Mai 2005, Aalborg/Dänemark.

„Wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Region Leipzig-Halle.“ Vortrag im Rahmen des Workshops „Leipzig 2020 – Europäische Metropole oder sächsische Provinzperle?“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung. 11. Juni 2005, Leipzig.

„Vorsprünge von Ballungsräumen bei der wirtschaftlichen Entwicklung – gibt es Grenzen des Wachstums?“ Vortrag im Rahmen des Workshops „Interregionale Ausgleichspolitik und regionales Wirtschaftswachstum in Deutschland: Bestandsaufnahme des politischen Status quo und vorliegender Forschungsergebnisse“. 21. Juni 2005, Halle.

„Wissensökonomie und Stadtentwicklung in Deutschland.“ Vortrag im Rahmen des Internationalen Kongresses „Profilierung und Spezialisierung als Strategien städtischer Entwicklung“ der IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt. 17. bis 19. Oktober 2005, Magdeburg.

Growitsch, Christian: „Quality of Service, Efficiency, and Scale in Network Industries.“ Vortrag anlässlich der 9th EWEPA Conference. 30. Juni bis 2. Juli 2005, Brüssel.

Günther, Jutta: „Technologie Spillovers durch ausländische und westdeutsche Investoren in Ostdeutschland.“ Vortrag am IWH, 5. April 2005.

„Productivity effects from foreign investment enterprises in East Germany.“ Vortrag anlässlich der International Industrial Organization Conference. 8. und 9. April 2005, Atlanta.

„East Germany in the Process of Catching-up Development: The Role of Foreign and West German Investors for Technological Renewal.“ Präsentation auf der 5. Triple Helix Konferenz „The capitalization of Knowledge: cognitive, economic, social & cultural aspects“. 18. bis 21. Mai 2005, Turin, Italien.

„Kooperation aus Schwäche? Der Beitrag der Netzwerkpolitik zur Überwindung von Innovationshemmnissen.“ Vortrag im Rahmen der Tagung des DIW Berlin und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zu „Regionale Innovationsnetzwerke“ im Haus der Deutschen Wirtschaft Berlin. 13. September 2005, Berlin.

„Innovation cooperation and innovation policy in East Germany.“ Vortrag an der Akademie der Wissenschaften der Ukraine auf der

Konferenz „Knowledge-based society: new challenges for science and scientist“. 25. November 2005, Kiew.

„Technology Spillovers from foreign investment enterprises in East Germany.“ Vortrag auf dem Workshop „Foreign Ownership, Innovation, and Diffusion“. 9. Dezember 2005, Asker, Norwegen.

zusammen mit Gebhardt, Oliver: „Auswärtige Betriebe und Innovationstätigkeit in Ostdeutschland.“ Vortrag auf dem Workshop „Beschäftigungsanalysen mit den Daten des IAB-Betriebspanels“. 28. Juni 2005, Halle.

Haug, Peter: „Einfluß unterschiedlicher Organisationsstrukturen auf die Effizienz der Wasserwirtschaft – Das Beispiel Ostdeutschland.“ Vortrag im Rahmen des Halleschen Kolloquiums zur Kommunalen Wirtschaft „Die Rolle der Kommunen in der Wasserwirtschaft – Aktuelle Praxis, neue Konzepte und internationale Erfahrungen“. 7. Juli 2005, Halle.

„Why Is Reforming Local Public Services so Difficult? The Case of Germany and Europe.“ Vortrag auf der Jahrestagung des International Institute of Public Finance. 22. August 2005, Jeju, Südkorea.

„Decentralization and Open Economies.“ Korreferat zu Masayoshi Hayashi und Motohiro Sato auf der Jahrestagung des International Institute of Public Finance. 22. August 2005, Jeju, Südkorea.

„Regionalwirtschaftliche Bedeutung der Wasserwirtschaft in Ostdeutschland.“ Vortrag auf dem netWORKS-Workshop „Neue Räume technischer Infrastruktursysteme“. 6. Oktober 2005, Berlin.

„Requirements on Regulation Frameworks: What is the Best Way of Securing Efficiency in the Water Sector?“ Vortrag im Rahmen des 8th INFER Workshop on Economic Policy, Competition Policy in Network Industries. 29. bis 31. Oktober, London.

„Incentive-Compatible Grants-in-Aid Mechanisms for Federations with Local Tax Competitions and Asymmetric Information.“ Korreferat zu Altemeyer-Bartscher, Kuhn im Rahmen der 98th Annual Conference on Taxation der National Tax Association. 17. bis 19. November 2005, Miami, USA.

zusammen mit Nerré, Birger: „Revenue Trends in German Municipal Finance.“ Vortrag im Rahmen der 98th Annual Conference

on Taxation der National Tax Association. 17. bis 19. November 2005, Miami, USA.

Heimpold, Gerhard: „Branchenschwerpunkte, Produktionsnetzwerke und innovative Kompetenzfelder in der Oberlausitz – Befunde aus einem Forschungsprojekt des IWH.“ Vortrag anlässlich der Abendveranstaltung der Marketing-Gesellschaft Oberlausitz-Niederschlesien mbH und des Allgemeinen Unternehmerverbandes Zittau und Umgebung e. V. 27. Januar 2005, Eibau.

„Wie ist der Stand der Evaluierung von Ausgleichspolitik mit Hilfe von Fallstudien und Vollzugsanalysen?“ Vortrag anlässlich des Workshops „Interregionale Ausgleichspolitik und regionales Wirtschaftswachstum in Deutschland: Bestandsaufnahme des politischen Status quo und vorliegender Forschungsergebnisse“. 21. Juni 2005, Halle.

„Branchenschwerpunkte, Unternehmensnetzwerke und innovative Kompetenzfelder in den ostdeutschen Regionen – ein Beitrag zur Debatte über Branchencluster.“ Vortrag anlässlich des Sommerseminars der Gesellschaft für Regionalforschung in Kooperation mit dem Regionalen Forschungsnetz des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). 23. und 24. Juni 2005, Weimar.

„The Pattern of Spatially Concentrated Industries and Innovation Activities in East Germany: A Contribution to the Discussion on Economic 'Clusters'.“ Vortrag auf der 11. Jahrestagung der „Portuguese Association for Regional Development“ (APDR). University of Algarve, Faculty of Economics. 16. bis 18. September 2005, Faro, Portugal.

Jindra, Björn: „The Role of Subsidiaries in Direct Technology Transfer via FDI – Evidence from Five New EU Member Countries.“ Präsentation auf der 5. Triple Helix Konferenz „The capitalization of Knowledge: cognitive, economic, social & cultural aspects“. 18. bis 21. Mai, Turino, Italien.

„The Role of Subsidiary as Determinant of Direct Technology Transfer – Evidence from five new EU member countries.“ Vortrag auf dem EACES Workshop on National Innovation Systems and FDI in Central Eastern Europe „The Role of Technology Transfer, the Impact on Regional Development and Economic Convergence“. 30. Juni bis 2. Juli 2005, Halle-Freiberg.

„Explaining Technology Transfer via FDI – The role of subsidiary governance and capabilities.“ Paper presented at Workshop on Foreign Ownership, Innovation, and Diffusion. 9. Dezember 2005, Asker, Norwegen.

Kronthaler, Franz; Stephan, Johannes: „Factors accounting for the enactment of a competition law – an empirical analysis.“ Vortrag auf der vom CEPR organisierten Konferenz: „Competition Policy for International Development, Growth and Trade“. 8. bis 10. Dezember 2005, Brüssel.

Lindner, Axel: „Bank capital and non-verifiable lending risk.“ Korreferat zu Achim Hauck (University of Leipzig) auf dem 3. Workshop „Geldtheorie, Geldpolitik und Finanzmärkte“. 31. März 2005, Halle.

Ludwig, Udo: „Die konjunkturelle Entwicklung in Ostdeutschland – Perspektiven für die Bauwirtschaft 2005/06.“ Vortrag vor dem Arbeitskreis M&M der BetonMarketing Ost GmbH. 3. März 2005, Berlin.

„Quo vadis ostdeutsche Wirtschaft?“ Vortrag vor einem Unternehmer-Stammtisch. 8. März 2005, Gera.

„Business Cycles in Germany and EU.“ Vortrag auf dem Internationalen Workshop über Konjunkturzyklen in Japan und der Europäischen Union am Institute of Economic Research (IER) and EU Institute in Japan, Hitotsubashi University. 13. bis 17. März 2005, Tokyo.

„Geschäftsklima, Konjunktur und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland.“ Vortrag vor Parlamentariern aus Südafrika. 9. Mai 2005, Halle.

„Quo vadis ostdeutsche Wirtschaft?“ Vortrag beim „Club des Affaires“ Französisch-Deutsche Wirtschaftsvereinigung e. V. 2. Juni 2005, Leipzig.

„Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschland: Können Prognosen überhaupt noch ernstgenommen werden?“ Vortrag im Rahmen der „4. Langen Nacht der Wissenschaften“ der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. 1. Juli 2005, Halle.

„Germany: A „Bazar“ Economy?“ Vortrag auf der Internationalen Konferenz „Business Cycles and the Role of Government in Japan

and Germany” im Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin (JDZB). 31. Oktober 2005, Berlin.

„What Have We Learned about Economic Transformation in East Germany?“ Vortrag auf der 14. Jahreskonferenz der Freien Universität Berlin und der Seoul National University. 25. November 2005, Berlin.

„Lage und Aussichten der deutschen Wirtschaft im Herbst 2005.“ Gastvortrag beim Bauindustrieverband Sachsen und Sachsen-Anhalt. 29. November 2005, Leipzig.

zusammen mit Loose, Brigitte: „Can Export Activities of Firms Contribute to the Catching-Up Process of Transitional Economies? The Case of the Manufacturing Industry in the Eastern Region of Germany.“ Vortrag auf einer Internationalen wissenschaftlichen Konferenz zum Thema: „Can the Transitional and Development Economies ever Catch up?“ 20. und 21. September 2005, Krakow.

zusammen mit Loose, Brigitte: „Export und Beschäftigung in der ostdeutschen Industrie – ein betrieblicher Längsschnitt.“ Vortrag auf dem Workshop „Beschäftigungsanalysen mit den Daten des IAB-Betriebspanels“. 28. Juni 2005, Halle.

Nerré, Birger: „Zur Rolle der Kommunen in der Daseinsvorsorge.“ Vortrag auf dem Halleschen Kolloquium zur Kommunalen Wirtschaft „Die Rolle der Kommunen in der Wasserwirtschaft – Aktuelle Praxis, neue Konzepte und internationale Erfahrungen“. 7. Juli 2005, Halle.

„The Japanese Post-War Tax Culture Shock Reconsidered.“ Vortrag auf der Tagung „Historical Perspectives on Tax Law and Policy – The 2005 Tax History Conference“, ausgerichtet vom Tax Analysts, the UCLA School of Law, and the Cambridge University Centre for Tax Law. 18. Juli 2005, Los Angeles.

„Marjorie Kornhauser – The Rise and Fall of Publicity of Income Tax Information in the 1930s.“ Vortrag auf der Tagung „Historical Perspectives on Tax Law and Policy – The 2005 Tax History Conference“, ausgerichtet vom Tax Analysts, the UCLA School of Law, and the Cambridge University Centre for Tax Law. 19. Juli 2005, Los Angeles.

„Services of General Interest – the German Experience.“ Vortrag an der California State University of Long Beach. 28. Juli 2005, Long Beach.

„Hirschmans 'Exit, Voice and Loyalty' – Gedanken eines Wanderers zwischen den Welten.“ Vortrag auf der Tagung „Konzepte der Gesellschaftstheorie – Albert Hirschmans grenzüberschreitende Ökonomik“ des Wittenberg-Zentrums für Globale Ethik an der Leucorea. 5. bis 7. September 2005, Lutherstadt Wittenberg.

„Japan and the United States since World War Two.“ Korreferat zu W. Elliott Brownlee auf der Tagung „The Transfer of Ideas about Taxation since 1750“ des Centre for History and Economics, King's College, University of Cambridge. 16. bis 18. September 2005, Cambridge, UK.

„Institutional Arrangements in Public Transport.“ Gastvortrag an der Staatlichen Universität St. Petersburg. 20. September 2005, St. Petersburg.

„The Role of Municipalities in Providing Services of General Interest: An International Comparison.“ Vortrag auf der Jahrestagung der Association for Public Sector Economics. 23. und 24. September 2005, St. Petersburg.

„The Japanese Post-War Tax Culture Shock Revisited.“ Vortrag im Rahmen der 98th Annual Conference on Taxation der National Tax Association. 17. bis 19. November 2005, Miami, USA.

„Keynote Lecture 'Tax Culture and Tax Reform Advice'.“ Vortrag beim GTZ-Workshop „Steuern und Kultur“. 8. Dezember 2005, Eschborn.

Ragnitz, Joachim: „Leipzig 15 Jahre nach dem Umbruch.“ Vortrag und Podiumsdiskussion anlässlich einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung. 20. Januar 2005, Leipzig.

„Wirtschaftliche Perspektiven in Ostdeutschland.“ Vortrag anlässlich der Tagung der Gewerkschaft Ver.di zum Aufbau Ost. 3. Februar 2005, Halle.

„Perspektiven der ostdeutschen Landes- und Kommunal Finanzen bis zum Jahre 2020.“ Vortrag auf dem Seminar „Ursachen und Folgen sinkender Bevölkerungszahlen in Sachsen-Anhalt und

Deutschland“ der Landeszentrale für Politische Bildung Sachsen-Anhalt. 4. Februar 2005, Halberstadt.

„Demographie, wirtschaftliche Entwicklung und Finanzpolitik.“ Vortrag anlässlich einer Klausurtagung der Arbeitsgruppe Demographischer Wandel der CDU Landtagsfraktion Sachsen. 21. Februar 2005, Dresden.

„Wirtschafts- und finanzpolitische Herausforderungen der ostdeutschen Länder.“ Vortrag im Thüringer Finanzministerium. 20. April 2005, Erfurt.

„Wachstumsschwäche, Demographie und Finanzpolitik: Wirtschaftspolitischer Herausforderungen für Ostdeutschland.“ Vortrag anlässlich einer Sitzung des Beirats der Thüringer Aufbaubank. 21. April 2005, Rudolstadt.

„Die deutsche Einheit als Vorbild für Korea?“ Vortrag vor einer Delegation koreanischer Wirtschafts- und Politikwissenschaftler. 11. Mai 2005, Halle.

„Konvergenz in Europa – zu Lasten der Regionen.“ Vortrag und Podiumsdiskussion bei einer Veranstaltung der Christian-August-Gesellschaft. 19. Mai 2005, Sulzbach-Rosenberg.

„Wirtschaftliche Perspektiven für periphere Regionen in Ostdeutschland.“ Vortrag anlässlich der 6. Südbrandenburgischen Wirtschaftstage. 26. Mai 2005, Cottbus.

„Wirtschaftspolitik für periphere Regionen.“ Vortrag anlässlich eines Expertenworkshops der Konrad-Adenauer-Stiftung. 14. Juni 2005, Berlin.

„Zieht der Osten den Westen in die Stagnation? Zum Stand des Aufbau Ost.“ Vortrag anlässlich einer Tagung der Evangelischen Akademie zu Berlin. 27. Juni 2005, Berlin.

„Bürgerland Sachsen-Anhalt?“ Vortrag und Podiumsdiskussion anlässlich einer strukturpolitischen Konferenz der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt. 27. Juni 2005, Magdeburg.

„Sachsen-Anhalt 2020 – Quo vadis?“ Vortrag und Podiumsdiskussion anlässlich der gleichnamigen Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung. 30. Juni 2005, Halle.

„Finanzpolitische Konsequenzen der demographischen Entwicklung in Sachsen.“ Vortrag vor der Enquetekommission „Demo-

graphischer Wandel“ des Sächsischen Landtages. 11. Juli 2005, Dresden.

„Demographischer Wandel in Ostdeutschland.“ Vortrag und Podiumsdiskussion anlässlich der Konferenz „Demographischer Wandel“ der Kreditanstalt für Wiederaufbau. 4. Oktober 2005, Berlin.

„Wirtschaftliche Implikationen der demographischen Entwicklung in Sachsen.“ Vortrag vor der Enquetekommission „Demographischer Wandel“ des Sächsischen Landtags. 28. Oktober 2005, Dresden.

„Innovationen als regionale Entwicklungsstrategie für mehr Wirtschaftswachstum.“ Vortrag anlässlich des 17. Verbandstages des Verbands Innovativer Unternehmen. 8. November 2005, Berlin.

„Wirtschaftliche Perspektiven Sachsen-Anhalts.“ Vortrag vor einer Delegation von Bündnis 90/Die Grünen. 11. November 2005, Halle.

„Innovationsmängel beheben!“ Vortrag anlässlich einer Innovationskonferenz des DGB Landesverband Sachsen. 28. November 2005, Leipzig.

„Herausforderungen der demographischen Entwicklung für die Landespolitik.“ Vortrag anlässlich der Messe „Moderner Staat“. 29. November 2005, Berlin.

„Innovationsprobleme in Ostdeutschland und Möglichkeiten der Innovationspolitik.“ Vortrag anlässlich einer Seminarveranstaltung der Universität Jena und der Universität Freiberg in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung. 9. Dezember 2005, Berlin.

„Transferleistungen für die neuen Länder: Ausgabenstruktur.“ Vortrag anlässlich eines Seminars der Botschaft der Republik Korea zur Wiedervereinigung Koreas. 15. Dezember 2005, Berlin.

„Wirtschaftsforschung in Deutschland.“ Vortrag vor einer Gruppe von Studenten der HTWK Leipzig. 21. Dezember 2005, Halle.

Reinowski, Eva zusammen mit Sauermann, Jan: „Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland: Gibt es Wege aus der hohen Arbeitslosigkeit?“ Vortrag im Rahmen der „4. Langen Nacht der Wissenschaften“ der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. 1. Juli 2005, Halle.

Rosenfeld, Martin T. W.: „Wie steht es mit der Konzentration ökonomischer Kräfte in den ostdeutschen Regionen.“ Vortrag im Rahmen der Tagung des „Forums Ostdeutschland der Sozialdemokratie“ zum Thema „Clusterförderung – Königsweg einer neuen Regionalpolitik und Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland?“ 14. Januar 2005, Berlin.

„Wie wirkt der demographische Wandel auf die Standortwahl und auf die regionale Wirtschaftsentwicklung, welche Konsequenzen hat dies für die regionale Wirtschaftspolitik?“ Vortrag im Rahmen des Workshops „Demographische Entwicklung und Regionale Wirtschaft“ des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung (NIW) und des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. 24. Januar 2005, Hannover.

„Wirtschafts- und Förderpolitik für Ostdeutschland: Bestandsaufnahme, Effekte und Reformbedarf aus regionalökonomischer Sicht.“ Vortrag im Rahmen des Raumwissenschaftlichen Kolloquiums „Aufbau Ost“ des raumwissenschaftlichen Netzwerks „4R“ in der Leibniz-Gemeinschaft. 3. Februar 2005, Berlin.

„Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Sachsen-Anhalt: Wie steht es um die regionalen 'Cluster' und die allgemeinen Wachstumskräfte im Land, was folgt für die Wirtschaftspolitik?“ Vortrag im Rahmen der Sitzung des CDU-Landesfachausschusses für Wirtschaft und Arbeit. 9. Februar 2005, Magdeburg.

„Wirtschaftsentwicklung in Mitteldeutschland – Aktuelle Lage und Zukunftschancen.“ Vortrag im Rahmen der Verbandstagung des Verbandes der angestellten Akademiker und leitenden Angestellten der Chemischen Industrie (VAA), Werksgruppe Chemie-Park Bitterfeld-Wolfen. 10. März 2005, Wolfen.

„Ökonomische Entwicklungskerne in Mecklenburg-Vorpommern – Gegenwärtiger Stand und Entwicklungschancen.“ Vortrag im Rahmen der Tagung „Wirtschaftliche Perspektiven Ostdeutschlands – Quo vadis Mecklenburg-Vorpommern?“ 21. März 2005, Schwerin.

„Wirtschaftsentwicklung in Sachsen-Anhalt – Aktueller Stand der 'Cluster' und der Wachstumskräfte des Landes.“ Vortrag im Rahmen der Existenzgründer- und Servicemesse „Junge Unternehmen im Burgenlandkreis“. 19. Mai 2005, Zeitz.

„The Impact of Public Research Units on Regional Innovation Processes and Regional Economic Development – A Case Study on the Role of Distance for Knowledge Transfers.“ Vortrag im Rahmen der Tagung „Knowledge and Regional Economic Development“ an der Universität Barcelona, Facultat de Ciències Econòmiques i Empresariales. 11. Juni 2005, Barcelona.

„Standortreport Sachsen-Anhalt: Wo liegen die Chancen für die weitere Wirtschaftsentwicklung?“ Vortrag im Rahmen der „4. Langen Nacht der Wissenschaften“ der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. 1. Juli 2005, Halle.

„Ansatzpunkte zur nachhaltigen Stärkung der regionalen Wirtschaft.“ Vortrag auf dem Regionalpolitischen Workshop des DIHK. 18. August 2005, Berlin.

„The Pattern of Spatially Concentrated Industries in East Germany: A Contribution to the Discussion on Economic 'Clusters'.“ Vortrag im Rahmen einer referierten Session der Jahrestagung der European Regional Science Association (ERSA). 24. August 2005, Amsterdam.

„Städtevergleich Leipzig/Halle: Wo liegen die wirtschaftlichen Stärken und Schwächen?“ Vortrag anlässlich des Besuchs der Mitglieder eines Ausbildungsseminars der Journalisten-Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Aufbau Ost – ein Städtevergleich“. 16. September, Halle.

„Region und Tourismus.“ Vortrag im Rahmen der Gemeinsamen Raumordnungskonferenz der Länder Sachsen-Anhalt und Thüringen zum Thema „(Wie-)viel Raum für Tourismus? – Zukunftsorientierte, länderübergreifende Regionalentwicklung“. 22. September 2005, Freyburg a. d. Unstrut.

„Wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Halle: Rahmenbedingungen und Perspektiven für Familien.“ Vortrag im Rahmen des Forums „Ohne Familien ist keine Stadt zu machen! Halle an der Saale – eine familienfreundliche Großstadt?“ der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Franckeschen Stiftungen zu Halle. 8. Oktober 2005, Halle.

„Erfolgsfaktoren für Städte und Regionen: Zehn Thesen.“ Vortrag im Rahmen der Veranstaltung „Leipzig zieht an! Kunst, Kultur und Kapital als Motoren für Wachstums“. 9. November 2005, Leipzig.

„Ökonomische Bedingungen der Stadtentwicklung – was bringt Halle weiter voran?“ Vortrag im Rahmen der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Halle 2025: Leben, Wohnen und Arbeiten im Halle der Zukunft“. 10. November 2005, Halle.

„Allgemeine Erfolgsfaktoren der Stadtentwicklung und Demographischer Wandel – Wo stehen die Städte in Ostdeutschland.“ Vortrag im Rahmen des ALUMNI-Tages 2005 des Vereins der Absolventen der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig (Ie.ave e. V.). 26. November 2005, Leipzig.

„Die wirtschaftlichen Perspektiven Mecklenburg-Vorpommerns.“ Vortrag bei der Rostocker Ratsherren-Runde. 7. Dezember 2005, Rostock.

„Ökonomische Entwicklungskerne der ostdeutschen Regionen: Branchenschwerpunkte, Unternehmensnetzwerke und Innovative Kompetenzfelder unter besonderer Berücksichtigung von Sachsen-Anhalt.“ Vortrag im Rahmen des Regionalen Bankentages Sachsen-Anhalt. 6. Dezember 2005, Magdeburg.

Schultz, Birgit: „Evaluation of Further Training Programmes in Saxony from 1989 to 2001.“ Vortrag auf der Konferenz „Empirical Evaluation of Labour Market Programmes“. 17. Juni 2005, Nürnberg.

Stephan, Johannes: „Determinanten der Arbeitsproduktivitäten in Transformationsländern – Ein Vergleich auf Firmenebene zwischen Westdeutschland, Ostdeutschland und Osteuropa.“ Vortrag an der Universität Jena bei Fulbright Professor John Hall. 8. Juni 2005, Jena.

„Firm-specific determinants of productivity gaps between East and West German industries.“ Vortrag auf der Anglo-German Foundation Konferenz „Germany's Economic Performance: From Unification to Euroisation“. 29. April 2005, London.

„Potentiale für Technologietransfer durch ausländische Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa – Ergebnisse einer Feldstudie.“ Vortrag auf der Konferenz „Kooperationsperspektiven von Unternehmen in Grenzregionen“ an der TU Bergakademie Freiberg. 30. September 2005, Freiberg.

„Implementing competition laws in developing countries.“ Vortrag auf der 5. UN Konferenz „Restrictive Business Practices“. 16. November 2005, Antalya, Türkei.

Stephan, Johannes; Kronthaler, Franz: „Progressivity and Flexibility in Developing an Effective Competition Regime: Using Experiences of Poland, Ukraine, and South Africa for Developing Countries.“ Vortrag auf der Konferenz „Competition Policy Foundations for Trade Reform, Regulatory Reform, and Sustainable Development“. 20. Oktober 2005 in Paris, Frankreich.

Wagner, Kerstin: „Der Einfluß von Unterstützungsnetzwerken auf das studentische Gründerpotential – Eine empirische Erfassung der Angebots- und Nachfrageseite in Hochschulregionen.“ Vortrag auf der 9. Interdisziplinäre Jahreskonferenz für die Gründungsfor- schung zum Thema „Innovation und wirtschaftlicher Wandel als Motor für Unternehmensgründungen, Unternehmensentwicklungen und Ausgründungen“. 10. und 11. November 2005, Jena.

„Der Einfluß staatlicher Gründungsförderung an Hochschulen – eine kritische Analyse.“ Vortrag auf der Tagung „Erhöhung der regionalen Leistungs- und Innovationsfähigkeit Mitteldeutschlands“. 9. Dezember 2005, Dornburger Schlösser.

Wilde, Joachim: „Die Auswirkungen von Stichprobengröße und Fehlspezifikation auf Standardtests für Probitmodelle – Ergebnisse einer Simulationsstudie.“ Habilitationsvortrag an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zur Erlangung der *venia legendi* für „Ökonometrie und Statistik“. 30. Juni 2005, Halle.

„Institutionelle Regelungen der sozialen Grundsicherung: Fortschritte und ungelöste Probleme durch Hartz IV.“ Vortrag auf dem Workshop des IWH und IAB zum Thema „Arbeitsmarktinstitutionen und Beschäftigungsentwicklung“. 15. November 2005, Halle.

Wörsdorfer, Sophie: „Economic News and Consumer Confidence in Germany, Testing the Hypothesis of a Causal Relationship 1995-2005.“ Vortrag auf der 6. Internationalen Agenda Setting Konferenz (Economics-Workshop) des „Medien Tenor“. 26. bis 28. Oktober 2005, Lugano.

Wissenschaftliche Beratung, Mitarbeit in Organisationen

Im Berichtsjahr haben Wissenschaftler des Instituts wiederum in nationalen und internationalen Gremien und Organisationen aktiv mitgewirkt. Eine Auswahl wird im folgenden dokumentiert.

Professor Dr. rer. pol. habil. Ulrich Blum

Das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit hat für das Jahr 2005 den Sächsischen Innovationspreis ausgelobt, der herausragende Innovationsleistungen, gemessen durch den Grad der technologischen Neuerung und der Marktpotentiale prämiert. Professor Dr. Ulrich Blum wurde in das Auswahlkomitee berufen. Die Preisverleihung fand am 12. Mai 2005 im Kongreßzentrum in Dresden statt.

Seit Oktober 2005 ist Professor Ulrich Blum „Convenor“ des Komitees „future landscape“ der beiden Europäischen Normungsverbände CEN und CENELEC. Ziel ist es, die künftige strategische Aufstellung der europäischen Normung vor dem Hintergrund der europäischen Integration, der zunehmenden Bedeutung der internationalen Normung und dem Auftreten der neuen Wirtschaftsmächte Asiens zu bestimmen.

Kristina van Deuverden, Abteilung Makroökonomik

Mitglied im Arbeitskreis Steuerschätzungen beim Bundesministerium für Finanzen.

Dr. Gerhard Heimpold, Abteilung Stadtökonomik

Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL).

Dr. Brigitte Loose, Abteilung Makroökonomik

Mitglied im Arbeitskreis Bau- und Wohnungsbauprognostik.

Professor Dr. Udo Ludwig, Leiter der Abteilung Makroökonomik

Der Leiter der Abteilung Makroökonomik, Dr. Udo Ludwig, wurde von der Universität Leipzig mit Wirkung vom 1. Januar 2005 zum Honorarpro-

fessor für Empirische Wirtschaftsforschung bestellt. Mit dieser Ernennung werden seine hohe fachliche Kompetenz und die langjährigen Erfahrungen auf dem Gebiet volkswirtschaftlicher Analysen und Prognosen gewürdigt. Hervorzuheben sind seine Untersuchungen zum Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung in Ost- und in Westdeutschland vor und nach der Vereinigung sowie seine Beiträge zur Input-Output-Analyse.

Professor Dr. Ludwig vertritt das Institut im gemeinsamen Gesprächskreis der Mitgliederinstitute der ARGE und des Statistischen Bundesamtes sowie im Arbeitskreis Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesagentur für Arbeit. Dort ist er zugleich Mitglied der Fragebogengruppe. Außerdem führt er, zusammen mit Dr. Brigitte Loose, regelmäßig Konjunkturgespräche mit der Geschäftsleitung der IHK Halle-Dessau.

Die Konjunkturforscher aus der Abteilung Makroökonomik beteiligten sich unter Leitung von Professor Dr. Ludwig an der Gemeinschaftsdiagnose der führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute zur Einschätzung der Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr und Herbst 2005.

Dr. Joachim Ragnitz, Leiter der Abteilung Strukturökonomik

Dr. Ragnitz wurde von den Abteilungsleitern des IWH für die Zeit vom 23. Juni 2005 bis zum 22. Juni 2007 erneut zum Sprecher des Kollegiums des IWH gewählt.

Außerdem wurde er von der Hans-Böckler-Stiftung als Mitglied des Projektbeirats „Perspektiven der ostdeutschen Textilindustrie“ berufen.

Dr. Joachim Ragnitz wurde als Experte in die Enquetekommission des Sächsischen Landtags „Demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Lebensbereiche der Menschen im Freistaat Sachsen sowie ihrer Folgen für die politischen Handlungsfelder“ berufen. Außerdem ist er ständiger Gast der Sächsischen Staatskommission „Demographischer Wandel“.

Er war im Berichtsjahr Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Wernigerode AG (bis Juli 2005) und ist Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsbeirats der Thüringischen Landesregierung. Er berät zudem regelmäßig die Landtagsfraktion der CDU Sachsen in Fragen des demographischen Wandels sowie die Landtagsfraktion der SPD Sachsen-Anhalt im Hinblick auf die finanzpolitischen Perspektiven der neuen Länder sowie das Regionenmarketing Mitteldeutschland zu Strategien der Clusterentwicklung.

Professor Dr. rer. pol. habil. Martin T. W. Rosenfeld, Leiter der Abteilung Stadtökonomik

Professor Dr. Rosenfeld wurde am 15. Oktober 2005 zum Mitglied des Ausschusses für Regionaltheorie und -politik des Vereins für Socialpolitik ernannt.

Darüber hinaus wurde er vom Präsidenten der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) zum Leiter eines Arbeitskreises zum Thema „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ innerhalb der ARL-Arbeitsgemeinschaft für die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ernannt.

Er übte im Berichtsjahr auch seine Funktionen als Leiter der Landesarbeitsgemeinschaft für die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), als Mitglied des Beirates für das Projekt der Hans-Böckler-Stiftung zur „Bedeutung von Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen für die Regionalentwicklung“ sowie als Mitglied des Prüfungsausschusses für den Masterstudiengang „Empirische Ökonomik und Politikberatung“ an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg aus.

PD Dr. rer. pol. Joachim Wilde, Chefökonometriker und -statistiker

Dr. Wilde wurde am 30. Juni 2005 nach dem ordentlichen Habilitationsverfahren aufgrund der Habilitationsschrift „Determinanten des Sozialhilfebezugs – Ökonometrische Studien zu Anreizethik und Simultanität in der sozialen Grundsicherung“ der akademische Grad eines habilitierten Doktors der Wirtschaftswissenschaften verliehen.

Er wurde in den Europäischen Beratenden Ausschuss für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (CEIES) berufen. Aufgabe des Ausschusses ist es, den Europäischen Rat und die EU Kommission bei der Koordinierung der Zielsetzungen im Bereich der Politik der gemeinschaftlichen statistischen Informationen unter Berücksichtigung des Bedarfs der Benutzer und der von den Informationsproduzenten zu tragenden Kosten zu unterstützen. Er unterbreitet Vorschläge zu den Maßnahmen, die erforderlich sind, um die im Rahmen der von der Gemeinschaft beschlossenen Politik der statistischen Information gesetzten Ziele erreichen zu können. Er gibt seine Stellungnahme zum statistischen Programm der Gemeinschaft, seiner Konzeption und seiner Überwachung ab. Der Ausschuss setzt sich zusammen aus Vertretern der EU Kommission, den Leitern der nationalen statistischen Ämtern der Mitgliedsstaaten sowie je zwei

Vertretern der Mitgliedsstaaten, die vom Europäischen Rat nach Konsultation mit der EU Kommission bestimmt werden und bei denen es sich um repräsentative Persönlichkeiten der verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Gruppen und der Wissenschaft handelt.

Begutachtertätigkeit für wissenschaftliche Zeitschriften

Prof. Dr. Ulrich Blum war Gutachter für die „Annals of Regional Science“.

Dr. Herbert S. Buscher war Gutachter für das „Zentralblatt für Mathematik“, das „Allgemeines Statistisches Archiv“, „ifo-Studien“, „Konjunkturpolitik“, „Empirical Economics“, „Zeitschrift für Nationalökonomie und Statistik“ und „Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung/Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung“.

Dr. Hubert Gabrisch war Gutachter für das „Journal of Comparative Economics“, „European Journal of Comparative Economic Studies“, „Advances in International Economic Research“.

Dr. Peter Haug war für die Zeitschrift „Regional Studies“ als Referee tätig.

Björn Jindra MA referierte Publikationen für die „Academy of Management Annual Meeting Atlanta“.

Franz Kronthaler MA übte eine Referee-Tätigkeit für die Zeitschrift „Regional Studies“ aus.

Dr. Axel Lindner hat im „Journal of Money, Credit, and Banking“ einen Referee-Report verfaßt.

Dr. Johannes Stephan referierte für die Nottingham University und für die Sussex University die Doktorandenbewerbung. Außerdem war er Gutachter für die „31st EIBA Annual Conference – Oslo“ sowie für die „acta oeconomica“ und für die „East West Journal of Economics and Business“.

Dr. Kerstin Wagner übte eine Referee-Tätigkeit für die Zeitschrift „International Journal of Entrepreneurship Education“ aus.

PD Dr. Joachim Wilde war als Referee für die Zeitschrift „Allgemeines Statistisches Archiv“ tätig.

Sonstige Aktivitäten des IWH

Berneburg, Marian hat am 1. März 2005 an einem Treffen mit Dr. Anthony Santomero, Präsident der Federal Reserve Bank of Philadelphia, zum Thema: „Lessons Learned from the Recent Business Cycle“ an The American Academy in Berlin teilgenommen.

Er nahm an dem X. Kongreß Junge Wissenschaft und Wirtschaft: „Globale Wirtschaft – nationale Verantwortung: Wege aus dem Druckkessel“ der Hanns Martin Schleyer-Stiftung teil, die vom 18. bis 20. Mai 2005 in der Berlin Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften stattfand und erarbeitete dazu ein Thesenpapier.

Blum, Ulrich hat zusammen mit Professor Dr. Dr. h. c. Joachim Starbatty, Universität Tübingen, als wissenschaftlicher Vorsitzender den X. Kongress Junge Wissenschaft und Wirtschaft: „Globale Wirtschaft – nationale Verantwortung: Wege aus dem Druckkessel“ der Hanns Martin Schleyer-Stiftung geleitet, die vom 18. bis 20. Mai 2005 in der Berlin Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften stattfand.

In vier Arbeitskreisen diskutierten junge Nachwuchswissenschaftler, die von ihren Lehrstühlen entsandt waren, mit Persönlichkeiten aus der Wirtschaft und Journalisten über Themen der Wirtschaftspolitik in einer globalen Welt, die Globalisierung unter den Bedingungen eines fehlenden internationalen Ordnungsrahmens, die Schicksalsgemeinschaft EU und die Dynamik der internationalen Märkte.

Die Veranstaltung stellt eine der großen Foren der deutschsprachigen Wirtschaftspolitik dar. Das IWH war ebenfalls mit einer Reihe von Nachwuchswissenschaftlern beteiligt. Die Veranstaltung wird in einem Konferenzband dokumentiert.

Er war gemeinsam mit Prof. Dr. Heinrich Oberreiter Leiter der Tagung „Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“ an der Akademie für Politische Bildung Tutzing vom 30. Juni bis 2. Juli 2005 in Tutzing. Die Soziale Marktwirtschaft als ordnungsökonomische Antwort auf die Verheerungen des Zweiten Weltkriegs und die stark autoritäre Wirtschaftsverfassung des Zweiten und Dritten Reichs definiert den Anspruch der Bürger auf eine „menschenwürdige Wirtschaftsordnung.“ Wesentliche Elemente sind das Primat des Individuums in einer wertgebundenen Ordnung, der

Kreativitätsanspruch, die Erwerbsbeteiligung und Fairneß. Die These lautet, daß die Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland über weite Strecken ihren Anspruch, Menschwürde zu gestalten bzw. zu ermöglichen, verloren hat. Dabei genießt offensichtlich der Aspekt, daß eine effiziente Wirtschaft nicht die Grundlagen bereitstellt, die sie effizient macht, besonderes Gewicht.

Dietrich, Diemo hat zusammen mit PD Dr. Albrecht F. Michler das Forschungsnetzwerk „Money in Business Cycles – MiB“ ins Leben gerufen, das sich unter deren Leitung am 13. Mai 2005 zu seiner konstituierenden Sitzung im Tagungszentrum der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (Schloß Mickeln) zusammenfand und die Arbeit mit einem Workshop aufgenommen hat.

Gabrisch, Hubert nahm an der 59. International Atlantic Economic Conference in London vom 9. bis 13. März 2005 teil und präsentierte eine Studie über „Unemployment-output relationship in new EU member states“.

Dr. Gabrisch empfing am 27. Oktober 2005 eine Gruppe südkoreanischer Journalisten. Die Journalisten informierte sich über Erfahrungen aus der deutschen Vereinigung und welche Schlußfolgerungen für eine eventuelle Wiedervereinigung der beiden koreanischen Staaten zu beachten wären. Weitere Themen betrafen die aktuellen Programme zur Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft und Perspektiven einer weiteren Förderung (Solidarpakt II).

Knedlik, Tobias hat seine Promotion, die den Titel „Optimierung der Geldpolitik in Schwellenländern durch einen International-Lender-of-Last-Resort“ trägt, am 21. Oktober 2005 mit „summa cum laude“ abgeschlossen.

Kronthaler, Franz nahm an der vom CEPR organisierten Konferenz „Competition Policy Foundations For Trade Reform, Regulatory Reform, and Sustainable Development“ vom 19. und 20. Oktober 2005 in Paris teil.

von Ledebur, Sidonia; Scharfe, Simone; Steinat, Nicole nahmen an dem Seminar „Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“ der Akademie für politische Bildung in Tutzing vom 30. Juni bis 2. Juli 2005 teil.

Ludwig, Udo nahm an der Podiumsdiskussion zum Thema Arbeitszeitverlängerung und Kündigungsschutz auf dem „Forum für Betriebsratsvorsitzende“ der IG Bergbau, Chemie, Energie am 17. Februar 2005 in Berlin teil.

Er stellte sich am 4. Mai und am 22. November 2005 der Diskussion mit Studenten der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Leipzig zur Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr bzw. Herbst 2005.

Müller, Gerald, ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Strukturwandel, hat am 19. Januar 2005 seine Promotion an der Universität Magdeburg erfolgreich abgeschlossen. Die Dissertationsarbeit mit dem Titel „Internationale Konvergenz sektoraler Produktivitätsniveaus“ entstand während seiner Tätigkeit am IWH und wurde von Dr. Joachim Ragnitz (IWH) und Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué (Universität Magdeburg) inhaltlich betreut.

Nerré, Birger hat am 7. Dezember 2005 am Symposium der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft „Öffentliche Dienstleistungen für die Bürger – Wege zu Effizienz, Qualität und günstigen Preisen“ in Berlin teilgenommen.

Reinowski, Eva nahm an dem X. Kongreß Junge Wissenschaft und Wirtschaft: „Globale Wirtschaft – nationale Verantwortung: Wege aus dem Druckkessel“ der Hanns-Martin Schleyer-Stiftung teil, die vom 18. bis 20. Mai 2005 in der Berlin Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften stattfand und erarbeitete dazu ein Thesenpapier.

Rosenfeld, Martin T. W. nahm in seiner Funktion als Leiter der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen in der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) an der Jahreskonferenz der Leiter aller Landesarbeitsgemeinschaften der ARL am 23. Mai 2005 in Kassel teil.

Er nahm am 16. Juni 2005 in Halle an einer Podiumsdiskussion des „Forums KommunalKontakt Europa“ zum Thema „Halle 2007-2013: Weniger muß mehr sein“ teil, bei der es um die Frage ging, wie die Kommunalpolitik auf eine mögliche Kürzung von regionalpolitischen Mittelzuweisungen der EU zugunsten der Region und der Stadt Halle reagieren könnte.

Teilnahme an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Theorien, Realitäten und Kommunalpolitik – Schlußfolgerungen für den Stadtumbau“ im Rahmen des Internationalen Kongresses „Profilierung und Spezialisierung als Strategien städtischer Entwicklung“ der IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt am 19. Oktober 2005 in Magdeburg.

Teilnahme an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Infrastruktur und Gleichwertigkeit“ im Rahmen des MORO-Forums „Infrastruktur mit Zukunft“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) in Erfurt, 29. November 2005.

zusammen mit Heimpold, Gerhard: Mitarbeit als Experten im Rahmen des EU-Forschungsnetzwerkes „European Spatial Planning Observation Network“ (ESPON) am Projekt ESPON 3.2 „Spatial Scenarios and Orientations in relation to the ESDP and Cohesion Policy.“ Das Projekt 3.2 hat das Ziel, durch Entwicklung von Szenarien der künftigen räumlichen Entwicklung in Europa Informations- und Entscheidungsgrundlagen für die weitere Ausgestaltung der Europäischen Regional- und Raumordnungspolitik bereitzustellen. In der Website von ESPON ist inzwischen der Zweite Zwischenbericht des Projektes ESPON 3.2 verfügbar: http://www.espon.lu/online/documentation/projects/cross_thematic/cross_thematic_134.html

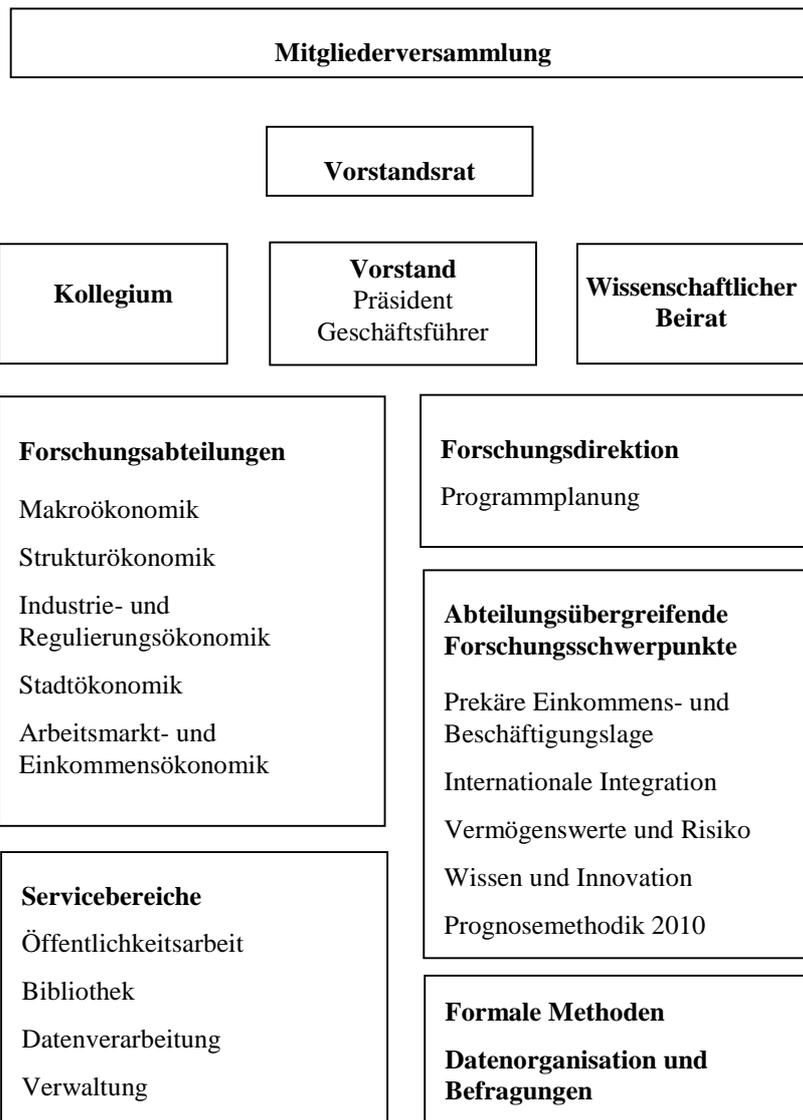
Stephan, Johannes nahm an der vom CEPR organisierten Konferenz: „Competition Policy for International Development, Growth and Trade.“ vom 8. bis 10. Dezember 2005 in Brüssel teil.

Wagner, Kerstin hat ihre Promotion am 23. November 2005 in Regensburg mit der Note „summa cum laude“ abgeschlossen. Der Titel der Dissertation lautet: „Angebot und Nachfrage von Gründungsausbildung – eine komparative Analyse der Strukturen, Netzwerke und Potenziale in deutschen Hochschulregionen“.

Wörsdorfer, Sophie nahm an dem X. Kongreß Junge Wissenschaft und Wirtschaft: „Globale Wirtschaft – nationale Verantwortung: Wege aus dem Druckkessel“ der Hanns Martin Schleyer-Stiftung teil, die vom 18. bis 20. Mai 2005 in der Berlin Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften stattfand und erarbeitete dazu ein Thesenpapier.

Organisation des IWH

Organisationsstruktur des IWH



Mitglieder des Vereins

Dr. Rainer J. Abbenseth
Esso Deutschland GmbH

Dr. Christoph Bergner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Rudolf Bohn
Staatssekretär im Ministerium für
Wirtschaft und Arbeit des Landes
Sachsen-Anhalt

Dr. Manfred Caspari

Hans Dietrich Genscher

Hans-Günter Goedecke

Dr. Jens Holger Göttner

Hans-R. Günther
Institut für Marktforschung Leipzig

Dr. Werner Hannemann
Datenverarbeitungszentrum Halle

Edoly Henning
Deutsche Bank AG

Jörg Henning
Stadtwerke Halle

Rudolf D. Keller
Bayerische Vereinsbank AG

Dr. Wilfried Knaebel

Norbert Labuschke
Baugruppe Köhler

*Professor Dr.-Ing.
Wolfgang Lukas*
Technologie-und Gründerzentrum
Halle GmbH

Manfred Maas
Direktor der Investitionsbank
Sachsen-Anhalt
Vorsitzender der
Mitgliederversammlung

Prof. Dr. Dr. h.c. Rüdiger Pohl
Präsident des IWH von 1994-2004

Dr. Klaus Peter Rauen
Oberbürgermeister der Stadt Halle a. D.

Ernst-Helmut Rost
Unternehmensberater, Personaltrainer

Professor Dr. Norbert Simon
Duncker & Humblot GmbH

Dietrich von Stein-Lausnitz
Rechtsanwalt

Dr. Jürgen Weißbach

Heinrich Weitz
Hauptverband der deutschen
Bauindustrie

Dr. sc. Konrad Wetzker

DEBRIV
Gert Rückert

Deutsche Bank AG
Gabriele Meloch ab 28.10.2004

Dow Olefinverbund GmbH
Dr. Evelyn Meerbote

Druckhaus Schütze GmbH
Peter Schütze

*envia Mitteldeutsche
Energie AG*
Dr. Friedrich-Josef Glatzel

GP Günter Papenburg AG
Klaus Papenburg

IHK Halle-Dessau
Professor Dr. Peter Heimann

Kreditanstalt für Wiederaufbau
Dr. Norbert Irsch

*Mitteldeutsches Druck- und
Verlagshaus GmbH & Co. KG*
Heinz Kiegeland

Norddeutsche Landesbank
Professor Dr. Sonning Bredemeier

Sal. Oppenheim jr. & Cie. KgaA
Norbert Braems

Siemens AG
Professor Dr. Bernd Stecher

Stadt Halle
Ingrid Häußler

*Verband der Chemischen
Industrie*
Rolf Siegert

Vorstandsrat

Manfred Maas
Vorsitzender des Vorstandsrates
Direktor der Investitionsbank
Sachsen-Anhalt

Dr. Matthias Schürgers
Stellvertreter des Vorsitzenden
des Vorstandsrates
Ministerialdirektor
im Bundesministerium
für Wirtschaft und Arbeit

Rudolf Bohn
Staatssekretär im Ministerium für
Wirtschaft und Arbeit des Landes
Sachsen-Anhalt

Marion Fischer
Landtag Sachsen-Anhalt

Volker Halsch
Staatssekretär im
Bundesministerium der Finanzen

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
der Stadt Halle

*Professor Dr.
Peter Heimann*
Hauptgeschäftsführer der IHK
Halle-Dessau

Gabriele Meloch
Direktorin der Deutschen Bank AG

Dr. Klaus Peter Rauen
Oberbürgermeister
der Stadt Halle a. D.

Wolfgang Roth
Vizepräsident der Europäischen
Investitionsbank Luxemburg

*Professor Dr.
Gunter Steinmann*
Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre,
insbesondere Wachstum und
Konjunktur an der
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Dr. Manfred Wegner
Gründungspräsident des IWH

Dr. Joachim Ragnitz
Sprecher des Kollegiums des IWH

Martina Kämpfe
Vorsitzende des Betriebsrates
des IWH

Wissenschaftlicher Beirat

Professor Dr.
Heinz Peter Galler
Vorsitzender des
Wissenschaftlichen Beirates
des IWH
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Professor Dr.
Michael C. Burda
Humboldt-Universität zu Berlin

Professor Dr.
Juergen B. Donges
Universität zu Köln

Professor Dr.
Bernhard Felderer
Institut für Höhere Studien Wien

Professor Dr.
Jürgen von Hagen
Zentrum für Europäische
Integrationsforschung (ZEI)
Rheinische Friedrich-Wilhelms-
Universität Bonn, bis 31.11.2005

Professor Dr.
Karl-Heinz Paqué
Minister der Finanzen
des Landes Sachsen-Anhalt

Professor Dr.
Horst M. Schellhaaß
Universität zu Köln

Professor Dr.
Jan Oosterhaven
Universität Groningen, NL,
ab 1.12.2005

Vorstand

Professor Dr. Ulrich Blum
Präsident

Frowin Gensch
Geschäftsführer